

DIE MEDIATISIERUNG
DER REICHSFREIHERRN VON GEMMINGEN
BEIM ÜBERGANG IN DIE BADISCHEN
SOVERÄNITÄTSLANDE

Dissertation

vorgelegt der

Rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz
zur Erlangung des Grades eines Doktors der
Rechtswissenschaft
(Dr. jur.)

von Anton Fleck

Rechtsanwalt

1972

1971



Digitized by the Internet Archive
in 2026

DIE MEDIATISIERUNG DER REICHSFREIHERRN VON GEMMINGEN
BEIM ÜBERGANG IN DIE BADISCHEN SOUVERÄNITÄTSLÄNDE

Dissertation
vorgelegt der

Rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz
zur Erlangung des Grades eines Doktors der
Rechtswissenschaft
(Dr. jur.)

von Anton Fleck
Rechtsanwalt

1971



Berichterstatter:

Justizrat Prof. Dr. Johannes Bärmann

Prof. Dr. Dr. Hans Werle

Datum der mündlichen Prüfung: 14. Juli 1972

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

A. DIE REICHSRITTERSCHAFTLICHE FAMILIE DERER VON GEMMINGEN, IHR STATUS UND BESITZ BIS GEGEN ENDE DES ALTEN REICHES	1
I. Ursprung und Entwicklung der Reichsritterschaft	1
1. Die Entstehung der Ritterschaft	1
2. Die Entwicklung der Reichsritterschaft und ihre innere Struktur	9
II. Die Familie von Gemmingen	22
1. Die ersten Erwähnungen und urkundlichen Nachweise	22
2. Stämme und Linien der Familie	23
3. Erwerb und Umfang der Güter der Familie von Gemmingen	26
4. Der Status derer von Gemmingen als Reichsunmittelbare	36
III. Die Freiherrn von Gemmingen als Grundherren und Obrigkeit	48
1. Das Verhältnis zu den Gemeinden und Untertanen	48
2. Die innere Struktur der Besitzungen und die Rechte der Ortsobrigkeit	57
B. DIE MEDIATISIERUNG DER REICHSFREIHERREN VON GEMMINGEN	61
I. Die Auflösung des Reiches	61
1. Napoleons Einwirken auf die deutsche Politik	61
2. Der Luneviller Frieden und seine Folgen	62
3. Die vorsorgliche Inbesitznahme der ritterschaftlichen Besitzungen	70
4. Die Rheinbundsakte und ihre Folgen ...	79
5. Die Niederlegung der Kaiserkrone durch Franz II. am 6.8.1806	84
6. Das Schicksal der gemmingischen Besitzungen und die sogenannten "eigentümlichen" Rechte	86

	Seite
II. Das Vorgehen Karl Friedrichs von Baden gegen die Reichsritterschaft	88
1. Karl Friedrichs mildes Vorgehen unter dem Einfluß Brauers	88
2. Verhandlungen mit der Ritterschaft und deren Vorstellungen über die Art der Regelung ihrer zukünftigen Stellung ..	89
3. Das Ergebnis der Verhandlungen, das 4. Konstitutionsedikt vom 22.7.1807 und seine Bedeutung	101
4. Die Beeinträchtigungen der Privilegien der Grundherren im Jahre 1808	103
5. Die Ministerialverordnung vom 20.5.1809 und die Trennung der Justizverwaltung von der sonstigen Verwaltung nach Maßgabe des Code Napoleon	104
6. Die Behörden- und Verwaltungsreformation vom 26.11.1809 unter dem Kabinettsminister von Reitzenstein	106
7. Die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und die Reaktion des Adels ...	107
III. Ende des Rheinbundes 1813 und die Einberufung des Wiener Kongresses	111
1. Das Ende des Rheinbundes	111
2. Die Gründung des deutschen Bundes und seine Verfassung	112
IV. Die Kämpfe um den Vollzug des Artikel 14 der deutschen Bundesakte	116
1. Mangelnder Vollzugswille der Regierung	116
2. Die Repressalien der badischen Krone gegen die Grundherren	119
V. Die Adelsedikte von 1818 und 1819	121
1. Die Vorarbeiten zum Edikt vom 23.4.1818	121
2. Das Edikt vom 23.4.1818 und seine Bestimmungen	124
VI. Der endgültige Abschluß der Adelsgesetzgebung durch die Verordnung vom 22.4.1824	127
1. Die Verhandlungen der Immediatskommission mit den Grundherren	127
2. Der Abschluß der Kämpfe um die staatsrechtliche Stellung des ehemals immediaten Adels durch die Deklaration vom 22.4.1824	131

	Seite
C. DAS VORGEHEN WÜRTTEMBERGS GEGEN DEN EHEMALS IMMEDIATEN ADEL	135
D. AUSBLICK	139
Literaturverzeichnis	141

A. DIE REICHSRITTERSCHAFTLICHE FAMILIE DERER VON
GEMMINGEN, IHR STATUS UND BESITZ BIS GEGEN ENDE
DES ALTEN REICHES

I. Ursprung und Entwicklung der Reichsritterschaft

1. Die Entstehung der Ritterschaft¹⁾

Über den Ursprung der Ritterschaft, die als Kern des niederen Adels angesehen wird, zu dem die Freiherrn von Gemmingen bis zum Ende des alten Reiches gehörten, wurden verschiedene Ansichten vertreten. Otto²⁾ ist, soweit ersichtlich, als einziger der Auffassung, in dem Ministerialenstand lebe "der alte niedere Adel, die Schicht der kleinen ritterlichen Erbbauern" fort. Andere³⁾ stehen auf dem Standpunkt, die Ritterschaft unterscheide sich vom hohen Adel durch die "Reinheit des Blutes". Zur Zeit der Salier und Ottonen habe eine führende Schicht bestanden, die alle politischen Ämter innehatte und deren Nachkommen die Mitglieder des hohen Adels und die Landesfürsten des Mittelalters seien. Ernst⁴⁾ meint, daß die "in den Ortsnamen fortlebenden Personen als die ersten Träger von

-
- 1) Vgl. zum Ganzen: Stutz, Zum Ursprung und Wesen des niederen Adels; v. Dungen, Das Problem der Ebenbürtigkeit; ders., Adelsherrschaft im Mittelalter; Otto, Adel und Freiheit im deutschen Staat des frühen Mittelalters; Ernst, Die Entstehung des niederen Adels; Weimann, Die Ministerialität im späteren Mittelalter; Bosl, Würzburg als Reichsbistum; ders., Die Reichsministerialität der Salier und Staufer; Bader, Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung; ders., Volk, Stamm, Territorium; v. Guttenberg, Grundzüge der Territorienbildung am Obermain; Berner, Die Aufhebung des reichsritterschaftlichen Kantons Hegau-Radolfzell; Werle, Die Feudalisierung der Ministerialität im 12. Jahrhundert; Schreibmüller, Pfälzer Reichsministerialien; Borst, Rittertum im Hochmittelalter; Schreckenstein, Geschichte der deutschen Reichsritterschaft.
- 2) Otto, Adel und Freiheit im deutschen Staat des frühen Mittelalters, S. 253.
- 3) Schulte, Der Adel und die deutsche Kirche im Mittelalter, S. 26; Schreckenstein, aaO., I, S. 23 ff.
- 4) Ernst, Die Entstehung des niederen Adels, S. 77 ff., insbes. S. 79.

Zwing und Bann, gleichsam als die Urmeier" anzusehen sind und diese den Grundstock des späteren niederen Adels darstellen. Der Problemkreis dürfte sich jedoch auf die Frage, ob die "miles", die Streitbaren, oder die Ministerialen den Ursprung der Ritterschaft darstellen, konzentriert haben. Die Ritterschaft dürfte ihre Wurzeln in den ursprünglich unfreien, durch Hof-, Waffen- und Amtsdienst emporgestiegenen Familien haben, die sich auf Grund ihrer Stellung von den früheren Gleichgeordneten abgehoben haben¹⁾. Die Verwendung von Ministerialen als Beamte war Kernstück der staufischen Politik, um mit ihnen insbesondere nach dem Investiturstreit eine Neuordnung des deutschen Raumes durchzuführen²⁾. Dadurch bedingt wurden die Unfreien zu höherem Dienst herangezogen. Es war umstritten, ob der Kriegsdienst, die Verwaltungstätigkeit, oder die Hofämter das ständebildende Moment³⁾ gewesen ist, jedenfalls ist hierin das Abheben von den bisherigen Standesgenossen festzustellen.

Entscheidend für die Entstehung und die ständische Entwicklung der Dienstmannen zur Ministerialität ist die Bedeutung des Dienstgutes bzw. Dienstlehens. Solange keine rechtliche Standesfixierung erfolgte, die Sicherung des Dienstgutes nicht bestand und ihnen im Vergleich zu den Lehensleuten unangemessene Dienstverpflichtung oblag, waren die Ministerialen gezwungen, auf anderem Wege ihre Anerkennung und Sicherung zu suchen⁴⁾. Es kam deshalb oft zu Gewalttaten seitens der Ministerialen und auch des Adels⁵⁾. So gesehen trägt die Geschichte der Ministerialität ausgesprochen sozialrevolutionäre Züge. Unter Konrad II. können wir die ersten Anfänge der Ministerialität feststellen, die für ihre Dienste ein Dienstgut erhalten mußte und von den meisten grundherrlichen Abgaben und Lei-

1) Dannenbauer, Königsstreit und Ministerialen, S. 341.

2) Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, I, S. 18 und 29.

3) Stengel, Über den Ursprung der Ministerialität, S. 168-184; Keutgen, aaO., S. 1 ff., S. 169 ff., S. 481 ff.

4) Borst, aaO., S. 213 ff.; Werle, aaO., S. 71.

5) Werle, aaO., S. 69 ff.

stungen befreit war, eine Sicherung des Besitzes trat mit der Anerkennung der Vererblichkeit der Dienstgüter jedoch erst etwa Mitte des 12. Jahrhunderts ein¹⁾. Nach dem Tode Heinrichs IV. konnte sich die Ministerialität weiter entwickeln, ihre Erfolge ausbauen und zu wirtschaftlichem und sozialem Ansehen gelangen. Vor allem unter Friedrich I. begann ein Aufschwung, der schließlich in der Erbllichkeit des Dienstes und Dienstgutes mündete. Der Dienstmann hatte ursprünglich ein Dienstlehen, das vom echten Lehen wesentlich verschieden war²⁾. Das Dienstlehen wurde den Ministerialen vom Herrn als Grundlage und Belohnung für ihre Dienste gewährt mit der Folge, daß ein Verzicht des Ministerialen auf das Gut ihn nicht von der Verpflichtung zum Dienst entband. Das echte Lehen ist dagegen Grund für die Dienste, so daß die Rückgabe des Lehens den Vasall von der Dienstverpflichtung befreite³⁾. Ein weiterer wesentlicher Unterschied ist auch darin zu sehen, daß vom Vasall "consilium et auxilium" gefordert wurde, während der Ministeriale die "fidelitas", das eidliche Anerkenntnis der Herrschaft zu leisten hatte⁴⁾. Da das Dienstrecht die Bewegungsfreiheit mehr als das Lehensrecht einschränkte, versuchten die Könige die Verquickung beider zu verhindern, um für ihre Politik eine an den Hof gebundene Beamten-schaft zu erreichen⁵⁾. Durch die Feudalisierung der Reichsverfassung und die Zurückführung aller Ämter und öffentlichen Funktionen auf ein Lehensverhältnis wurde der Unterschied zwischen Dienstlehen und echtem Lehen verwischt, und treurechtliche Vorstellungen drangen in das Dienstverhältnis ein und zerstörten seinen Charakter⁶⁾. Hinzu

-
- 1) Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, I, S. 32 ff. mit weiteren Nachweisen, insbes. unter Hinweis auf die Dienstmannenrechte; Werle, aaO., S. 67 ff.
 - 2) Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, II, S. 609, ders., Das ius ministerialium, S. 323.
 - 3) Molitor, Der Stand der Ministerialen, S. 157; Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, I, S. 18.
 - 4) Werle, aaO., S. 69; Molitor, aaO., S. 158 f.
 - 5) Mitteis, Lehensrecht und Staatsgewalt, S. 427 und S. 445 ff.
 - 6) Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, I, S. 18; Conrad, Deutsche Rechtsgeschichte, I, S. 353; Stengel, aaO., S. 168-184.

kam, daß die wirtschaftliche Stellung des Dienstmannes weitgehend von seinem Eigengut bestimmt wurde. Dieses Eigengut stand nicht in hofrechtlichen Beziehungen zu dem Dienstherrn.

Die Entscheidung zugunsten der Ziele der Ministerialität wurde weiter gefördert durch Heiraten mit Angehörigen Edelfreier mit Dienstmannen; die Gemeinschaft der Ministerialen mit dem älteren Adel zeigte sich auch in dem Ritterschlag. Wurde der Ritterschlag königlichen Prinzen und Waffenknechten zuteil, so brachte dieser beide trotz der Verschiedenheit des Ranges in die Gemeinschaft der Ritterschaft zusammen¹⁾. Endgültig vollzogen war die Gemeinschaft der Ministerialen mit dem älteren Adel durch die Einbeziehung in die Lehensordnung, die in dem sogenannten Heerschild versinnbildlicht ist. Das neue Verständnis der Ämter und öffentlichen Funktionen und die persönliche Machtstellung der Ministerialen mußte zum Erwerb der Lehensfähigkeit führen. Erleichtert wurde dies durch die Tatsache, daß die Gruppierungen innerhalb der Heerschildordnung noch nicht erstarrt waren²⁾. Die Einbeziehung in die Heerschildordnung, die nur in Etappen und nicht gleichmäßig erfolgte, bedeutete persönliche und rechtliche Anerkennung und Sicherung, die von den Ministerialen erstrebt wurden. Berühmte Geschlechter wie die Bolanden erwarben im Gegensatz zu der Gesamtministerialität nicht nur die passive, sondern auch die aktive Lehensfähigkeit, d.h. das Recht, selbst Güter im Lehenswege weiterzugeben. Eine gesicherte Stellung der Ministerialen finden wir im Schwaben- und Sachsenspiegel. Im Sachsenspiegel hatten sie den fünften und im Schwabenspiegel den sechsten Heerschild

1) Werle, aaO., S. 72; Ruch, aaO., S. 1 ff.

2) Ficker, Vom Heerschild, S. 133-173; Werle, aaO., S. 72 ff.; Stutz, Zum Ursprung und Wesen des niederen Adels, S. 1 ff.; Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, I, S. 25 ff.

inne. Ständisch unter den Ministerialen standen in Süddeutschland die unfreien Ritter, die lehensrechtlich den siebten Heerschild innehatten. Nach dem Schwabenspiegel besitzen die Ministerialen somit doppelte Lehensfähigkeit¹⁾.

In der Zeit des Feudalisierungsprozesses, d.h. des Aufstiegs der Ministerialität in einen Heerschild der Lehenstpyramide, sind viele Freie wegen der Förderung durch das Reichsoberhaupt in die Ministerialität übergetreten²⁾. Die geschilderte Machtposition, die Verschmelzung bzw. Gemeinschaft mit dem älteren Adel und das Abheben von den ehemaligen Standesgenossen und Bauern, aus deren Reihen die Ministerialen zum großen Teil selbst stammten, durch rittermäßiges Leben, höfische Formen und besondere Rituale wie etwa die Ritterweihe oder Schwertleiten, bewirkten eine Umwandlung des ehemaligen Berufsstandes der Ministerialen in einen Geburtsstand³⁾.

Mit Bosl⁴⁾ bin ich der Meinung, daß Dienstmannschaft und Rittertum ständerechtlich vom 14. Jahrhundert an zusammenfließen, da erst dort im Wesentlichen der Assimilierungsvorgang "in die kulturelle und wirtschaftliche Welt des dynastischen Rittertums" abgeschlossen war.

Die Ritterfeste Kaiser Barbarossas taten ein übriges, um den Ritterstand auch durch seine äußere Erscheinung, höfische Formen und feine Manieren von seiner volkstümli-

1) Werle, aaO., S. 73; Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, I, S. 27 f.; Conrad, Deutsche Rechtsgeschichte, I, S. 401.

2) Dannenbauer, Königsfreie und Ministerialen, S. 341; Schreibmüller, aaO., S. 70.

3) v. Dungen, Das Problem der Ebenbürtigkeit, S. 1 f.; Weimann, aaO., S. 10; Monumenta germaniae historica Constitutiones et Acta publica I Nr. 140, 197: Landfriede von 1152, C. 10, wonach die Bauern keine ritterlichen Waffen führen durften; Conrad, Rechtsgeschichte, II, S. 298 zu "Schild- und Wappen" geboren.

4) Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, I, S. 25 ff.

chen Basis zu lösen. Wesentlich begünstigt wurde der Aufstieg des niederen Adels in seiner politischen und tatsächlichen Macht gerade in den Gebieten, in denen die Freiherrn von Gemmingen ansässig waren, denn das Herzogtum Franken war bereits 939 erloschen, das Herzogtum Schwaben endete mit dem Tode Konradins im Jahre 1268¹⁾.

Der Versuch der Könige, mit Hilfe des Lehensrechts die Einordnung des Adels und der Kirche in den Königsstaat zu erreichen²⁾ und die Verwendung der Reichsministerialen in höheren Positionen der Reichsverwaltung rief den Widerstand der Fürsten hervor. Hinzu kam die Haltung Friedrichs II., der die Königswahl seines Sohnes Heinrich sichern wollte, um ihm die Herrschaft über Deutschland anzuvertrauen, daß den Reichsfürsten erhebliche Zugeständnisse gemacht werden mußten³⁾. Diese gingen auch zu Lasten der Ritterschaft. Bereits im Jahre seiner Krönung zum Kaiser 1220 erließ Friedrich II. das Reichsgesetz "confoederatio cum principibus ecclesiasticis"⁴⁾, in dem er den geistlichen Fürsten die Versicherung über die von ihnen als hergebracht behaupteten Rechte sowohl als Reichsfürsten als auch als Prälaten konfirmierte. Der Übergang der Hoheitsrechte auf die geistlichen Fürsten, dem die Bestätigung der Regierungsrechte der weltlichen Fürsten im Jahre 1232 folgte, läßt keinen Zweifel daran, daß politisch eine erhebliche Machtverschiebung stattgefunden hatte, bei der sich nun Reichsgewalt und Landeshoheit gegenüberstanden. Erstmalig sprach damals die Reichsgesetzgebung von Landesherrschaft (domini terrae)⁵⁾.

1) Bader, Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung, S. 161; Hellstern, aaO., S. 2; Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, I, S. 86.

2) Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, I, S. 17; Mitteis, Lehnrecht und Staatsgewalt, S. 427.

3) Schreckenstein, aaO., I, S. 245 ff.; Conrad, Deutsche Rechtsgeschichte, I, S. 188.

4) Zeumer, aaO., Nr. 39, S. 42 ff.

5) Zeumer, aaO., Nr. 53, S. 55 f., z.B. in c.8: "Item locum cente nemo mutabit sine consensu domini terre."

Mit dem Niedergang der staufischen Herrscher begann die Zeit des großen Interregnum, in der das Königtum an Macht und Ansehen verlor, und die Landesherren auf Kosten der Reichsgewalt ihre eigene Position ausbauten und stärkten. Die Machtstellung der großen Fürsten schlug sich letztlich auch nieder in der "Goldenen Bulle" Karl IV. vom 10.1. und 25.12.1356, in der die Rechte der Kurfürsten festgelegt und die Königswahl geregelt wurde. Wesentlich für die Ritterschaft ist Caput IV ("De conspiracionibus"¹⁾), in dem ein Bündnisverbot ausgesprochen wurde, das sich expressis verbis nicht gegen die Ritterschaft wandte, aber in seinen Konsequenzen den Zusammenschluß der Ritter insoweit verbot, als er sich gegen die Fürsten richten konnte. Insbesondere sollten damit Zusammenschlüsse des landsässigen Adels gegen die Landesherren vermieden werden, während die reichsunmittelbaren Freien nicht an ihrem Bündnisrecht gehindert sein sollten. Indes war gerade die aufstrebende Ritterschaft den Reichsfürsten ein Dorn im Auge, und sie versuchten auf diesem Wege, eine Schwächung des Standes durch Zerschlagung des korporativen Bandes zu erreichen und sie in die Landsässerei zu drängen. Dies wird später noch darzustellen sein.

Von dem Einigungsverbot der Goldenen Bulle ausgenommen waren die gesellig-gesellschaftlichen Verbindungen der Reichsritter. Von dieser Möglichkeit wurde auch ausgiebig Gebrauch gemacht. So entstanden zahlreiche Turnier- und

1) Zeumer, aaO., Nr. 148, S. 192 ff., caput XV:

"Detestandas preterea et sacris legibus reprobates conspiraciones et conventiculas, seu colligaciones illicitas, ... inter personam et personam, sive inter personam et civitatem pretextu parentele seu recepciones in cives vel alterius cuiuscumque coloris coniuraciones, insuper et confederaciones et pacta necnon et consuetudinem circa huiusmode introductam, quam censemus pocius corruptelam, reprobamus, dampnamus et ex certa scientia irritamus, quas civitates seu persone cuiuscumque dignitas condicionis aut status sive inter se sive cum aliis, absque auctoritate dominorum, quorum subditi vel ministeriales, seu in quorum districtu consistant, eisdem dominis nominatim non exeptis fecerunt hactenus et facere presumpserint in futuro ...".
Svoboda, aaO., S. 255.

Rittergesellschaften, gegen Ende des 15. Jahrhunderts waren es z.B. "Leitbrack", "Kränzlein", "Fisch" und "Falk" in Schwaben, "Die Fürsprengler", "Krone", "Einhorn" und "Bär" in Franken, im Kraichgau die Turniergesellschaft "Mit dem Esel", dem auch Blicker von Gemmingen angehörte.¹⁾

Die Bestimmungen des Gesetzes enthielten in caput 11 auch das "jus de non evocando" und das "jus de non appellando", wonach die kurfürstlichen Territorien in Gerichtssachen von der kaiserlichen Einflußnahme ausgeschlossen wurden. Alle Grafen, Herren, Ritter und Bürger waren den Fürsten dergestalt unterworfen, daß sie nur bei deren Gerichten Recht suchen durften und auch nur dort belangt werden konnten.²⁾ Es konnte zwar bei verweigerter Rechtshilfe eine Berufung an die Reichsgerichte stattfinden. Im Hinblick auf die tatsächlichen Konsequenzen legte diese Bestimmung den Grundstein zum Verlust der Reichsunmittelbarkeit der Reichsritterschaft in den kurfürstlichen Territorien. Nur die Ritter, die nicht unmittelbar im Territorium, sondern an dessen Grenzen ansässig waren, konnten ihre Reichsunmittelbarkeit erhalten. Dazu gehörten auch die Freiherrn von Gemmingen, die im Kraichgau an den Grenzen der Pfalz saßen und auf Grund ihrer bereits ausgebildeten persönlichen Macht und ihres Reichtumes die Einflußnahme des benachbarten Kurfürsten abwehren konnten³⁾. Außerdem wurden den Kurfürsten noch ihre Regalien wie Zölle, Münzen u.a. bestätigt (Caput 9, 10).

1) Svoboda, aaO., S. 255 ff., insbes. S. 262.

2) Zeumer, aaO., Nr. 148, S. 202: "De immunitate principum electorum: Statuimus eciam, ut nulli comites, barones, nobiles, feudales, vasalli ..., cuiuscumque status, condicionis vel dignitatis existant, ad cuiuscumque actoris instanciam extra territorium et terminos ac limites earundem ecclesiarum et pertinenciarum suarum ad quodcumque aliud tribunal seu cuiusvis alterius preterquam archiepiscoporum ... et iudicium suorum iudicium citari potuerint temporibus retroactis vel trahi seu vocari debeant perpetuis inantea temporibus sive possint, sicut preteritis invenimus temporibus observarum ...".

3) Kolb, aaO., S. 1 ff.

2. Die Entwicklung der Reichsritterschaft und ihre innere Struktur

Die Ritterschaft hatte sich zu einer einheitlichen Gesellschaftsklasse mit eigenen Gesetzen und besonderen Begriffen von Standesehre und Berufspflichten ausgebildet. Der Abschluß dieser Periode fällt in die Stauferzeit¹⁾. Bereits im 14. Jahrhundert wurde streng unterschieden zwischen landsässiger, d.h. einem Fürsten untertan, und reichsunmittelbarer Ritterschaft.

Auch die Reichsgesetzgebung blieb davon nicht unbeeinflusst²⁾. Gerade im Gebiet der Gemmingen, wo der frühe Untergang der Herzogsgewalten die Bildung großer, zusammenhängender Territorien verhindert hat, und eine reiche geographische Gliederung das Aufkommen kleinerer Gewalten begünstigte, konnte das Gleichgewicht zwischen Reichsfürsten und niederem Adel gehalten werden und die Reichsritterschaft ihre Selbständigkeit bewahren³⁾. Spätestens zu diesem Zeitpunkt kann man die freien Ritter in ihrer Gesamtheit als Reichsritterschaft bezeichnen. Im 15. Jahrhundert tritt der Unterschied zwischen mittelbarer und reichsunmittelbarer Ritterschaft noch deutlicher hervor. Kaiser Sigmund, der seinen Einfluß auf das Reich mit Hilfe der Ritterschaft aufzubauen versuchte⁴⁾, erteilte am 13.9.1422 "unser und des Riches Ritterschaft" das Recht, Bündnisse und Einigungen einzugehen. Diese "Magna Charta" der Reichsritterschaft richtete sich eindeutig gegen die Reichsfürsten und sollte ein Instrument der Macht für die

1) Löher, Ritterschaft und Adel im Mittelalter, I, S. 356.f.

2) Overmann, aaO., S. 570 ff.; Zoepfl, Deutsche Rechtsgeschichte, II, 2, S. 389 ff.

3) Hellstern, aaO., S. 2 ff.; Bader, Der deutsche Südwesten, S. 161.

4) Pfeiffer, Fränkische Reichsritterschaft, S. 176; Mau, Die Rittergesellschaft mit dem St. Georgenschild in Schwaben, S. 48 ff.; Bader, Der deutsche Südwesten, S. 163 f.

Reichsritterschaft zur Unterstützung der Krone schaffen¹⁾. Die unmittelbare Unterwerfung der Reichsritterschaft unter den Kaiser sicherte sie in ihrer politischen Existenz, ohne gleichzeitig ihre Beteiligung an den Reichslasten zu konstituieren. Das Privileg war bis zum Ende des alten Reiches für die Ritterschaft von entscheidender Bedeutung. Das Bündnis zwischen ihr und der Krone war fest an einem gemeinsamen Interesse orientiert, dem Interesse daran, daß die Macht der Landesfürsten nicht die Ausschließlichkeit erlangte, die den Kaiser zur Repräsentationsfigur und die Reichsritter zu landsässigen Untertanen der Reichsfürsten machen würde.²⁾

Zu dieser Zeit gab es noch keine geschlossene Ritterschaft, denn auch Grafen oder kleinere Gewalten standen in enger Verbindung mit den Rittern und Herren, erst durch die Umbildung der Standesverhältnisse im 15. Jahrhundert, die eine schärfere Unterscheidung zwischen hohem und niederem Adel mit sich brachte, schieden diese aus³⁾. Nach 1422 entstanden im Gegensatz zu den Rittervereinen ohne politische Existenz die Ritterbünde.

In Schwaben wurden die Ritterbünde schnell zu politischen Körperschaften, in Franken ging die Entwicklung etwas langsamer, jedoch waren die Ritterbünde Mitte des 16. Jahrhunderts nicht nur konsolidiert, sondern in ihrer

-
- 1) Bürgermeister, Codex dipl., equestris, I, S. 30 ff.: "nun haben Wir aber vernommen, daß die Ritterschaft in deutschen Landen viel Zwang erleidet und beinahe von ihren Rechten verdrängt wird. Wollte sie sich auch deßhalb an Uns wenden, so sind Wir ihr oftmals zu ferne, deßhalb gestatten wir ... und geben der gedachten Ritterschaft volle Macht und Gewalt, sich überall in deutschen Landen zu verbinden wie sie dieses am besten dünkt." Ruch, aaO., S. 17 f.; Svoboda, aaO., S. 257.
 - 2) Pfeiffer, Fränkische Reichsritterschaft, S. 176; Hofmann, Adelige Herrschaft und souveräner Staat, S. 98 f.; Hellstern, aaO., S. 50.
 - 3) Moser, Vermischte Nachrichten, S. 668; Schreckenstein, aaO., I, S. 619.

politischen Bedeutung anerkannt¹⁾. Nachdem durch Gesetz vom 25.3.1431 Kaiser Sigmund Eingriffe in den Untertanenverband der Adelsherrschaften verboten hatte²⁾, konnte der niedere Adel seine Angelegenheiten regeln und sich insbesondere gegen die Ansprüche der benachbarten Fürsten wehren. Dem Verfall der Ritterschaft konnte so vorgebeugt werden. Allerdings war der Beitritt von Fürsten und Grafen zu den verschiedenen Bünden nicht geeignet, dem Ziel Sigismunds, eine schlagkräftige Gegenmacht gegen die Fürsten zu konstituieren, zu verwirklichen. Andererseits brachte gerade der Anschluß des hohen Adels an die Bünde des niederen Adels mit sich, daß diese die Ritterschaft nicht als landsässige Untertanen, sondern praktisch als Mitherrschaftsstand respektierten. Insbesondere in Schwaben bis zu Eberhard im Barte, der 1495 die Herzogswürde erlangte, wurden die Vertreter der Ritterschaft u.a. bei wichtigen Staatsentscheidungen zur Mitverantwortung herangezogen.³⁾

Im 16. Jhdt. zeigte sich die Ritterschaft schon als untrennbares Ganzes, nachdem sie 1566 vom Kaiser dazu erklärt worden war. Die Rittertage mehrten sich und schufen so ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das allein den Eingriffen ihrer Feinde Einhalt gebieten konnte.⁴⁾ Die verschiedenen Reichsexekutionen und Reichsgesetze gingen von diesem Tatbestand aus. Eine weitere Steigerung ihrer Unabhängigkeit empfing der schwäbische Ritterkreis durch

1) Hofmann, Adelige Herrschaft und souveräner Staat, S.98.

2) Bader, Der deutsche Südwesten, S. 165; Hellstern, aaO., S. 3, 47 f.

3) Borries, Der deutsche Südwesten in seiner geschichtlichen Funktion, S. 11; Pfeiffer, Studien zur Geschichte der Reichsritterschaft, S. 177, Anm. 24, der das Ausscheiden der fränkischen Ritterschaft aus dem Landtag zwischen 1540 und 1570, der schwäbischen Ritterschaft im Jahre 1514 annimmt; Grube, Der Stuttgarter Landtag, S. 90 und S. 108 ff.; Hofmann, Adelige Herrschaft und souveräner Staat, S. 98.

4) Bader, Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung, S. 617.

das Privileg vom 25.5.1566, wonach die ritterschaftlichen Güter in Zukunft ein geschlossenes Korpus sein sollten.¹⁾

Aufbauend auf dem gesicherten Besitzstand und der tatsächlichen Machtstellung, die zudem ihre Stütze beim Kaiser fand, versuchte sich die Ritterschaft in der Folgezeit zu organisieren, um noch größere Durchschlagskraft zu erhalten. Im Jahre 1495 auf dem Reichsreformtag zu Mainz ergingen gegen die Ritterschaft gerichtete Beschlüsse, die sie zu engerem Zusammenschluß und zur Ausgestaltung ihrer Organisation zwang, jedoch trat staatsrechtlich keine Änderung in der Stellung der Reichsritterschaft ein. Auf dem Wormser Reichstag unter Maximilian I. hätte die Reichsritterschaft sogar die Möglichkeit gehabt, auch die mangelnde Vertretung im Reichstag zu erringen, jedoch scheiterte dies u.a. daran, daß sie dem Kaiser die Zahlung des gemeinen Pfennigs abgeschlagen hatte.

Die Zeit vom Tode Maximilians I. bis zum Ende des 30-jährigen Krieges im Jahre 1648 ist die Ära der eigentlichen Organisation des reichsritterschaftlichen Korpus. Durch Karl V. (1519-1556) erfolgte zwar zunächst das Verbot aller ritterlichen Vereine, doch die energischen Vorstellungen und das Aufbegehren eines größeren Teils der Ritterschaft unter Ulrich von Hutten und Franz von Sickingen führten schließlich dazu, daß die Reichsunmittelbarkeit der Ritterschaft nicht mehr angezweifelt wurde, wie sich dies aus den Reichsabschieden von 1500, 1543, 1544 und aus dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 ergibt. Gerade im Augsburger Religionsfrieden ist ausdrücklich der freien Ritterschaft zugestanden, daß sie in ihrer Religion nicht bedrängt werden dürfte.²⁾ Mitte des 16. Jhdts. mehrten sich die Rittertage, so 1560 in Munkeringen, auf dem sich die schwäbische Ritterschaft eine Ritterordnung gab, die Kaiser Ferdinand 1561 in Wien feierlich bestätigte. Die fränkische Ordnung entstand im Jahre 1590 und wur-

1) Hellstern, aaO., S. 22 ff.; Schreckenstein, aaO., II, S. 360; HStA Stuttgart, A 34 Bü. 1 c, Nr. 1b, XV.

2) Zeumer, aaO., S. 288.

de vom Kaiser Rudolf bewilligt. Im Jahre 1652 folgte schließlich die rheinische Ritterordnung.

Im Jahre 1577 entstand der Gesamtbund der Reichsritterschaft, der zunächst voraussetzte, daß die Grafen, Prälaten und freien Herren, die im 15. Jhdt. stets noch in Verbindung mit den Rittern gestanden hatten, sich aus dem Verbande völlig aussonderten.¹⁾

Die Organisation²⁾, wie sie sich seit Anfang des 16. Jhdts. allmählich herausgebildet hatte, ist entsprechend den Ritterordnungen aufgeteilt in die Kreise Schwaben, Franken und am Rhein.

Der Kreis Schwaben umfaßte die Kantone Donau, Hegau, Allgäu, Neckar, Schwarzwald, Ortenau, Kraichgau und am Kocher,

der Kreis Franken die Kantone Odenwald, Gebürg, Rhön-Werra, Altmühl, Braunach, Steigerwald,

der Kreis Rhein die Kantone Oberrhein, Mittelrhein Unterrhein.

Die mit ihren Besitzungen in den einzelnen Kantonen immatriculierten reichsritterschaftlichen Familien standen in Verbindung nur zu ihrem Kanton und wählten aus ihrer Mitte den Kantonsausschuß oder Vorstand, der wiederum aus einem Ritterhauptmann, eine Stellung, die sehr oft die

1) Zum Ganzen: Schreckenstein, aaO., II, S. 280 ff.; Bürgermeister, Codex dipl. equestris, I, S. 161 f.; Hellstern, aaO., S. 3 f. und S. 55 ff. mit Aufstellung der Privilegien; Bader, Der deutsche Südwesten, S. 165 ff.; Hofmann, Adelige Herrschaft und souveräner Staat, S. 98; Kolb, aaO., S. 3 ff.; Grube, Der Stuttgarter Landtag, S. 90, 108 ff.; HStA Stuttgart B 579 Bü. 1364; Stutz, Zum Wesen und Ursprung des niederen Adels, S. 1-47; Ernst, Die Entstehung des niederen Adels, S. 81 und 87; Ebersbach, Die deutsche Reichsritterschaft, S. 5 ff.

2) Literatur im wesentlichen wie vorstehende Fußnote 1); außerdem: Weiss, Die Reichsritterschaft am Ende des alten Reiches, S. 290-295; Svoboda, aaO., S. 265.

Reichsfreiherrn von Gemmingen einnahmen, und einer Anzahl von Ritterräten bestand. Diese standen dem Ritterhauptmann zur Seite. Hauptmann und Räte bildeten das sogenannte Direktorium des Kreises. Das Generaldirektorium stand über den einzelnen Kantonen, hatte aber lediglich in den Angelegenheiten tätig zu werden, die die gesamte Reichsritterschaft betrafen und lud zu den sogenannten Korrespondenztagen, d.h. den Versammlungen der Reichsritterschaft. Auch das Direktorium eines Ritterkreises, das sog. Spezialdirektorium, hatte wenig Machtvollkommenheit, es war noch nicht einmal berechtigt, den Kreis auf dem Korrespondenztag ohne weiteres zu vertreten, vielmehr mußten die Abgeordneten zu den Korrespondenztagen von den Kantonen besonders gewählt werden.

Ähnlich wie die Korrespondenztage der gesamten Reichsritterschaft waren auch die Konvente der einzelnen Kreise nur eine Art Gesandtenkongreß, auf dem wichtige Abstimmungen, die auch bindend sein sollten, selten zustande kamen.

Der Gesamtkörperschaft fehlte es daher de jure an einem kräftigen allgemeinen Organ im Gegensatz zu den Kantonen, deren Vorstände die notwendige Machtvollkommenheit hatten. Demgemäß lag der Schwerpunkt der Organisation der Ritterschaft in den einzelnen Kantonen. In ihnen wurden Hauptmann und Räte auf Lebenszeit gewählt. Die laufenden Geschäfte unterstanden dem Ritterhauptmann allein, dem hierfür in seiner Wahlkapitulation eine Geschäftsordnung gegeben wurde. Wichtige Gegenstände, die außer der laufenden Verwaltung und den laufenden Geschäften standen, mußte der Ritterhauptmann mit seinen Räten im Ritterratkonvent beschließen.

Die Haupttätigkeit der Kantone bestand hauptsächlich in der Vertretung der reichsritterschaftlichen Privilegien speziell gegenüber den Fürsten und in der Ausübung der ihnen zustehenden Steuerrechte in den Herrschaftsgebiete-

ten, sie hatten aber keinerlei Befugnisse hinsichtlich der Jurisdiktionsrechte ihrer Mitglieder. Insbesondere waren auch die Kantone nicht berechtigt, den einzelnen Ritter gegenüber dem Kaiser zu vertreten, hier bestand nur eine Korrespondenz zwischen Reichsoberhaupt und dem unmittelbaren Ritter selbst.

Die Tatsache, daß es zu keiner schlagkräftigen Gesamtorganisation gekommen ist, liegt einmal darin, daß den Kern einer reichsritterlichen Herrschaft der Grundbesitz und nicht die Hoheitsrechte bildeten, zum anderen die ritterschaftlichen Besitzungen sich inmitten der Gebiete der Landesherren befanden, so daß der Zusammenhang oft unterbrochen wurde. Es oblag dem einzelnen Ritter selbst, inwieweit er sich hier durchsetzen und mit den Landesherren arrangieren konnte.¹⁾ Trotz ihrer nicht gerade idealen Organisation gelang es aber den Rittern, sich in der Folgezeit mannigfache Privilegien zu sichern, wie Zollfreiheit, Jurisdiktionsgewalt und Blutbann, Grund- und Jagdgerechtigkeit u.a.

Über die einzelnen Privilegien wird, soweit erforderlich, bei der Stellung der Freiherrn von Gemmingen noch einzugehen sein.

Festzustellen ist jedenfalls, daß im Laufe der Jahrhunderte bis zum Einwirken Napoleons auf den Bestand des deutschen Reiches und die nachfolgende Mediatisierung der Reichsritterschaft die einzelnen Ritter in ihrer Organisation und Rechten unangetastet blieben, im Gegenteil konnten die Rechte und Regalien noch ausgedehnt werden, so daß die Stellung der Ritterschaft sich der landesherrlichen Stellung annäherte. Man war sich lange nicht darüber einig, ob der einzelne begüterte Reichsritter

1) Vgl. zur Organisation: Zoepfl, Deutsche Rechtsgeschichte, II, 2, 1872, S. 389 ff.
Weiss, Die Reichsritterschaft beim Ende des deutschen Reiches, S. 290-295.

oder die in Kreisen und Kantonen organisierte Reichsritterschaft Landesherrlichkeit oder Landeshoheit besaßen. Die Juristen des ausgehenden 18. Jahrhunderts stellten meist auf die Landesherrlichkeit als einer minderen Form der Landeshoheit ab¹⁾. Diese Unterscheidung war zumindest bis zum Westfälischen Frieden angebracht, denn erst dort wurde der Begriff des "ius territorii et superioritatis" formuliert²⁾. Zuvor war die Reichsgesetzgebung meist von dem Begriff "domini terrae" o.ä. ausgegangen³⁾. Zunächst soll untersucht werden, ob Landeshoheit bestand.

Die Juristen des 18. Jahrhunderts bezeichneten als "Land" ein reichsunmittelbares, mit Grafenrechten ausgestattetes Dominium. Moser⁴⁾ nahm deshalb - trotz gewisser Bedenken - an, wer alle einzelnen Regalien und Teile der Landeshoheit besitze, der habe Landeshoheit, wenn aber Regalien zum Teil nicht in seinem Besitz sind, komme es auf den Umfang und die Bedeutung der innegehabten Regalien an, um dennoch die Landeshoheit bejahen zu können. Dies gelte auch für die Reichsritterschaft. Auch Kerner⁵⁾ kam zu diesem Schluß, zumal im Frieden von Münster und Osnabrück der Reichsritterschaft das ius reformandi zugesprochen worden sei, das unbestreitbar von der Landeshoheit abhängt. Vorsichtiger formulierte schon Gönner⁶⁾,

-
- 1) Hofmann, Adelige Herrschaft und souveräner Staat, S. 96; Ruch, aaO., S. 30 f.; Kerner, Staatslandrecht, S. 697; Keutgen, Der deutsche Staat des Mittelalters, S. 153 ff.; Mader, Reichsritterschaftliches Magazin, II, S. 1 f.; Moser, Von den Reichsständen und der Reichsritterschaft, S. 1278 f.; Brunner, Land und Herrschaft, S. 166, Anm. 2.
 - 2) Hofmann, Adelige Herrschaft und souveräner Staat, S. 64, Anm. 96; Ruch, aaO., S. 31; v. Schwerin, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte, S. 173 ff.
 - 3) Zeumer, aaO., Nr. 53, S. 55 f. z.B. in c. 8 des Gesetzes von 1232 für die weltlichen Fürsten: item locum cente nemo mutabit sine consensu domini terre." (constitutio in favorem principum); Brunner, Land und Herrschaft, S. 165 ff.; Mitteis, Land und Herrschaft, S. 47 ff.
 - 4) Moser, Von der Landeshoheit Derer Teutschen Reichsstände überhaupt, S. 190 und 195.
 - 5) Kerner, Staatslandrecht, I, S. 60 ff.
 - 6) Gönner, Deutsches Staatsrecht, § 265.

der die Regierungsgewalt der Reichsritterschaft als einen Inbegriff von Rechten, welcher der Landeshoheit ganz analog ist, bezeichnete.

Dieser Auffassung ist mit dem Großteil der neueren Literatur zu widersprechen. Zwar wird die Argumentation zur Verneinung der Landeshoheit allzu oft vom Ergebnis der zu lösenden Frage selbst beeinflusst, der Negation ist aber zuzustimmen. Im wesentlichen dürfte heute geklärt sein, daß weder den einzelnen Reichsrittern noch der Reichsritterschaft Landeshoheit zustand. Nach Schlesinger¹⁾ ist der Zustand der Landeshoheit dann eingetreten, wenn die Hochgerichtsbarkeit, d.h. die Grafengerichtsbarkeit, erworben wurde. Er hält grundsätzlich an der Entstehung der Landeshoheit fest und argumentiert mit der Delegation der Grafenrechte an Adel und Kirche, die sich diese Rechte im Wege der Belehnung angeeignet und dann weiter vererbt hätten. Dadurch seien sie Landesherren geworden. Eine ähnliche Meinung vertritt v. Below²⁾. Sie muß aber als zu eng abgelehnt werden. Zwar repräsentierte die Gräfschaft im wesentlichen den Staat, ihre Rechte und Funktionen genügten aber zur Errichtung der Landeshoheit und Gründung eines Territoriums nicht aus. Dazu waren die Rechte und die Stellung eines Fürsten mit ihrer originären Leistung des Aufbaues der Staaten auf der Grundlage des Flächenstaates, worauf Mayer und Hirsch hinweisen³⁾, notwendig. Auch Bader⁴⁾ hält die Ableitung der Landeshoheit aus den Grafenrechten für nicht ausreichend, vielmehr müßten mehrere Faktoren berücksichtigt werden. Dem ist beizupflichten. Wenngleich hier keine endgültige Klärung vorgenommen werden kann, ist doch darauf hinzuweisen, daß der Begriff Land im Sinne Otto Brunner's, die Regalien und die Standesqualitäten erst die aufgeworfene Frage zu einem Ergebnis führen können.

1) Schlesinger, aaO., S. 2 ff.

2) v. Below, Territorium und Staat, S. 30 f.

3) Mayer, Fürsten und Staat, S. 276 ff., insbes. S. 279; Hirsch, Die hohe Gerichtsbarkeit im deutschen Mittelalter, S. 124, 130 f., 148 f.

4) Bader, Der deutsche Südwesten, S. 16.

Brunner¹⁾ erbrachte den Nachweis, daß "Land" eine "Einheit unabhängig von einem Herrn" darstellt. Er weist auf die Abhängigkeit der Begriffsbestimmungen "Land" und "Landeshoheit" hin. Es muß demnach eine Unterscheidung zwischen Land und Landeshoheitsgebiet, von terra und territorium vorgenommen werden²⁾. Gleichzeitig ist damit klar geworden, daß Eigentum an Allodial- oder Lehensgütern, das den einzelnen Reichsrittern bzw. der Reichsritterschaft zugestanden hat, noch nicht ausreicht, um einen Schluß auf die Landeshoheit zu ziehen. Gerade bei den reichsritterschaftlichen Gebieten kann eine Geschlossenheit im Sinne eines "Landes" nicht festgestellt werden³⁾. Hinzu kommt, daß der Besitz eines Dorfes durch Verkauf, Tausch oder Auftragung - wie am Beispiel des Ortes Gemmingen noch gezeigt wird - von der Person des Inhabers abhängig ist und von seinem restlichen Besitz abgespaltet werden kann, also keine "Einheit unabhängig von einem Herrn" ist. Als Land erscheinen im 13. Jahrhundert die Stammesgebiete, die nach Landrecht leben⁴⁾.

Hinsichtlich der "Regentenstellung" und "Oberherrschaft" ist zu klären, welche Rechte und welche Stellung der Reichsritter bzw. die Reichsritterschaft besaß, und ob sich hieraus die Landeshoheit ableiten läßt. V. Below⁵⁾ geht zu Recht davon aus, daß auch nicht gräfliche Dynasten gräfliche Gewalt besitzen und zur Landeshoheit aufsteigen können. Wesentlich ist hier aber festzustellen, daß eine weitere Voraussetzung der Landeshoheit die Standesqualität darstellt. Moser⁶⁾ gibt bereits einen wichtigen Hin-

1) Brunner, Land und Herrschaft, S. 165 ff.

2) Hofmann, Adelige Herrschaft und souveräner Staat, S. 97; Brunner, Land und Herrschaft, S. 179.

3) Mayer, Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates, S. 317; v. Below, Territorium und Staat, S. 221; Bader, Volk, Stamm, Territorium, S. 281, der die Besitzungen als "Konglomerate von Herrschaften und Herrschaftsteilen" bezeichnet.

4) Mayer, Fürsten und Staat, S. 279.

5) V. Below, Territorium und Staat, S. 22 und 31.

6) Moser, Von der Landeshoheit Derer Teutschen Reichstände überhaupt, S. 9.

weis auf das Erfordernis der Reichsstandschaft, wenn er die Landeshoheit als "denen Ständen des Reiches zukommendes Recht, vermöge dessen sie befugt seyen, in ihren Landen und Gebieten alles dasjenige zu gebieten, verbieten, anzuordnen ..., was einem jeden Regenten nach denen göttlichen, Natur- und Völkerrechten zukommt; insoferne ihnen nicht durch die Reichsgrenze, das Reichsherkommen, die Verträge mit ihren Landständen und Untertanen ... die Hände gebunden sind", formuliert. Die Reichsstandschaft hätte die Grenze zwischen Reichsfürsten und Reichsrittern in der Weise verwischt, daß die Reichsritterschaft wie die Reichsfürsten Teilhaber am Reich und nicht nur Untertanen des Königs geworden wären¹⁾. Die Reichsstandschaft hätte die Mitwirkung an den Reichstagen, die Aufnahme in die Reichsmatrikel und somit bei der Wechselbezogenheit von Landeshoheit und Reichsstandschaft für die Reichsritter die Sicherung ihres Herrschaftsbereiches bedeutet. Die Ablehnung des "Gemeinen Pfennigs" im Jahre 1495/96 spielte eine entscheidende Rolle für den Nichterwerb der Reichsstandschaft.²⁾

Zusammenfassend läßt sich somit feststellen, daß die Gebiete der Reichsritterschaft nicht als "Land" im Sinne der Definition Brunner's anzusehen sind. Wohl wurden die Gebiete zum Teil als "Ritterterritorien" bezeichnet³⁾, aber diese Bezeichnung ist unrichtig. Verfehlt ist es allerdings, wie Knapp⁴⁾ meint, die rechtliche Qualifikation sei von der Größe des Gebietes abhängig, da es genügend Beispiele gibt, bei denen der Besitz dynastischer Landesherren kleiner als die Gebiete einzelner Ritter oder gar der Reichsritterschaft war. Es mangelt aber an

1) Pfeiffer, Fränkische Reichsritterschaft, S. 186; Brunner, Land und Herrschaft, S. 176; Mayer, Fürsten und Staat, S. 310; Hofmann, Adelige Herrschaft und souveräner Staat, S. 98 ff.

2) Pfeiffer, Fränkische Reichsritterschaft, S. 185 ff.

3) Hofmann, Adelige Herrschaft und souveräner Staat, S. 97 mit Nachweisen.

4) Knapp, Zur Geschichte der Landeshoheit, S. 110 f.; der es als lächerlich fand, den Besitzer eines einzigen Dorfes als Landesherren zu bezeichnen.

den dynastischen Voraussetzungen, der Reichsstandschaft und dem Gesetzgebungs- und selbständigen Besteuerungsrecht. Auch bei der Reichsritterschaft in corpore läßt sich der Nachweis nicht führen. Der niedere Adel besaß zwar nahezu alle "Hoheitsrechte" mit Ausnahme der Hochgerichtsbarkeit¹⁾, die auf Grund von Lehensübertragung an der Person oder dem Gut der einzelnen Ritterfamilie haftete, aber die mangelnde Eigenschaft der Gebiete als Land und das Fehlen der landesfürstlichen Obrigkeit, der dignitas regalis, verhinderte das Entstehen einer Landeshoheit. Es war nicht nur das "ius territoriale", sondern die, wie es im westfälischen Frieden heißt²⁾, "superioritas territorialis" erforderlich, einer von der Person losgelösten, dem Lande "anklebenden" Gebietshoheit³⁾, um von Landeshoheit sprechen zu können. Die Reichsritter hatten - und dies gilt insbesondere für das kraftvollste staatenbildende Recht, der Hochgerichtsbarkeit - im Rahmen der Belehnungen lediglich die Hoheit, aber nicht die Landeshoheit.

Auch das weitere Argument, die Reichsritterschaft habe das ius reformandi besessen, läßt keinen Schluß auf die Landeshoheit zu. Zwar muß man davon ausgehen, daß während der westfälischen Friedensverhandlungen sich die Anschauung durchsetzte, Landeshoheit und Reichsstandschaft seien ebenso unzertrennbar wie Landeshoheit und ius reformandi⁴⁾, aber die Stellung des hohen und niederen Adels war doch zu verschieden. Unbestreitbar bestimmte bereits § 26 des Augsburger Religionsfriedens von 1555⁵⁾ die persönli-

-
- 1) Mayer, Fürsten und Staat, S. 312; entgegen Hirsch, Die hohe Gerichtsbarkeit im deutschen Mittelalter, S. 200 ff., bin ich der Auffassung, daß die Gerichtsbarkeit ein wesentliches Element der Landeshoheit ist.
 - 2) Hofmann, Adelige Herrschaft und souveräner Staat, S. 62 f., 96 ff.; Zeumer, aaO., S. 395 ff., IPO Art.V, § 30 und Art. VIII, § 1.
 - 3) Brunner, Land und Herrschaft, S. 166 f.
 - 4) Pfeiffer, Fränkische Reichsritterschaft, S. 184; Kerner, Staatslandrecht, I, S. 60 ff.
 - 5) Zeumer, aaO., S. 288: "Die freye Ritterschaft ... obbemeldter beeder Religion halben ... von niemand vergewaltigt, beträngt noch beschwert werden sollen".

che Religionsfreiheit der Reichsritter, es ist jedoch fraglich, ob hierin eine Gleichstellung mit den Reichsständen bezüglich der Landeshoheit gesehen werden kann. Diese suchte die Reichsritterschaft zu erreichen, und es ist das große Verdienst ihres Vertreters Wolf von Gemmingen, daß der Augsburger Religionsfriede nicht nur bestätigt, sondern im Westfälischen Frieden der Reichsritterschaft das *ius reformandi* ausdrücklich zugestanden wurde¹⁾. Daraus folgt trotz der Tatsache, daß der Kaiser das Recht nicht einseitig festgesetzt hatte, sondern auch eine Garantie anderer Mächte bestand, daß die Gewährung des Rechtes "*vigore Pacis et praesentis Conventionis*" erfolgte, also nicht mit dem *ius reformandi* auch die Landeshoheit zugestanden wurde. Dies übersieht Riedenauer²⁾, der eine korporative Landeshoheit bejaht und diese aus der Bestimmung in § 28 "*nisi forte ... reperiantur subiecti*" herleitet. Im IPO wurde der Reichsritterschaft die Landeshoheit zwar nicht ausdrücklich versagt, auf Grund der erwähnten Einschränkung "*vigore Pacis ...*" und aus Art.V, § 30³⁾ ist aber der entscheidende Unterschied zu den Reichsständen herzuleiten, denn diesen gebühre das *ius reformandi* nach bisheriger Übung mit der Landeshoheit, der Reichsritterschaft aber nur "kraft" des Friedens, so daß es für die freie Ritterschaft kein Element der Landeshoheit⁴⁾ darstelle. Als Nachweis für die besondere

1) Zeumer, aaO., S. 340 ff., Art. V, § 1 und § 28: "*Libera et immediata Imperii Nobilitas ... nisi forte in quibusdam locis ratione bonorum et respectu territorii vel domicilii aliis Statibus reperiantur subiecti, vigore Pacis Religiosae et praesentis Conventionis in iuribus habeant, quo supra dictis Electoribus, Principibus et Statibus competit, nec in iis sub cuocunque praetextu impediuntur aut turbentur, turbati vero omnes omnino in integrum restituantur*"; Hellstern, aaO., S. 38; Riedenauer, aaO., S. 2 und S. 20.

2) Riedenauer, aaO., S. 3.

3) Zeumer, aaO., S. 395 ff., Art. V, § 30: "... cum eiusdem modo Statibus immediatis cum iure Territorii et Superioritatis ex communi per totum Imperium hactenus usitata praxi, etiam *ius reformandi exercitium Religionis* competat ...".

4) Hellstern, aaO., S. 38 f.; Weiss, aaO., S. 293; Berner, aaO., S. 205, der die Aufgaben des Ritterhauptmannes bei der Vertretung der reichsritterschaftlichen Privilegien wie des *ius reformandi* gegenüber den Fürsten aufzeigt.

Stellung der Ritterschaft, die immediat dem Kaiser unterstellt war, sei neben dem Augsburger Religionsfrieden und dem Westfälischen Frieden nur noch hingewiesen auf den Entwurf einer ständigen Wahlkapitulation vom 8.7.1711¹⁾.

II. Die Familie von Gemmingen

1. Die ersten Erwähnungen und urkundlichen Nachweise²⁾

Die Freiherren von Gemmingen, die dem Reichsfreiherrnstand angehörten, sind eines der ältesten Adelsgeschlechter des Kraichgaues. Nach den Mitteilungen des von der Familie von Gemmingen beauftragten "Hauschronisten" Pfarrer Stocker, soll das Geschlecht bereits vor der Jahrtausendwende nachweisbar gewesen sein, zumal der Ort Gemmingen bereits im Lorscher Kodex im Jahre 769 erwähnt wurde³⁾.

Urkundliches Material findet sich jedoch erst 1233⁴⁾ mit Hertlieb und Albert von Gemmingen, die als Konventualen

-
- 1) Zeumer, aaO., Nr. 205 Art. XV: "Der Kayser will die mittelbare Reichs-Unterstände ... zum Gehorsam gegen ihre Landes-obrigkeit anhalten, wie er dann keinem Churfürsten und Stand (die unmittelbare Reichs-Ritterschaft mit inbegriffen) ... von deren Botmäßigkeit ... Jurisdiction ... eximieren oder befreien ..."
Art. XXI: "Der Kayser ... verspricht, daß er die Churfürsten, ... ingleichen die gefreyte Reichs-Ritterschaft mit ihren angehörigen Lehen ... nach ihrem Willen schalten und walten lassen, keineswegs diese zum kayserl. Fisco einziehen ... die Allodialgüter ... nicht entziehen, sondern die Landes-Obrigkeiten ... gewähren lassen ..."
Pick, aaO., S. 215.
 - 2) Bürgermeister, Bibliotheka equestris, I, Nr. 2, S. 521-557; Neues Genealogisches Handbuch, S. 83-89; Cast, Adelsbuch des Königreiches Württemberg, S. 205-215; ders., Adelsbuch des Großherzogtums Baden, Abt. 3, S. 87 f.; v.d.Becke-Klützn, Stammtafeln des Großherzogtums Baden, S. 145 f.; v. Gemmingen, aaO., 1. Buch, Caput I; Stocker, Familienchronik, S. 1-14; Kneschke, Neues allgemeines Adels-Lexikon, Bd. 3, S. 479.
 - 3) Stocker, Familienchronik, S. 12; v. Gemmingen, aaO., 2. Buch, Caput V; für den Ort Gemmingen: Bayrisches Hauptstaatsarchiv München, Ab. I, Spalte 2, Fol. 157, Mainz lit.
 - 4) Württembergisches Urkundenbuch, Bd. VI, S. 489.

in Hirsau genannt werden. Die sichere Stammreihe beginnt mit Hans von Gemmingen, der allgemein als Stammvater der Familie angesehen wird. Er war im Jahre 1259 kaiserlicher Landvogt in Sinsheim und legte den Grundstock des Reichtums der Familie. Durch seine Frau, eine von Helmstadt, erhielt er einige Zehnten und Gefälle zu Bischofsheim und erwarb Häuser in Sinsheim und Neckarbischofsheim, 1/6 in Hilsbach und Waibstadt. Er ist in Gemmingen gestorben und seine Grabplatte befindet sich auch heute noch im Garten des Gemminger Wasserschlosses ("unteres Schloß"). Er besuchte 1235 das Turnier zu Würzburg.

2. Stämme und Linien der Familie ¹⁾

Von dem oben erwähnten Hans von Gemmingen stammen drei Söhne und zwar Schweiker, Dieter und Albrecht. Albrecht war vermählt mit einer von Neuperg und war Vater Dieters I. Dieter I., der Ende des 13., Anfang 14. Jahrhunderts lebte, ist der gemeinsame nächste Stammvater von allen von Gemmingen nach Hans von Gemmingen, dem kaiserlichen Vogt zu Sinsheim. Dieter I. vermählte sich im Jahre 1283 mit Metza von Thalheim, und aus dieser Ehe stammten u.a. zwei Söhne, Dieter II. oder der ältere, der 1374 gestorben ist und Dieter III. oder der jüngere, der 1359 starb. Diese stifteten durch ihre Nachkommen zwei Hauptstämme. Der ältere Hauptstamm rührt von Dieter II. her, der die Gemminger und Hagenschießer Linie begründete und Dieter III. stiftete die Bürger und Michelfelder Linie.

Der ältere Hauptstamm wurde durch die Enkel Dieters II., Dietrich V. und Reich-Hans, die Söhne des 1414 verstorbenen Dieters IV. wiederum in zwei Äste getrennt, den älteren zu Hagenschieß und den jüngeren zu Guttenberg. Aus der Hagenschießer Linie wurde in der 8. Generation durch die Söhne Rolf Ludwigs, geboren 1550, in zwei weitere Linien, durch Wolf Dietrich in die Linie zu

1) Literatur im wesentlichen wie zu A. II, 1.

Mühlhausen und Gmünd in Österreich und durch Reinhold Ludwig in die jüngere zu Steinegg geschieden.

Die Guttenger Linie gründete Hans der Reiche im 15. Jahrhundert. Durch seine Ururenkel wurde im 17. Jahrhundert von Dietrich (gestorben 1658), der Direktor des Kantons Kraichgau war, die Linie Gemmingen-Gemmingen gegründet und von dessen Söhnen in eine weitere Linie Gemmingen-Gemmingen und Gemmingen-Fürfeld getrennt.

Von dem anderen Ururenkel Hans des Reichen, Wolf Dietrich, der 1645 gestorben ist, geht die Linie Gemmingen-Guttenberg-Bonfeld aus, die sich später in weitere Nebenlinien, die ältere zu Bonfeld vom oberen Schlosse und die jüngere zu Bonfeld vom unteren Schlosse geschieden hat.

Der jüngere Hauptstamm stammt von Dieter III., der 1359 gestorben ist. Er war der Begründer der Bürger und Michelfelder Linie, die durch seine Ururenkel, Arm-Hans und Eberhard in die Linie zu Michelfeld und die Linie zu Bürg getrennt wurde. Durch die Enkel des 1501 verstorbenen Eberhard, Reinhard und Eberhard von Gemmingen, entstanden wiederum zwei Linien, die von Reinhard gestiftete Linie zu Hornberg und die von Eberhard gestiftete Linie zu Bürg. Die Hornberger Linie wurde durch die drei Urenkel des Stifters weiter geteilt in die Nebenlinien zu Treschklingen, Babstadt und Michelfeld.

Aus den verschiedenen Linien ist schon jetzt zu ersehen, daß die Freiherrn von Gemmingen einen ansehnlichen und weit verbreiteten Güterbesitz in den Ritterkreisen Schwaben und Franken und am Rhein besaßen und durch Kauf, Heirat und Tausch von Anbeginn bis zur Auflösung der Reichsverfassung sich große Macht verschaffen konnten. Hinzu kam, daß das Geschlecht derer von Gemmingen sich in exponierten Stellungen hervorgetan hat. Schon Hans von Gemmingen im 13. Jahrhundert nahm als kaiserlicher Vogt der Reichsstadt Sinsheim eine Machtstellung

ein, die durch seine Nachfahren noch ausgebaut wurde. Es wäre hier verfehlt, im einzelnen darauf einzugehen, es seien nur folgende Mitglieder der Familie von Gemmingen angeführt:

Hans der Reiche¹⁾, geboren 1394. Er war zunächst so arm, daß er nicht ein Pferd zu erhalten vermochte und ist nachher so reich geworden, daß man ihn überall Hans den Reichen nannte. Er besaß zuletzt 1/3 an Gemmingen, Guttenberg mit den dazugehörigen Dörfern, 1/4 von Bönningheim und Erligheim, einen Teil von Widern, halb Ittlingen, Pfandschaften an den Ämtern Neuenstatt und Möckmühl, Eppingen, Klein-Gartach, Niederhofen, Stetten und einen Teil von Groß-Gartach. Er war im Jahre 1440 Amtmann in Neckarsulm, 1446 wurde er Rat des Pfalzgrafen Ludwig. Als 1462 Friedrich von der Pfalz ein Hofgericht errichtete, wurde er Doktor und Beisitzer des Gerichtes. 1476 kaufte er durch seinen Sohn Pleikard Bonfeld und nach Ableben seines Veters Dieter VII. von Gemmingen im Jahre 1478 den 4. Teil von Bönningheim und Erligheim. 1481 wurde er Amtmann in Weinsberg. 1461 erhielt er 1/5 am Zehnten zu Stetten. 1465 verpfändete Bischof Matthias von Speyer Schloß und Stadt Obergrombach, das Dorf Untergrombach mit allen Rechten und Gefällen an Hans von Gemmingen und seine Erben um 10 000 Gulden. Er war einer der Mehrer Gemmingischen Reichtums.

Ein anderer berühmter Sohn der Gemmingischen Familie war Dietrich²⁾, der Enkel Hans des Reichen, der mit dem Herzog Eberhard von Schwaben auf dem Reichstag zu Worms gewesen ist und der erste Ritter des Kraichgaues war, der Luthers Lehre angenommen hat. Er beherbergte auf Guttenberg zeitweise 30 vertriebene Pfarrer. Sein Sohn Wolf von Gemmingen³⁾ schuf eine Einrichtung, die für die damalige Zeit Seltenheitswert hatte, denn er grün-

1) Stocker, Familienchronik, S. 49.

2) wie 1), S. 57.

3) wie 1), S. 65; Oechelshäuser, aaO., S. 169.

dete eine Lateinschule in Gemmingen, in welcher die Söhne des benachbarten Adels Unterricht fanden. Unter anderem waren Wolf von Dalberg, der spätere Kurfürst von Mainz und Erzkanzler des Deutschen Reiches (1582-1601)¹⁾, Wolf Greck von Kochehdorff, Christoph Land-schad von Steinach und der spätere Reformator Öster-reichs und der Steiermark David Chyträus Schüler der Gemmingischen Lateinschule.

Als Leiter der Lateinschule finden wir Magister Franz Jrenikus im Jahre 1531, der als einer der ersten Ge-schichtsschreiber Deutschlands mit seiner "Exegesis Germaniae" hervortrat. Seit 1524 war Jrenikus Hofpredi-ger des Markgrafen Phillip I. gewesen, als sich der Mark-graf jedoch nach Ausgang des Augsburger Reichstages von 1530 zum alten Glauben bekannte, sicherte sich Wolf von Gemmingen die Mitarbeit dieses Gelehrten und berief ihn zum Leiter und Vorstand der Lateinschule, die er zur Blüte führte.

Der wohl bedeutendste Sohn der Familie von Gemmingen ist aber der am 29.6.1468 geborene Uriel²⁾ gewesen. Er war bereits 1501 Beisitzer des kaiserlichen Kammerge-richtes zu Speyer, wurde danach Amtmann zu Mombach und Domdechant in Mainz und schließlich wurde er am 24.9. 1508 zum Erzbischof und Kurfürsten gewählt und 1509 ein-gesetzt. Er genoß das besondere Vertrauen des Kaisers, der ihn mit diffizilen Aufgaben betraute.

3. Erwerb und Umfang der Güter der Familie von Gemmingen³⁾

Berücksichtigung sollen hier nur die Güter finden, die zum Zeitpunkt der Mediatisierung noch im Eigentum oder

1) Demandt, aaO., S. 243.

2) Stocker, Familienchronik, S. 214; Cast, Adelsbuch des Großherzogtums Baden, S. 87 ff.

3) Stocker, Besitzungen I, II, GLA 69 1, 1000-1025, Ak-ten Lehenssachen, insbesondere 69 1, 1007, Aufstel-lung der Lehen durch Hofrat Schreiber vom 24.12.1807; STA Speyer, Abt. 15 Urkunde Souveränitätslande Nr. 293; im übrigen in den Anmerkungen.

Besitz der Freiherrn von Gemmingen waren, um den Verlust und die damit verbundenen Konsequenzen darzustellen. Außer Betracht bleiben auch die Güter in Ungarn, Österreich und Bayern.

Die Linie Gemmingen - Guttenberg besaß folgende Güter:

Guttenberg¹⁾ wurde im Jahre 1449 von Hans von Gemmingen für 6 000 Rheinische Gulden von Bischof Gottfried von Würzburg, dem Vormund der beiden Söhne des 1442 verstorbenen Konrad von Weinsberg, gekauft. Bischof Reinhard von Worms belehnte Hans von Gemmingen mit Guttenberg samt dazugehörigen Dörfern und Weilern, Mühlbach, Hüffenhardt, 1/2 von Kälbertshausen und 1/16 von Siegelbach mit Leuten, Wäldern, Gütern und Zubehör. Zum Lehen gehörten als Hoheitsrechte die Ortsherrschaft, die niedere und hohe Gerichtsbarkeit, der Kirchsatz und das Patronatsrecht.

Hüffenhard²⁾ kam mit der Belehnung Guttenbergs an die Familie von Gemmingen. Seit 1497 besaßen sie als Reichslehen die hohe Gerichtsbarkeit, den Blutbann und von Worms das Patronatsrecht als Hoheitsrechte.

Siegelsbach³⁾ gehörte zu 1/16 zum Lehen Guttenbergs mit allen Zinsen und Gülten. Mit dem Aussterben des Geschlechtes Hirschhorn erwarben die Gemmingen noch vier Fronhöfe als Eigengut. Die Rechte regelten sich wie bei Guttenberg.

Bonfeld⁴⁾ wurde von Pleikard von Gemmingen 1476 erworben und von Bischof Johann von Worms damit belehnt. Zum Lehen gehörten als Hoheitsrechte das Gericht, die Vogtei

1) Stocker, Besitzungen, I, 1, S. 9 ff.; Bürgermeister, Bibliotheka equestris, I, Nr. 2, S. 521 ff.

2) Stocker, Besitzungen, I, 1, S. 16-19.

3) wie 2), S. 16 ff.

4) wie 2), S. 33 ff.; STA 69 1, 1007; Knapp, Die Grundherrschaft im südwestlichen Deutschland, S. 96.

und die Ortsherrschaft. Als Reichslehen erhielt die Familie von Gemmingen den Blutbann. Während des 30-jährigen Krieges erwarben die Gemmingen als Eigengut 8 der 13 Güter.

Fürfeld¹⁾ wurde 1516 von der Familie von Helmstadt an Gemmingen verkauft. Die Freiherrn von Gemmingen wurden von Worms mit den Hoheitsrechten der Ortsherrschaft, Gerichtsherrschaft und dem Patronatsrecht am 14.3.1665 belehnt. Außerdem wurden ihnen als Nachfolger derer von Helmstadt vom Reich der seit 1497 für Fürfeld gewährte Blutbann übertragen.

Gemmingen²⁾ war das Stammhaus der Familie. Zunächst gehörte es zum Eigengut mit Ausnahme der hohen Gerichtsbarkeit und dem Blutbann, mit dem sie 1497 vom Reich belehnt wurden. Zu Ende des alten Reiches waren 2 der 3 Schlösser unter der Lehenshoheit Württembergs, das 3. Schloß besaßen seit 1710 die Grafen von Neipperg als Lehensträger Württembergs. Als Reichslehen hatten sie die niedere und hohe Gerichtsbarkeit und den Blutbann, vom Speyrer Domkapitel das Patronatsrecht und von Württemberg die Ortsherrschaft als Hoheitsrechte inne. Außerdem waren sie im Besitz verschiedener Liegenschaften und des Dammhofes als Eigengüter.

Die Linie von Gemmingen - Hornberg besaß:

Michelfeld³⁾, das zum Teil altes Lehen der Grafen von Katzenelnbogen war, zum Teil war Michelfeld Eigengut, das nach und nach zu Lehen aufgetragen wurde. Als Hoheitsrechte wurden vom Reich der Blutbann seit 1659,

1) Stocker, Besitzungen, I, 1, S. 33 ff.; Historisch-statistisch-topographisches Lexikon von dem Großherzogtum Baden, I, S. 13; GLA 69 k, U 215 (Lehensurkunde von 1665).

2) Stocker, Besitzungen I, 2, S. 5 ff.; GLA 69 k, U 215, 69 l, 1007.

3) GLA 69 l, 1016, 1017; Demandt, Regesten der Grafen von Katzenelnbogen, Bd. 2, S. 998, 1218.

von Hohenlohe 2/3 am Dorf mit den vogteilichen Rechten und der Ortsherrschaft und von Hessen 2/6 am Dorf- und Kirchsatz als Lehen vergeben. Von Kurpfalz waren sie mit dem Schloß und 1/2 Hof und von Hessen mit 2/6 am kleinen und großen Zehnten beliehen. Als Eigengut standen ihnen 1/3 am Dorf mit entsprechendem Anteil an der Ortsherrschaft und dem Patronatsrecht als Hoheitsrecht zu sowie 1/2 Hof mit den Einkünften an Wein, Geld und Getreide.

Ingenheim¹⁾ bei Landau/Pfalz wurde im Jahre 1405 von Bischof Philipp von Speyer an Orendel von Gemmingen zu 1/2 als Lehen vergeben. Pfalzgraf Philipp übereignete Orendel 1506 das Schloß zu Ingenheim zum Ersatz für den Schaden, der diesem an Schloß und Dorf Ingenheim durch den Krieg zugefügt wurde. Gleichzeitig damit übereignete der Pfalzgraf alle pfälzischen Leibeigenen in Michelfeld, Ittlingen, Stebbach und Ingenheim.

Leibenstadt²⁾ kam ebenso wie Hohenhardt durch Heirat an die Familie von Gemmingen. Es war Eigengut, denn 1595 schlossen die von Gemmingen mit dem Hause Württemberg einen Vertrag wegen der Freizügigkeit ihrer Untertanen, eine Tatsache, die eindeutig auf die Eigentümerstellung der Gemmingen hinweist.

Bürg³⁾ wurde 1334 von Konrad von Gosheim zum Teil an Dieter von Gemmingen verkauft. Durch die Heirat Dieters III. von Gemmingen mit Anna von Gosheim und durch Käufe wurde der ganze Ort Bürg erworben und dann der Kurpfalz zu Lehen aufgetragen. Kurpfalz belehnte Gemmingen mit den Hoheitsrechten der Ortsherrschaft und des Patronates. Als Reichslehen bestand 1/2 Zehnt an der Vogtei, als hessendarmstädtisches Lehen die Pastorei, den dazugehörigen Hof und die Gült zu Dornberg.

1) Stocker, Besitzungen, II, 1, S. 72 ff.; StA Speyer, Abtl. 41, Urkunde Nr. 293; GLA 69 I, 1007.

2) Stocker, wie 1), S. 89 ff.; GLA 69 I, 1007.

3) Stocker, wie 1), II, 2, S. 7 ff.; GLA 69 I, 1001.

Presteneck¹⁾ kaufte Eberhard von Gemmingen im 16. Jahrhundert von der Familie Horneck von Hornberg. Der genaue Kauftermin ist nicht bekannt, bei der Teilung der Güter am 1.4.1581 wurde Presteneck jedoch schon an Hans Walter von Gemmingen übertragen. Das Lehen rührte von Kurpfalz.

Widdern²⁾ gehörte zunächst ganz denen von Gemmingen, bis 1440 die Burg, Vorstadt und Ort an Eberhard von Neipperg verkauft wurde. Ein geringer Teil kam durch die Heirat Konrads von Gemmingen mit einer von Weingarten an die Familie. Der Gemmingische Anteil war keinem Lehensverband unterworfen und gehörte zum Eigengut.

Maienfels³⁾ stand zunächst ganz unter der Lehensherrschaft der Kurpfalz. Erst mit der Eroberung Weinbergs im Jahre 1504 erwarb Württemberg 1/3 an Maienfels. 1592 starb Konrad von Velberg und seine Witwe Anna und die drei Kinder seiner verstorbenen Schwester Wilhelm, Wolf und Anna von Grumbach wurden damit belehnt. Anna vermählte sich mit Bernolph von Gemmingen, durch die Heirat und weitere Käufe fiel schließlich ganz Maienfels an Gemmingen. Von der Kurpfalz wurde die Familie mit 2/3 am Ort, dem Schloß und einem Anteil an den Steuern belehnt, 1/3 am Ort stand unter der Lehnsherrschaft von Württemberg. Als Hoheitsrechte bestanden die Ortsherrschaft von den Lehensherren Kurpfalz und Württemberg, vom Reich der Blutbann.

Rappennau⁴⁾. Hans von Berlichingen verkaufte am 2.5.1356 den Berlichinger Hof zu Rappennau mit allem Zubehör an Dieter von Gemmingen auf Wiederkauf. Da der Wiederkauf nicht stattfand, kam er als Eigengut an Dieter von Gemmingen. Ein weiteres Fünftel wurde am 18.7.1649 von

1) Stocker, Besitzungen, II, 1, S. 43. ff.; GLA 69 1, 1001.

2) GLA 69 1, 1001.

3) GLA 69 1, 1001, 1007.

4) Stocker, Besitzungen II, 2, S. 77 ff.

Weiprecht von Gemmingen gekauft, den Rest des Ortes erwarb Reinhard von Gemmingen, der am 11.12.1592 vom Herzog von Württemberg mit Schloß und Dorf und der Ortsherrschaft beliehen wurde.

Treschklingen¹⁾ war wormsisches Lehen, das 1538 von Eberhard von Gemmingen mit allen Rechten und Gerechtigkeiten für 2 650 Gulden erworben wurde. Zu Lehen gingen vom Reich der Blutbann, von Worms die Ortsherrschaft als Hoheitsrechte.

Adersbach²⁾ wurde 1344 vom Grafen von Württemberg an Schweikard von Gemmingen verliehen. Danach kam es wohl in andere Hände. 1470 erlangte Eberhard von Gemmingen zwei Höfe und 1516 kauften Pleikards Söhne Fürfeld, halb Ehrstadt, 1/8 an Steinsfurt von der Familie von Helmstadt. Die Hälfte von Ehrstadt wurde später gegen einen Teil von Adersbach eingetauscht. Das Rittergut Adersbach und der dazugehörige Rauhof war Allodialgut, das den Eigentumserben verblieb. Am 6.4.1621 bestätigte Ferdinand II. den Blutbann für Adersbach u.a. Philipp Dietrich von Gemmingen als Eigentumserben. Die Herrschaft war Eigengut, der Blutbann ging als Hoheitsrecht dem Reich zu Lehen.

Babstadt³⁾ wurde am 26.3.1773 von den Gebrüdern Friedrich, Eberhard und Ludwig von Gemmingen vom Bischof von Worms mit allen Rechten und Gerechtigkeiten gekauft. Babstadt gehörte mit den Hoheitsrechten Ortsherrschaft und niederer Gerichtsbarkeit zum Eigengut der Familie.

Dautenzell⁴⁾ gelangte in den Familienbesitz durch die Heirat Wolf Dietrichs von Gemmingen mit Eva Göler von Ravensburg im 16. Jahrhundert. Mit den Hoheitsrechten

1) GLA 69 1, 1001, 1002, 1013, 1024.

2) GLA 69 1, 1002, 1017; Historisch-statistisch-topographisches Lexikon, S. 7.

3) Stocker, Besitzungen, II, 2, S. 165 ff.

4) GLA 69 k, S. 817.

Ortsherrschaft und niederer Gerichtsbarkeit gehörte es zum Eigengut.

Hoffenheim¹⁾ erwarb Sigmund von Gemmingen 1769 von Berlichingen für 42 000 Gulden zu 1/2, für die Aufhebung des Lehensverbandes wurden 12 000 Gulden gezahlt. Im Jahre 1771 erstand die Familie den Rest. Die zweite Hälfte war hessisches Lehen, während die erste Hälfte lehensfrei war und zum Eigengut gehörte.

Beihingen²⁾ kam durch die Vermählung Reinhards von Gemmingen mit einer von Neipperg zu 1/2 in den Besitz der Familie. Die von Gemmingen besaßen für ihren Anteil als Eigengut die niedere Gerichtsbarkeit und die Ortsherrschaft, außerdem Einkünfte an Geld, Wein und Liegenschaften.

Hornberg³⁾, das Schloß wurde Anfang des 17. Jahrhunderts von Reinhard von Gemmingen als speyrisches Lehen erworben.

Ittlingen⁴⁾ war Öttingensches Lehen zu 1/2, den Rest kaufte Dieter von Gemmingen 1355. Mit dem Öttinger Teil wurde Eberhard von Gemmingen am 15.9.1603 belehnt. Von den Hoheitsrechten ging der Blutbann vom Reich, die Ortsherrschaft und Vogtei von Öttingen zu Lehen. Weiter hatten die von Gemmingen Güter und Einkünfte von Öttingen als Lehensnehmer.

Außerdem besaß die Familie von Gemmingen noch Güter am Rhein, insbesondere zu Oppenheim, Wolfskehlen, Nierstein, Dexheim⁵⁾ sowie einen Teil von Fränkisch Grumbach⁶⁾. Hinzu kamen noch Zehnten in Ahlsheim, Gunters-

1) GLA 69 1, 1003, 1007, 1024, 1025.

2) GLA 69 1, 1007.

3) GLA 69 1, 1007.

4) GLA 69 1, 1007.

5) Stocker, Besitzungen II, 3, S. 75 ff.

6) wie 5) S. 103 ff.

blum, Dornheim, ein Freihof in Darmstadt, Äcker in Hofheim, ein Gut in Ilvesheim, Einkünfte in Mutterstadt, Roxheim, Friesenheim, Weinheim bei Alzey, ein Hof in Wintersheim, Schwalsberg, Rüdesheim, Mettenheim usw.

Die Linie von Gemmingen-Hagenschieß hatte folgende Besitzungen:

Zunächst sei vorweg bemerkt, daß der ganze Hagenschieß, ein Wald, welcher bei Pforzheim anfängt und über ein Gebiet von ca. 2 Meilen läuft, von altersher Gemmingsches Gebiet war. In diesem Territorium befinden sich:

Tiefenbronn¹⁾, das Stammgut der Freiherrn von Gemmingen war, Steinegg, Mühlhausen, Neuhausen, Lehnungen, Hamberg, Schellbronn und Hohenwart. Über alle diese Ortschaften ist zu vermerken, daß die Freiherrn von Gemmingen neben den Gütern auch noch die üblichen Rechte wie hohe und niedrige Gerichtsbarkeit, Patronatsrecht, Gültenzehnten hatten.

Im Jahre 1407 verkaufte Jakob vom Stein dem Ritter Dieter von Gemmingen sein Gut und Leute sowie einen Teil zu Heimsheim zu 1/2, seinen Anteil zu Steinegg an der Burg und am Berg, all sein Gut zu Tiefenbronn, Mühlhausen um 1 900 Gulden. Der 1398 geborene Ritter wird von Reinhard von Gemmingen in seinem Stammbaum geschildert, daß er "all sein Lebtag sehr gefuggert, verkauft und erkauft, bis er endlich die Güter Tiefenbronn, Steineck, Heimsheim und Mühlhausen zusammengebracht" hat. 1436 verkaufte er seinen Anteil an Tiefenbronn und Mühlhausen sowie seine Anteile an Schellbrunn und Mücklingen an Markgraf Jakob von Baden, der ihm diese zu Lehen gibt. 1438 verkaufte Dietrich von Gemmingen an Markgraf Jakob die Dörfer Neuhausen und Löhnungen, 1/6 an Tiefenbronn, Friolsheim und Mühlhausen sowie den Zins und die Rech-

1) Stocker, Besitzungen, II, 3, S. 7 ff.

te zu Reichenbach, Hohenwart, Schellbronn und Mücklingen. Nach Streitigkeiten zwischen Württemberg und Dietrich von Gemmingen, der darauf mit Acht und Bann belegt wurde, belehnte der Graf von Württemberg 1440 Konrad von Gemmingen mit einem Teil der Burg und Stadt Heimsheim. 1442 verkaufte Hans vom Stein an Dietrich von Gemmingen halb Heimsheim, das dieser 1444 an Markgraf Jakob verkaufte. Letztlich setzte eine Klärung im Jahre 1461 ein, indem Dieter von Gemmingen bekennt, von Markgraf Karl von Baden-Steineck Schloß und Dorf, Tiefenbronn, Hamberg, Schellbronn, Hohenwart, Neuhausen, Mühlhausen und Löhnningen sowie den Wald Hagenschieß als badisches Lehen empfangen zu haben. Dieses Lehen hatte die Familie Gemmingen-Hagenschieß bis 1806 inne.

Bei weitem konnten nicht alle Güter hier aufgezählt werden, diese Ausführungen mögen aber genügen, um die ungeheure Machtfülle an Boden zu dokumentieren.

Die Freiherrn von Gemmingen waren demnach im Besitz von freien, ihnen als Eigentum zustehenden Gütern, von Stammgütern, die nur im Mannesstamme vererbt werden konnten¹⁾ und von Lehensgütern. Schon in der Zeit Heinrichs V. (1106-1125) konnte mangels eines Verzeichnisses über die Lehen manches Reichslehen von selbst zum Allod werden²⁾, so daß später im Lehensrecht eine Vermutung für das Allod bestand, das praktisch unabhängige Enklaven im Reichsgebiet bildete³⁾. Diese Entwicklung galt zunächst nur für die Großen des Reiches, bald konnte sich aber auch beim niederen Adel und hier speziell im Süden dieser Gedanke durchsetzen. Das Lehensgut dagegen besaßen die Freiherrn von Gemmingen nur im Wege der Belehnung, wobei allerdings auch hier die Güter ihnen zu Eigentum zustehen konnten. Lehen und Eigentum schlossen einander im Gegensatz zum freien Eigen nicht aus. Das Lehensgut war teilbar und verschie-

1) Conrad, Deutsche Rechtsgeschichte, I, S. 418 f.

2) Mitteis, Der Staat des hohen Mittelalters, S. 329 f.

3) wie 2), S. 426.

dene Lehensträger konnten damit begabt werden. Am anschaulichsten dokumentiert sich die Verschiedenartigkeit der Güter in Gemmingen, dem Stammsitz der Familie. Das herrschaftliche Gut war vor der Entwicklung des Lehwesens freies Eigentum der Familie und besaß drei Schlösser. Das obere Schloß wurde etwa 1274 von Dieter von Gemmingen erbaut und 1370 den Grafen von Hohenlohe zu Lehen aufgetragen, um den Schutz dieses Adligen zu erhalten. Einer der Nachfahren Dieters, Hans Rudolph, verkaufte es zusammen mit seinen anderen Lehwsgütern an die Grafen von Württemberg im Jahre 1664 für 10 000 Gulden, dadurch wurden die Grafen Mitbesitzer zu 1/3 an Gemmingen und nahmen die gleiche Stellung ein wie die Besitzer des unteren und mittleren Schlosses. Sie waren demnach hinsichtlich Gemmingen den Freiherrn von Gemmingen nicht als Lehwsherren übergeordnet. Eine andere Stellung hatten sie allerdings gegenüber den Grafen von Neipperg, denen 1710 das obere Schloß einschließlich der dazugehörigen Rechten von Württemberg verkauft¹⁾ und als Lehen überlassen wurde; insoweit nahmen die Grafen die Stellung von Lehwsherren ein, jedoch nur ihrem Anteil von 1/3 gemäß. Das mittlere Schloß, das eigentliche Stammhaus, wurde von Dieter IV. ebenfalls an Württemberg aufgetragen und die Besitzer waren insoweit Lehwleute der Grafen von Württemberg. Vor der Auftragung war es aber freies Eigengut und unterstand keinem Lehwsherrn. Dies bedeutet, daß Württemberg mit seinem aufgetragenen Teil des mittleren Schlosses vor der Auftragung des oberen Schlosses nur Miteigentümer Gemmingens war und die Stellung einer gleichgeordneten Mitherrschaft hatte. Das um 1274 gebaute untere Schloß kam als Lehen ebenfalls (etwa 1344) zu Württemberg.

Aus der Verschiedenartigkeit des Besitzes ergibt sich die unterschiedliche Stellung der Ritter zu den Landesfürsten. Vor der Auftragung der Lehen waren sie dem

1) Stocker, Besitzungen, II, 1, S. 40 ff.
GAG, Urkunde Nr. 6.

Einfluß Württembergs nicht ausgesetzt und hatten ihre Güter ohne Lehenspflichten inne. Erst danach konnte Württemberg in Gemmingen als Mitherren Fuß fassen, so daß Gemmingen als Kondominat anzusehen war, solange noch ein Schloß im freien Besitz der Familie war. Lediglich die Übernahme aller Schlösser führte schließlich zur Stellung der Familie als Lehensträger. Deutlich wird diese Stellung auch beim Kauf des Anteils von Hoffenheim, als Otto Heinrich von Gemmingen die Hälfte des Ortes vom Grafen Lothar Franz von Waldenburg erkaufte. Im Konsens des Landgrafen Ludwig von Hessen¹⁾ zu diesem Verkauf heißt es: "... daß ... Waldenburg 1/2 des Fleckens Hoffenheim an Otto Heinrich von Gemmingen, welcher bereits die andere Hälfte von dem Erzhertzoglichen Oesterreichischen Hauße iure allodii acquiriert, vor sich ... verkauft ...". Einmal wird damit die Stellung Gemmingens dargestellt unter dem Gesichtspunkt des Allods, d.h. in diesem Zusammenhang der Mitherrschaft als Gleichgeordneter, zum andern die Eigenschaft des verkauften Anteils als Lehensgut Hessens. Damit wurde der Erwerber neben seiner Stellung als Allodsinhaber auch Inhaber eines Lehensgutes im hessischen Lehenverband.

4. Der Status derer von Gemmingen als Reichsunmittelbare

Die Freiherren von Gemmingen gehörten zur freien Reichsritterschaft und waren nur dem Kaiser und Reich und nicht den Landesherren unterworfen. Gerade die Tatsache ihrer Bündnisfähigkeit - sie gehörten zu den in den Ritterkantonen immatrikulierten Familien²⁾ - spricht für ihre Reichsunmittelbarkeit. Beweiskraft haben auch die Ritterordnungen, aus denen sich ergibt, daß sie dem Kaiser ihre Hilfe zur Reichsexekution und zur Wahrung

1) GLA 69 1, 1025, Lehenakten, Urkunde vom 2.10.1972.

2) Burgermeister, Thesaurus juris equestris, II, S. 622 ff.

der kaiserlichen Polizeiordnung versprochen haben¹⁾. Aus Art. 1 der Schwäbischen Ritterordnung geht ausdrücklich hervor, daß die Ritterschaft nur dem Kaiser mit ihren Gütern und auch persönlich untertan waren. Diese Stellung dokumentiert sich u.a. darin, daß Schweiker von Gemmingen dem Kloster Rechenshofen am 14.9.1287 seinen Hof in Zimmern bei Gemmingen als völlig freies Eigentum übergeben konnte²⁾. Als landsässiger Ritter hätte er darüber wohl kaum ohne landesherrlichen Konsens verfügen können.

Fraglich erscheint nur, ob die Freiherrn von Gemmingen von Anfang an frei gewesen sind, oder ob sie aus der Ministerialität stammen. Schreibmüller³⁾ nimmt ohne weiteren Nachweis an, sie seien in den Kreis der Reichsritterschaft "empor"gestiegen. Dafür spricht, daß Hans von Gemmingen, der Stammvater des Geschlechts, kaiserlicher Landvogt in Sinsheim war und somit entsprechend den oben geschilderten Zielen der Reichspolitik eingesetzt wurde. Fest steht jedenfalls, daß die Familie nicht zum hohen Adel zählte, somit dürfte sie aus der Ministerialität stammen. Genaue Nachweise lassen sich hier nicht führen. Auch die relativ frühen Lehensurkunden geben keinen Aufschluß⁴⁾. Jedenfalls gehörten sie zur Reichsritterschaft, wie bei der Ablehnung des Gemeinen Pfennigs im Jahre 1495 deutlich wird⁵⁾.

1) HStA Stuttgart B 579 Bü. 1364, Schwäbische Ritterordnung von 1560, insbes. Art. 4-6, 8 und 9; Hellstern, aaO., S. 21, Anm. 62.

2) ZGORH, NF 4, S. 422: "curiam suam liberam et omnino, absolutam ab omni advocatia et precaria sive exactione servicii cuiuscunque ...".

3) Schreibmüller, aaO., S. 78.

4) z.B. Demandt, Regesten der Grafen von Katzenelnbogen, II, Urkunde Nr. 3548 vom 23.8.1431; Urkunde Nr. 4021 vom 13.4.1442 u.a.

5) Sütterlin, Geschichte Badens, I, S. 432: Orendel von Gemmingen und 3 Mitglieder des Viererausschusses des Kraichgauadels verweigern die Abgabe.

Die Tatsache, daß sie Lehensträger verschiedener Landesherren waren, ändert nichts an ihrer Reichsunmittelbarkeit. Allerdings waren sie in der Folgezeit großen Bedrängnissen ausgesetzt, da die Reichsfürsten versuchten, sie in die Landsässerei zu drängen. Dennoch unterstanden sie niemals der Gerichtshoheit der Pfalz und Württembergs, auch dort nicht, wo die Pfalzgrafen z.B. Zehnten besaßen¹⁾, sondern dem kaiserlichen Landgericht zu Wimpfen und später zu Rottweil²⁾. Ihre Reichsfreiheit kann auch abgeleitet werden aus dem Registrum exactiones von 1439, das eine genaue Beschreibung der pfälzischen Gebiete gibt, wobei die ritterschaftlichen Gebiete der Gemmingen im Kraichgau nicht aufgeführt werden³⁾. Die Kurpfalz trat somit in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts im Kraichgau lediglich als Mitinhaber von Kondominaten, nicht als Landesherr auf. Daran änderte sich auch nichts durch den Erbschirmvertrag Friedrichs des Siegreichen von der Pfalz, da der Vertrag im wesentlichen die Erreichung militärischer Leistungen bezweckte⁴⁾. Das Bewußtsein der Reichsunmittelbarkeit hatte sich bis zum Ende des alten Reiches so stark herausgebildet, daß z.B. der Freiherr von Gemmingen in Ittlingen sich bei Kurpfalz beschwerte⁵⁾, weil ein Verbrecher durch "das allhiesige Territorium" geführt worden und dies ein "der Landeshoheit zuwiderlaufendes Factum" sei. Gerade der Ritterkreis Schwaben wachte über Beeinträchtigungen, und so mußte Friedrich IV. von der Pfalz erklären, er wolle die Reichsritter nicht in die Landsässerei drängen⁶⁾.

1) Kolb, Die Kraichgauer Ritterschaft, S. 10 ff.

2) S. o., S. 46.

3) Christ, Neues Archiv für die Geschichte der Stadt Heidelberg und der rheinischen Pfalz, III, S. 264-284, V, S. 1-64.

4) Pfeiffer, Fränkische Reichsritterschaft, S. 177, bejaht zu Recht trotz der Verträge die Reichsunmittelbarkeit; Hellstern, aaO., S. 2 f, bezüglich der Hagenschießer Linie der Familie von Gemmingen und S. 20 ff.; Svoboda, aaO., S. 259; HStA Stuttgart, A 3/4 Bü. 1c, Nr. 1b, XV.

5) GLA 69 k, 744.

6) GLA 41, U 11, Verhältnis der Kraichgauer Ritterschaft zum Ausland; Svoboda, aaO., S. 259 und S. 267.

Kolb¹⁾ geht daher fehl, wenn er annimmt, beim Tode Friedrichs sei der Adel nicht mehr Mitherrschaftsstand, sondern abhängige Untertanen des Kurfürsten geworden. Er schließt dies aus Anreden wie "Landesherr und Kurfürst" und "Ihrer kurfürstlichen Gnaden Untertan und Landsasse". Diese Bezeichnung legt nahe, die Landsässigkeit des Adels anzunehmen, jedoch ist diese Auffassung zu weitgehend, denn die Ritterschaft war durch die Macht des Pfalzgrafen gezwungen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, wie sich beim Eingreifen Kaiser Friedrichs III., der 1487 den Grundstein zum schwäbischen Bund legte, beweisen sollte. Er wandte sich gerade an die Ritterschaft, weil sie "dem Kaiser und Reich ohne alle Mittel" unterworfen sei und keinen eigenen Fürsten besessen habe²⁾. Pfalzgraf Philipp beriet sich mit Hans von Gemmingen und anderen Rittern über eine Antwort an den Kaiser und erwiderte am 3.9.1488 im Einvernehmen mit der Ritterschaft, daß diese zur Pfalz gehöre, worauf sich der Kaiser insbesondere an Hans von Gemmingen zu Gemmingen und dessen Sohn zu Michelfeld wandte und sie an ihre Reichsunmittelbarkeit erinnerte³⁾. Diese Streitigkeiten bewirkten schließlich unter dem Eindruck des schroffen Vorgehens der Pfalz gegen die in Speyer und Heidelberg 1488 versammelten Ritter, daß man sich auf die Verpflichtungen gegenüber dem Kaiser erinnerte und zur Unmittelbarkeit bekannte. Damit hatte das Bestreben der Kurfürsten von der Pfalz, die Ritterschaft in die Landsässerei zu drängen, einen Rückschlag erlitten. Trotz der Ämter, die Mitglieder der Familie von Gemmingen bei den pfälzischen Behörden einnahmen⁴⁾, stand von jetzt ab als sicher fest, daß sie keineswegs der Pfalz, sondern nur immediat der kaiserlichen Krone unterworfen waren. Diese

1) Kolb, Die Kraichgauer Ritterschaft, S. 3 ff.

2) Stälin, Geschichte Württembergs, Bd. 1, 2 (1887), S. 618.

3) Kolb, Die Kraichgauer Ritterschaft unter der Regierung des Kurfürsten Philipp von der Pfalz, S. 1-154.

4) GLA 69 1, A 1420, Reinhard von Gemmingen tritt als kurpfälzischer Rat in Verhandlungen mit der Ritterschaft ein.

Stellung konnten sie trotz der wiederholten Versuche der Kurpfalz, insbesondere in den Jahren 1489 und 1495, bewahren. Die Ritterschaft erreichte schließlich, daß der Kaiser selbst energisch der Pfalz weitere Beeinträchtigungen der Ritterschaft verbot. Kaiser Ferdinand II. stellte die Beeinträchtigungen der unmittelbaren Ritterschaft Schwabens, Frankens und am Rhein strome im Hinblick auf die althergebrachten Freiheiten unter Strafe von "fünffzig Mark lötligen Golts". Die Rechte der Ritterschaft wurden durch Ferdinand II. am 31.8.1630 bestätigt¹⁾. Darin wird auf die Unantastbarkeit der erblichen Privilegien und Freiheiten hingewiesen. Die Pfalz durfte sich nicht die Jurisdiktion über die freie Ritterschaft und ihre Güter anmaßen, die von Kaiser Rudolf am 9.7.1605 gewährte Zollfreiheit, das Geleitrecht und die sonstigen Rechte und Gefälle mußten unbeeinträchtigt bleiben. Weiter wurde nochmals ausdrücklich auf Unantastbarkeit der reichsritterschaftlichen Gebiete als korporativer Besitz der Reichsritterschaft hingewiesen, kein Landesherr konnte sich diese Gebiete aneignen²⁾. Allein der Kaiser war Herr über die Reichsritterschaft, nur von ihm konnten Sanktionen verhängt werden³⁾.

Trotz verschiedener Versuche der Kurpfalz und Württembergs konnte sich die Reichsritterschaft ihre Reichsunmittelbarkeit erhalten. Dagegen spricht nicht, daß sich die Ritter freiwillig in den Lehensverband der einzelnen Landesherrn begeben konnten, so trug Blücher von Gemmingen 1504 an Württemberg seine Gebiete, Untertanen und Dörfer in Ittlingen, Heimsheim, Bönnigheim, Erlig-

1) GLA 69 1, A 1419, Bestätigung vom 31.8.1630, Akten, Beschwerden der Reichsritterschaft gegen Kurpfalz wegen versuchter Landsässerei.

2) Hellstern, aaO., S. 55 ff. mit Aufstellung der Privilegien und Rechte; HStA Stuttgart, B 579, Bü.632; Bürgermeister, Cod. dipl. equestr. I, S. 213 f.; Privileg Maximilians II. vom 25.5.1566, daß alle Rittergüter zu einem unveräußerlichen Corpus gehören.

3) GLA 69 1, A 1419, Gravamina 2, 3, 7, 10, 12 u. 18.

heim, Kälbertshausen, Guttenberg, Mühlbach, Hüffenhardt, Bonfeld, Dammhof, Steinsfeld, Lehren, Eschenau sowie ein Haus zu Weinsberg, Klein-Gartach, Niederhofen, Stetten und Höfe zu Kirchhausen zu Lehen auf. Eine Änderung an der persönlichen Freiheit war aber hierin nicht zu sehen, lediglich in bezug auf die nunmehr unter der Lehenherrlichkeit Württembergs stehenden Güter war Blicker von Gemmingen als Lehensnehmer zu betrachten.

Die Reichsunmittelbarkeit führte zur Verleihung von vielerlei kaiserlichen Privilegien teils an die Ritterkorporation, teils an die einzelnen Reichsritter. Besonders hervorzuheben sind für die Ritterschaft die Zoll- und Steuerfreiheit¹⁾, das Besteuerungsrecht der Untertanen²⁾, die hohe Gerichtsbarkeit³⁾, die auch einzelnen Familien oder Reichsrittern gewährt wurde, meist zusammen mit dem Blutbann, als persönliches Recht die Austrägalinstanz u.a. Die Gewährung der Privilegien und Freiheiten erfolgte auf Grund des bereits dargestellten Verhältnisses des Kaisers zu der Reichsritterschaft, aber auch aus Zweckmäßigkeitsgründen. Insbesondere die Übertragung der hohen Gerichtsbarkeit und des Blutbannes sollten eine schlagkräftige Justiz gewährleisten.

Die Privilegien wurden immer wieder bestätigt⁴⁾, bis zum Ende des alten Reiches änderte sich daran nichts. Dies bewirkte, daß sich die Reichsritterschaft und gerade die Freiherrn von Gemmingen, die über erhebliche Güter und Privilegien verfügten, den Reichsständen ebenbürtig fühlten. Graf Boppo von Lauffen, der im Bezirk derer von Gemmingen die richterliche Gewalt bis 1219 ausgeübt hatte⁵⁾, war an Macht den Gemmingen nicht übergeordnet, so

1) Bürgermeister, Cod. dipl. equestr. I, S. 158-162; GLA 41, U 13; Svoboda, aaO., S. 270.

2) Ruch, aaO., S. 23 mit weiteren Nachweisen.

3) Siehe unten S. 42 ff.

4) HStA Stuttgart, B 579, Bü. 631, Bl. 1037 b enthält ein Verzeichnis der Privilegien der drei Ritterkreise.

5) Sütterlin, Geschichte Badens, I, S. 430.

daß schon Reinhard von Gemmingen in seiner 1630 entstandenen Schrift "Discursus de familiae Gemminianae origine et nobilitate ut et libertate nobilium Sacri Imperii" zu beweisen versuchte, daß die Familie dem hohen Adel gleichgestellt werden müsse und einen Anspruch auf Landeshoheit und Gleichstellung in der Gerichtsbarkeit habe.

Die besondere Konstellation im Kraichgau, insbesondere das Aussterben der Grafen von Lauffen und die Notwendigkeit der Fortsetzung der Gerichtsbarkeit, sowie die Bestrebungen, ein Gegengewicht zu der schon gefestigten Gewalt der Landesherren ein Pendant zu schaffen, führte schließlich zur Belehnung Pleikards von Gemmingen, als einem der mächtigsten Ritter des Kraichgaves mit dem Blutbann durch Kaiser Maximilian I. am 13. April 1497 für den Ritterort Gemmingen, dem bald auch die Belehnungen für den Gemmingen gehörenden Orten Michelfeld, Treschklingen, Adersbach mit Rauhof, Maienfels, Ittlingen, Hüffenhardt u.a.m. folgten. Diese Urkunde für Gemmingen lautet wie folgt:¹⁾

"Wir Maximilian, bekennen öffentlich mit diesem Brief und thun kund allermänniglich, dass Wir den getreuen Blickern von Gemmingen um der angenehmen, getreuen und nützlichen Dienste willen, so er Uns und dem heiligen Reiche gethan, und Freyheit geben haben, thun, und geben ihm die auch von römischer königlicher Machtvollkommenheit, wißentlich in krafft dies Briefes, also, dass nun hinfüro derselbe Blicker von Gemmingen und seine Erben in ihrem Dorf Gemmingen, seinem Begriff und Marck daselbsten, Schultheißen und Schöffen auch ein H a l ß g e r i c h t, S t o c k und G a l g e n setzen und haben, und in demselben Gericht all und jegliche schädliche und übelthätige Leuthe, so darin begriffen, und zur Gefängniß gebracht werden, auf ihr selbst Bekanntniß und gichtigen Munde, ohn einige fer-

1) GLA 69 k, Urkunde Nr. 10.

nere Rechts Fertigung, nach einer jeden Verhandlung richten laßen und straffen möge, wie das in andern dinglichen Gerichten daselbsten in Gewohnheit und Herkommen ist, von allermänniglich verhindert, doch Uns und dem Reich an Unserer Königlichen Obrigkeit und sonst männiglich an seinen Rechten und Gerechtigkeiten unschädlich. Und gebieten hierauf allen und jeglichen Kurfürsten, geist- und weltlichen Praelaten, Grafen, freyen Herren, Rittersn, Knechten, Vitzdomen, Vögten, Pfliegern, Verweesern, Amtleuthen, Schultheißen, Richtern, Räthen, Bürgern, Gemeinden und sonst allen Unseren und des Reiches Unterthanen und getreuen, in was Würden, Stand oder Weesen die seynd, ernstlich mit diesem Brief und wollen, dass sie den obgenannten Blicker von Gemmingen und seine Erben an solchen obberührten Gnaden und Freyheiten, nichts hindern, noch irren, sondern sie deren ohne Irrung geruhiglich gebrauchen, und gänzlich dabey bleiben laßen, und hierwieder nicht thun, noch jemand's andern zu thun gestatten, in keiner Weiß, als lieb einem jeden seyn, Unser, und des Reiches schwere Ungnad und dareyn ein Poen (Strafe), nemlich vierzig Mark löthigen Geldes zu vermeiden, die ein jeder, so oft er freventlich hierwider thäte, Uns halb in Unser und des Reiches Kammer und den andern halben Titel dem obgemeldten Blicker von Gemmingen und seinen Erben unablässlich zu bezahlen verfallen sein solle."

Zur rechtlichen¹⁾ Seite des Hochgerichts- und Blutbannverleihung ist noch darauf hinzuweisen, daß die Hochgerichtsverleihung an Ministerialen nach der Gerichtsverfassung der beiden süddeutschen Rechtsbücher, des Schwaben- und Deutschenspiegels nach dem Interregnum nicht gestattet war. Dies folgte aus der Tatsache, daß der König Quell aller Hochgerichtsbarkeit war und diese von ihm nur im Lehenswege an die Fürsten und reichsunmittelbaren Grafen übertragen werden konnte. Der Über-

1) Scheyhing, aaO., S. 259 ff.; Mayer, Fürsten und Staat, S. 312 ff.; ders.: Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates, S. 324 ff.; Hirsch, aaO., S. 200 ff.

gang der Gerichtshoheit in den landesherrlichen Gebieten auf die Landesherren hatte zur Folge, daß die Landgerichte (Grafengerichte) landesherrliche Gerichte wurden. Damit hing der Verfall der königlichen Bannleihe zusammen, denn nur bei Fehlen des Delegationsrechtes des Beliehenen griff sie wieder ein. Wo autogene Hochgerichtsbarkeit geübt wurde, war für die königliche Bannleihe kein Raum¹⁾. Die Bedeutung der Bannleihe wurde auch wesentlich gemindert, da der König, seit aus dem Amt des Niederrichters ein Lehen geworden war, über die den Fürsten nachgeordneten Gerichtsorgane keine unmittelbare Aufsicht mehr zustand²⁾. Grundlage hierfür waren die Bestimmungen der constitutio in favorem principum von 1232, die den Fürsten die Organisation und Besetzung der Niedergerichte zugestand³⁾. Die Bestimmungen der constitutio bezogen sich zunächst auf die Niedergerichte, die Zenten, die für die minderen Rechtsfälle und leichteren Straffälle zuständig waren. Infolge der ständischen Verschiebung der Gerichtszuständigkeit verwischten sich seit dem 13. Jahrhundert die Grenzen zwischen den Hoch- und Niedergerichten, letztere wurden zu Landgerichten für die mindere Bevölkerung, insbesondere die Bauern und richteten auch über Leben und Tod (Blutgerichtsbarkeit)⁴⁾. Mitteis⁵⁾ ist der Meinung, aus c. 6 könne man den Schluß ziehen, daß die königliche Bannleihe an die Grafen außer Kraft gesetzt wurde, während Scheyhing⁶⁾ aus c. 7 zu Recht folgert, daß darin - und nicht nur in Franken⁷⁾ - die Möglichkeit des Aufsteigens der den Grafen nachgeordneten Gerichte gegeben ist. Gerade c. 7 ist wichtig zum Verständnis der Belehnung der Freiherrn von Gemmingen, obgleich in erster Linie

1) Conrad, a.a.O., I, S. 502 ff.

2) Scheyhing, Eide, Amtsgewalt und Bannleihe, S. 250 ff.

3) Conrad, aaO., I, S. 502 f. mit Zitierung der entsprechenden Vorschriften der constitutio.

4) Conrad, aaO., I, S. 503.

5) Mitteis, Der Staat des hohen Mittelalters, S. 400.

6) Scheyhing, Eide, Amtsgewalt und Bannleihe, S. 259 ff.

7) Mayer, Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates, S. 323 f.

die bereits beschriebenen besonderen Bindungen zwischen Kaiser und Reichsritterschaft zum Privileg führten. Es darf dabei auch nicht übersehen werden, daß die Belehnung derer von Gemmingen direkt einen Einzelfall darstellte.

Die Stellung der Reichsritterschaft, ihre Privilegien und insbesondere die Verleihung des Blutbannes an verschiedene Ritterfamilien bestärkten das Selbstbewußtsein und man wollte Landeshoheit nachweisen. Auch Reinhard von Gemmingen, der Senior der Hornberger Linie, versuchte in seinem "Stammbaum"¹⁾ zu ergründen, woher die Übertragung der Gerichtsbarkeit an die Familie rührt. Er stellte insbesondere auf die Tatsache ab, daß die Grafen von Lauffen und auch die Landesherren keine Jurisdiktionsgewalt über den Adel im Kraichgau hatten und ihre Rechte immer wieder bestätigt worden seien²⁾. Seine Schlußfolgerung ging dahin, "haben die Grafen keine Jurisdiction über den Adel gehabt, so können es auch die duces nicht gehabt haben, denn ein ducatus ist nicht mehr als ein connexio zwölff oder mehr Graffschafften, ut ex historia mediae antiquitatis constat"³⁾.

Auch in Zivilsachen hatte bis zur Entstehung des Kammergerichts nur der König selbst direkt oder durch die königlichen Landrichter zu entscheiden. Im Mittelalter war der König der "Gerichtsherr"⁴⁾. Da es ihm aber unmöglich war, die zahlreichen Streitsachen persönlich zu erledigen, bestimmte er für sein Hofgericht einen Vorsitzenden, der mit gleicher Autorität wie das Reichsoberhaupt richten konnte⁵⁾. Einen Teil der Geschäfte des Reichshofgerichts übernahmen die Landgerichte, die

1) GLA 65, Nr. 277 - Handschriften -.

2) Reinhard von Gemmingen, aaO., S. 40.

3) wie 2), S. 41.

4) Franklin, Das Reichshofgericht im Mittelalter, II, S. 1 ff.

5) Franklin, Das Reichshofgericht im Mittelalter, I, S. 66, unter Hinweis auf den Mainzer Landfrieden von 1235 unter Friedrich II.

die Austrägalinstanz für die Freien darstellten¹⁾. Das Reichshofgericht und die Landgerichte waren zuständig für Streitsachen gegen alle, die keinen anderen Richter über sich anerkannten als den König, sowie gegen alle reichsunmittelbaren Herren²⁾. Seit dem Beginn des 14. Jahrhunderts hatte die freie Ritterschaft ihren Gerichtsstand beim Hofgericht Rottweil³⁾, obgleich bis Mitte des 15. Jahrhunderts das Reichshofgericht noch höchstes Gericht im Reiche war⁴⁾. Das kaiserliche Hofgericht Rottweil war seinem Ursprung nach ein königliches Dominalgerecht, das seine höchste Bedeutung als Ächtungsgericht fand⁵⁾. Wesentlich ist in erster Linie, daß das Landgericht im Auftrag des Reichsoberhauptes bestand und die Freien von Ritterbürtigen abgeurteilt werden mußten. Aus all diesen Gründen zog Reinhard weiter den Schluß, daß der Kraichgauadel immer frei gewesen sei. Ein weiteres Argument war auch, daß vor 1420 die Pfalzgrafen keinen Grund und Boden im Kraichgau besaßen⁶⁾ und die Reichsritterschaft sich praktisch einen autonomen Besitzstand geschaffen hatte.

Wie schon ausgeführt, konnten die Reichsritter nicht die Landeshoheit erlangen. Fraglich ist, ob man ihnen die Landesherrlichkeit über ihre Gebiete zubilligen kann. Ruch⁷⁾ definiert die Landesherrlichkeit im Sinne Kerner's als "eine ganze, einem unabhängigen Regenten über die in seinem Lande befindlichen Güter und Untertanen zustehende Oberherrschaft" und nimmt eine eingeschränkte Landesherrlichkeit auch des einzelnen Reichsritters an. Die Landesherrlichkeit entspringt nach seiner Auffassung dem Eigentumsrecht der Ritter über ihre

1) Franklin, aaO., II, S. 22-25.

2) wie 1), S. 34 und 36.

3) Svoboda, aaO., S. 258; Kolb A.G., a.a.O., S. 4.

4) Franklin, aaO., I, S. 325.

5) Merzbacher, aaO., S. 47 f.

6) Reinhard von Gemmingen, aaO., S. 41 ff.

7) Ruch, aaO., S. 31; Kerner, Staatslandrecht, III, S. 68 ff. und S. 126 ff.

Güter. Dieser Meinung scheint auch Keutgen¹⁾ zu sein, der die Landesherrschaft als "Verhältnis Landesherr zu Untertanen" versteht. Hofmann²⁾ spricht sogar von der "unbestreitbaren landesherrlichen Stellung" nach dem Westfälischen Frieden und zitiert Ertel 1669: "aber sie (die Reichsritterschaft) hat die hohe Landes-Ober- und Herrlichkeit ratione suorum territorium". Ich glaube, daß man die Stellung der Reichsritterschaft als "Quasi-Landesherrlichkeit" bezeichnen müßte. Sie besaß nahezu alle Rechte und Privilegien wie die Reichsstände, auch das Hochgericht und den Blutbann, d.h. das Recht, ausgesprochene Urteile selbst zu vollstrecken. Der Blutbann war bei der Ritterschaft aber kein merum imperium, sondern lediglich das signum executivum, die Berechtigung, die Zeichen der Exekution aufzustellen, Stock und Galgen zu haben³⁾.

De facto nahm die Familie von Gemmingen zwar in ihrem Gebiet die Stellung eines Landesherrn an, denn sie verstand sich selbst als von Gott gesetzte Obrigkeit⁴⁾, der man Gehorsam schuldete und über der man keinen weiteren Herrn anerkennen sollte. Beschränkt waren ihre Rechte allerdings in der Kriminalgerichtsbarkeit durch die Reichsgewalt und hinsichtlich des Besteuerungsrechtes durch das Kantonsdirektorium. Insoweit waren sie nicht frei von der Einflußnahme des Kaisers, der ihnen ja auch unter besonderen Verhältnissen die hohe Gerichtsbarkeit, welche an sich stets als stärkster Beweis der Landeshoheit galt, entziehen konnte.

1) Keutgen, Der deutsche Staat des Mittelalters, S.156.

2) Hofmann, Adelige Herrschaft und souveräner Staat, S. 97 f.

3) Vermischte Betrachtungen über den Blutbann der unmittelbaren freyen Reichs-Ritterschaft in Schwaben, §. 4; GLA 69 k, U 10, "Uffrichtung des Hochgerichts allhie zu Gemmingen, den 26 August anno 1587"; diese Urkunde beweist die Erstellung eines Galgens.

4) GLA 69 1, A 1015, Aufforderung zur Huldigung der Untertanen von Kochendorf 1749.

Abschließend ist daher festzustellen, daß die Freiherrn von Gemmingen auf ihren eigentümlichen Gütern wie Landesherren regierten, daß sie eine nahezu allmächtige Stellung gegenüber ihren Untertanen hatten, daß letztlich aber der Erwerb der Landeshoheit an der Tatsache scheiterte, daß sie keine Reichsstandschaft besaßen. Sie konnten somit an den Entscheidungen über das Reich und über die Reichsgesetze keinen Anteil nehmen, deshalb waren sie auch dem Reich verantwortlich in der Weise, daß die Reichsorgane, nicht die Reichsfürsten, immer eine Einflußnahme auf sie ausüben konnten. Auch die hohe Gerichtsbarkeit war ein Privileg, das immer wieder vom Reich neu empfangen werden mußte.¹⁾ Die Hoheitsrechte, die sie auf ihren Besitzungen ausüben durften, richteten sich nach besonderer kaiserlicher Verleihung und nach den hergebrachten Rechten. Die Hoheitsrechte waren nicht Ausfluß landesherrlicher Gewalt, sondern müssen als öffentlich rechtliche Dienstbarkeiten gelten.²⁾

III. Die Freiherrn von Gemmingen als Grundherren und Obrigkeit

1. Das Verhältnis zu den Gemeinden und Untertanen

Es wäre verfehlt anzunehmen, daß die Gemeinden im Hinblick auf die quasi - landesherrlichen Befugnisse der Gemmingen als Ortsobrigkeit keine eigenen Rechte besessen hätten. Zwar ist eine ausgebildete eigenständige Bedeutung nicht festzustellen, jedoch haben die Gemeinden in gewissem Umfang eine Unabhängigkeit gegenüber den

1) Heilbron, Eduard, Deutsche Rechtsgeschichte, Staatsrecht, Kirchenrecht, 5. Aufl., Berlin 1900, Bd. I, 2. Abt., S. 130 f.

2) Schröder, Richard, Lehrbuch der Deutschen Rechtsgeschichte, 6. Aufl., 1922, § 80.

Ortsherren zu erlangen und zu wahren gewußt. Dies galt in Ortschaften, die die Ritter als Grundherren und Eigentümer besaßen, dies war auch in den Gemeinden festzustellen, die den Gemmingen als Lehensträger zustanden. Der fränkische Staat hatte entscheidend in die Institution der Grundherrschaft eingegriffen¹⁾. Nur anscheinend hatte die Grundherrschaft die Reste aller individuellen oder genossenschaftlichen Freiheit aufgesogen, in Wahrheit ergänzten sich Herrschaft und Genossenschaft von Anfang an. Das Verhältnis der mittelalterlichen Bauern stand unter dem Eindruck der Wechselseitigkeit. Der Herr gewährte Schutz, der Bauer leistete Abgaben und Dienste²⁾. Hinzu kam, daß die Dorfgenossenschaft die Konkurrenz zwischen mehreren Herrschaftsträgern, wie dies in Gemmingen teilweise der Fall war, ausnutzte, um ihre eigenen Kompetenzen zu steigern. Unter diesen Umständen konnte sich das Erblehen der Bauern ohne Zutun der Ortsherrschaft ausbilden und die Bauern konnten auf ihren Erblehen relativ frei wirtschaften³⁾. So überwand die Bauern auch unbeschadet die Wirren der Bauernkriege im 15. Jahrhundert im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Stellung⁴⁾. Hinzu kam das Bewußtsein der Gemeinde, daß nach Auftragung Gemmingens an Württemberg, wie überhaupt in Dörfern, in denen die Freiherrn von Gemmingen Lehensnehmer waren, man sich jederzeit an den Lehensherrscher wenden und dort Klage führen konnte. Das Mitspracherecht der Gemeinde gegenüber der Grundherrschaft war doch erheblich. Deutlich wird dies schließlich auch in den Dorfordnungen⁵⁾, die letztlich auf dem Recht der Gemeinde auf genaue Feststellung ihrer Leistungen beruhte. Beredtes Zeugnis gibt die Streitig-

-
- 1) Bader, Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes, I, S. 9; ders., Reichsadel und Reichsstädte am Ende des alten Reiches, S. 247 ff.
 - 2) Brunner, Land und Herrschaft, S. 240 ff.
 - 3) Bader, Reichsadel und Reichsstädte, S. 260.
 - 4) Bader, Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes, I, S. 13.
 - 5) Bader, Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes, II, S. 325, 337 ff., die Dorfordnungen siehe unten S. 50 ff.

keit der Gemeinde Gemmingen mit ihrer Ortsobrigkeit im Jahre 1567. Nach dem Tode Wolf von Gemmingens im Jahre 1555 konnte sein Sohn Dietrich die Herrschaft über alle drei Schlösser Gemmingens mit den dazugehörigen Rechten an sich bringen. Da er aus seinen beiden Ehen für 17 Kinder zu sorgen hatte, forderte er von seinen Untertanen vermehrte Leistungen an Fronen und Zehnten. Durch die milde Herrschaft Wolfs verwöhnt, begehrte die Gemeinde mit ihrem Schultheißen und dem Gericht gegen die Absicht auf. Es kam zu einem Vergleich in dem "Fron-brieff et klein Zehnt Eyner Gemeynndt zu Gemmingen off dem Kreychgaw, offgericht den 15 May anno dom. 1567"¹⁾. Darin ist vermerkt, daß Dietrich die Meinung vertritt, die Gemeinde sei zu allen, auch den zerstörten Schlössern täglich fronpflichtig, während die Gemeinde davon ausgeht, daß sie "anders oder mer nit gefront, dan das sie das brennholtz im walde abgehauen, gefellet und ausgeschnaizt und die stangen off hauffen getragen, item heu und omat, wan dasz vorhin gemewet worden, gedorret und off hauffen gemacht, ... zu gebührender zeut die krautsetzlinge gesetzt und sonsten weiter nichts gefront". Die Sache wurde zwischen Ortsherren und Gemeinde "gesont, veraint, verglichen und vertragen ... also das hinfuro schulthaiß, gericht und gantze gemain zu Gemmingen ... wan ... ers (der Ortsherr) begert, erfordert und gepeut, ... doch soll solche fron yn der kornern und im herbst nit ober ainen tag gefordert oder gepraucht werden ...". Hinsichtlich des kleinen Zehnten, der die Feldfrüchte und die Tiere umfaßte, wurde ein Vergleich dahin getroffen, daß die Untertanen den kleinen Zehnten für Heu und Kraut nicht abliefern mußten, da Wolf von Gemmingen auf diesen verzichtet habe, sonst wurde aber die Abgabeverpflichtung nochmals bestätigt.

Ergänzt wurde diese Vereinbarung im Jahre 1574, doch konnten die beiden Verträge oder Vergleiche keinen Frieden in der Gemeinde herbeiführen, da sich Dietrich

1) GAG Urkunde Nr. 1.

von Gemmingen bald über diese Bestimmungen hinwegsetzte. Da die Gemminger Schlösser Lehen Württembergs waren, wandte sich die Gemeinde an Herzog Friedrich, der die streitenden Parteien am 11.7.1598 nach Stuttgart lud, wo am gleichen Tage eine Einigung herbeigeführt werden konnte¹⁾. Daraus beweist sich eine gewisse Selbstständigkeit der Gemeinde, wobei auffällig ist, daß der Schultheiß als grundherrlicher Beamter²⁾ die Belange der Gemeinde wahrnahm. Dies führt zu der Folgerung, daß die Wurzeln der Dorfgemeinde nicht ausschließlich im "Boden der Grundherrschaft" gesucht werden können³⁾, was auch in der Doppelfunktion der örtlichen Organe deutlich wird⁴⁾. Der Schultheiß hatte den Vorsitz im Dorfgericht, war Vertrauensmann der Grundherrschaft und zugleich Repräsentant der Dorfgemeinde⁵⁾. Auch das von ihm geleitete Dorfgericht trat in Urkunden meist auf mit der Formel "Wir, Schulthais und Richters"⁶⁾, die daran erinnert, daß wesentliches Element der Gemeindebildung die Vogtei war, die ihren Ausdruck vor allem im Gericht fand, so mit die Dorfgemeinde nicht als Hofgenossenschaft, sondern als Genossenschaft der Bevogteten entstand⁷⁾.

Das nicht völlige Unterworfenensein begegnet uns auch in den Dorfordnungen von Gemmingen und Dautenzell. Am 2.6.1770 wurde dem vogteilichen, den Freiherrn von Gemmingen gehörenden Dautenzell, eine Dorfordnung gegeben⁸⁾.

1) GAG Urkunde Nr. 3.

2) Weiss, J.G., Geschichte eines fränkischen Städtchens, in: ZGORh, NE 3 (1888), S. 206.

Haberkorn-Wallach, Hilfswörterbuch für Historiker "Schultheiß".

3) Bader, Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes, II, S. 84 f.

4) GLA 60 k, 1636, Huldigung Württemberg: "Ein jeder Schultheiß soll ernstlich geloben ... den obengenannten Gebrudern von Gemmingen ... getreue zu sein ... und seiner beider Junkern und des gemein Flecken alle herkommen und Gerechtigkeit treulich zu sein, (Schultheißeneid).

5) Bader, Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes, II, S. 98 f., 298.

6) u.a. Hexenprozeß von 1555, Originalakten im Freiherrlichen von Gemming'schen Familienarchiv in Gemmingen.

7) Bader, Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes, II, S. 98 f.

8) Badische Weistümer und Dorfordnungen, I Abtl. Pfäl- (Fortsetzung s. nächste Seite)

In Justizsachen gehört Dautenzell zum Dilsberg, während die Geld- und Fruchtzinsen den Gemmingen gehören (§ 1). Die Waldung, die im Eigentum der Gemeinde steht, bleibt von Ansprüchen der Ortsherrschaft unberührt (§ 2). Die Gemeinde hat einen freien Wirtsschank, lediglich am Markttag und an Pfingsten muß jeder Wirt einen Reichstaler abführen (§ 3). Der Schultheiß und die Gemeinde haben das Recht, zweimal jährlich ein Ruggericht zu halten und die Wald- und Feldfrevler zu bestrafen, wobei die Strafe von der Gemeinde eingezogen werden darf (§ 11). Die Gemeinde besitzt darüber hinaus noch weitere Rechte, die allerdings in der Urkunde nicht näher bezeichnet sind (§ 12). Aus den wenigen, hier wiedergegebenen Vorschriften ersieht man unschwer, daß die Gemeinde nicht rechtloses Gebilde war, sondern insbesondere in den vogteilichen Ortschaften Rechte von der Einflußnahme der Obrigkeit ausgenommen blieben, obwohl sich z.B. im Falle Gemmingen die Reglementierungsbefugnis der Ortsherren auf nahezu alle Lebensbereiche bezog¹⁾.

Die Gemminger Dorfordnung befaßt sich mit der Kirchen-, weltlichen Polizei-, Schul-, Herbst- und Feuerordnung und aus ihr wird ersichtlich, daß sich die Ortsobrigkeit von Gemmingen selbst mit den kleinsten Details abgab. Die Kirchenordnung, die 17 Vorschriften beinhaltet, legt genau fest, daß die Hausväter und Hausmütter nicht nur den Gottesdienst und die Predigten besuchen sollten, sondern auch, soweit es möglich ist, unter der Woche die Betstunden besuchen und ihre Kinder und ihr Gesinde dazu anhalten. Während der Predigt durften die Gastwirte keine Gäste im Wirtshaus dulden, die Männer durften nicht aus der Kirche laufen, bis alle Kranken und Gebrechlichen sowie die Mütter mit Säuglingen die Kirche verlassen hatten und bis die Messe geendet hatte.

...zische Weistümer, 1. Heft, 1917, bearb. von Carl Brinkmann.

1) GLA 69 k, Urkunde Nr. 23, Gemminger Dorfordnung vom 25.5.1746.

Dies schon aus dem Grunde, daß im Falle der Schultheiß etwas zu verkünden hatte, die Bürgerschaft sich sonst verlaufen und von Geboten und Verboten nicht die gehörige Nachricht erhalten würde.

In Gemmingen, Fürfeld, Guttenberg, Hornberg, Treschklingen etc.¹⁾ besaßen die von Gemmingen die Regelungsbefugnis insbesondere auf Grund der Belehnung als Vogteiherren. Der im 16. Jahrhundert einsetzende Absolutismus führte zur Entstehung der Landeskirchenherren, so daß nur in begrenztem Umfange, insbesondere hinsichtlich der äußeren Formen Bestimmungen getroffen werden konnten.

Die Vorschriften über die weltliche Polizei befaßte sich mit der Zuständigkeit für Testamente, Verträge, Prüfung der Rechnungen durch grundherrliche Beamte, Regelung über Schafweide und Pferch, weiter mit Gewichten, Maßen, Brottaxen und Fleischschau, der Nachtwache und der Feuerschau. In § 9 dieses Abschnittes wird den Bürgern auch das Nachtschwärmen, das "nächtliche Gasse laufen, jauchzen, schreyen, tumultieren und die dadurch erfolgende Schlägerey" und andere dergleichen Dinge mehr verboten. Die Vorschrift verbot weiter, Spielleute zu halten ohne obrigkeitliche Erlaubnis, verbotene Wege zu gehen, befaßte sich mit dem Felddiebstahl, der Gänsehaltung, dem Umgeld und den Gemeindefronen, auf die ganz besonders gedrungen wurde.

Die Grundherrschaft droht als Strafe bei Ungehorsam gegenüber Beamten und Schultheiß an, daß der Sünder drei

1) GLA 69 k, U 251 Gemmingen, Speyrer Domkapitel verkauft am 16.5.1717 das Patronatsrecht an von Gemmingen unter Bezug auf die vogteilichen Rechte; GLA 69 k, U 215 Fürfeld, Bischof von Worms belehnt von Gemmingen mit Vogtei Fürfeld am 14.3.1665; Burgermeister, Bibliotheka equestris, I, Nr. 2, S. 251 ff., Reinhard von Worms belehnt von Gemmingen mit allen Rechten insbesondere Vogtei 1452 zu Guttenberg und den dazugehörigen Dörfern; GLA 69 1, 1007 Hornberg, Lehensherr ist der Bischof zu Speyer; GLA 69 1, 1001 Treschklingen geht dem Hochstift Speyer zu Lehn.

Kreuzer bezahlen soll. Sofern er dies aus Armut nicht kann, muß er hierfür 24 Stunden im Turm abbüßen.

Die Einleitung der Vorschriften über die Schulordnung beginnt mit der Forderung, daß alle Kinder, männlichen und weiblichen Geschlechts, zum Lesen und Schreiben und zur Gottesfurcht anzuhalten seien und der Schulmeister mußte deshalb geloben, immer die Wichtigkeit seines Berufes zu bedenken und die Gottesfurcht als Anfang aller Weisheit der Jugend zu vermitteln. Deshalb hatte am Anfang jeder Schulstunde das Schulgebet und ein christlicher Gesang zu stehen. Schule wurde morgens drei Stunden und mittags drei Stunden gehalten, mit Ausnahme des Mittwochs und des Samstags. Hier ist allerdings im Gegensatz zu den zeitgenössischen Ansichten doch eindeutig festzustellen, daß die Ortsherrschaft danach strebte, eine wenigstens einigermaßen gebildete Ortsgemeinschaft zu schaffen, die dann für ihre Dienste geeignet war und sich auch in eigenen Belangen zu helfen wußte.

Im nächsten Abschnitt folgt die Ernteordnung, die mit ernststen Ermahnungen der Ortsherrschaft, die Zehntrechte zu achten, beginnt. Die "Herbst-Ordnung" befaßt sich insbesondere mit der Weinlese, was auf den damals doch größeren Weinanbau schließen läßt. Die Vorschriften wurden erlassen, "dass insbesondere kein Schade oder Nachtheil an Traube auff dem Feldt und Most in der Kelter zugefüget werde". Geerntet durfte nur werden, wenn der Sachverständige der Herrschaft den günstigsten Zeitpunkt für gegeben erachtete. Auch in diesem Abschnitt wird die Sorge der Grundherrschaft deutlich, um ihren Anteil betrogen zu werden, denn niemand durfte "edle Trauben wie Muscateller, Traminer, Veltliner zu Beer oder andern Weinen in sein Haus oder aber zu feilen Marckt tragen", es sei denn, die Herrschaft habe es ihm gestattet. Es folgen dann Vorschriften über die Benutzung der Kelter und die Pflichten der Keltermeister.

Man muß aber im Hinblick auf das bereits Ausgeführte¹⁾

1) s. o. S. 48 ff.

davon ausgehen, daß die Gemeinde schon früh eine gewisse Rechtspersönlichkeit hatte. Die aufgezeigte Entwicklung tendierte zu mehr und mehr Selbständigkeit der Gemeinden und ihrer Bewohner, wie sich aus den Streitigkeiten und Klagen zwischen Gemeinde und Ortsherrschaft erweist. Die Gemeinden wußten ihre Stellung und ihr Mitspracherecht bis zur Auflösung des alten Reiches zu wahren.

Das Verhältnis der Freiherrn von Gemmingen gegenüber ihren Untertanen wird gekennzeichnet durch die Verschiedenartigkeit der Ortsbewohner. Die Ortsherren verstanden sich als eine "von Gott gesetzte hohe Obrigkeit"¹⁾, die in diesem Falle vom Kaiser eingesetzt war, deren Gebote und Verbote und insbesondere deren Gerichtsbarkeit die Untertanen zu achten hatten. Es war ihnen verboten, Bündnisse gegen die Ortsherren zu schließen oder ihnen sonst schaden zu wollen. Die Gebote und Verbote richteten sich nicht an die Leibeigenen, denn sie waren ohnehin Eigentum des Grundherren und konnten wie unbewegliche Sachen verkauft werden, da sie Zubehör eines bestimmten Gutes waren²⁾. Bei den Freiherrn von Gemmingen sind in den Jahren 1589 bis 1624 eine ganze Reihe von Ankäufen von Leibeigenen aus kurpfälzischem Besitz nachzuweisen³⁾. Dagegen mußten die Rechte und Pflichten der Grundhörigen, die Halbfreie waren⁴⁾, reglementiert werden. Die Grundhörigen, aus denen sich die herrschaftlichen Beamten zum Großteil rekrutierten, hatten meist ein grundherrliches Gut inne, das ihnen erblich zustand und nur unter besonderen Umständen wieder entzogen werden konnte. Sie konnten das Gut allerdings nicht einseitig aufgeben und genossen auch keine Freizügigkeit. Zur Verheiratung bedurften sie darüber hinaus die Genehmigung ihrer Herrschaft⁵⁾. Neben ihnen standen noch freie "Dienstmannen", die sich frei-

1) GLA 69 1, A 1015, Aufforderung zur Huldigung der Untertanen von Kochendorf 1749.

2) Schröder, Richard: Deutsche Rechtsgeschichte I, S. 81 ff.

3) GLA 69 k, 65-68.

4) Haberkorn-Wallach, Hilfsörterbuch für Historiker "Grundhöriger".

5) Schröder, Richard, Deutsche Rechtsgeschichte I, S. 81 ff.

willig an die ritterschaftlichen Höfe begaben, dadurch aber ihren Status nicht veränderten.

Über die eigenen Leute stand der Ortsherrschaft die Patrimonialgerichtsbarkeit zu, die keine staatliche, sondern private Gerichtsbarkeit war. Sie beruhte nicht auf besonderen Erwerbstiteln wie Belehnungen¹⁾, sondern entsprang dem Besitzstand. Sie wird auch zutreffender als Eigentums- oder Gutsgerichtsbarkeit²⁾ genannt, da sie den Personenkreis, nämlich die eigenen Leute und Hinterlassen und den Umfang der Gerichtsbarkeit auf den eigenen Gebieten der Reichsritterschaft kennzeichnet. Gerichtsherrschaft und Grundherrschaft deckten sich somit. Die Wurzel der Patrimonialgerichtsbarkeit dürfte in den Immunitäten zu sehen sein, die der staatlichen Gerichtsgewalt entzogen waren. Den einzelnen Rittern als Grundherren stand als Erbrichter diese Gerichtsbarkeit über alle Insassen der ihnen gehörenden Gebiete ohne Rücksicht auf ihren Stand zu. Die Ausübung oblag einem besonderen Patrimonialrichter, in älterer Zeit einem Meier, Schultheiß oder Vogt³⁾. Erst sehr viel später, an der Wende des 18./19. Jahrhunderts, setzte der Staat die Bestellung von rechtskundigen Gerichtshaltern, den Gerichtsdirektoren und Justitiaren durch, dem Patrimonialherrn stand nur noch die Präsentation zu. Die Patrimonialrichter waren in der Regel selbst Grundhörige und standen der Gutsherrschaft vor, beaufsichtigten die Hörigen, trieben Zinsen ein und sprachen am Eigentumsgericht Recht. Der Schultheiß war nach Verfall der Grafenherrschaft Dorfvorsteher und Richter am Dorfgericht. Ihm zur Seite standen die Schöffen, Laien, meist 12 an der Zahl⁴⁾, die ihm sowohl bei der Verwal-

1) Rudolph, F., Die Entwicklung der Landeshoheit in Kurtrier bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts, in: ZRG 28 (1907).

Ehr, Hans, Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, in: ZRG 27 (1906, S. 150 ff.

2) Haberkorn-Wallach, Hilfwörterbuch für Historiker, "Patrimonialgerichtsbarkeit".

3) wie 1) "Schultheiß".

4) wie 2) "Schöffen".

Stocker, Besitzungen, I, S. 59. Dorfordnung für Fürfeld von 1593, Cap. 12: "sollen ... zwölf Underthanen ... zu Richtern geordnet und erwählt werden ..."

tung als auch bei der Rechtsprechung assistierten. Gegen Urteile des Patrimonialgerichtes stand dem Verurteilten nur noch die Appellation an den Ortsherrn selbst zu.

2. Die innere Struktur der Besitzungen und die Rechte der Obrigkeit

Die innere Struktur und Verwaltung der Besitzungen der Freiherrn von Gemmingen hängt zusammen mit der quasi-landesherrlichen Stellung der Ritter. Sie hatten darüber zu entscheiden, wem sie ihre Geschäfte anvertrauten und wie diese ausgeführt werden mußten. In der Gemeindeordnung von Fürfeld¹⁾ ist ausdrücklich festgestellt, daß die Ortsherrschaft Macht und Gewalt hat, den Schultheißen und das Gericht ein- oder abzusetzen. Außerdem wird geregelt, daß die Bürgermeister jedes Jahr neu gewählt werden müssen und die abtretenden Bürgermeister Rechnung zu legen hatten. Der Schultheiß stand an der Spitze der Gemeindeverwaltung und war herrschaftlicher Beamter, der zusammen mit einem Gemeindekollegium, das sich aus den 12 Schöffen zusammensetzte, die Gerichtsrechte ausübte und darüber hinaus neben der Gemeindeverwaltung die Finanzgeschäfte erledigte, Schatzungen, Gülten und Zehnten erhob sowie Urkunden über Sachkäufe, Hypotheken, Testamente und andere notarielle Geschäfte abschloß. Das Gemeindegerecht hatte weiter die Aufgabe, Aufsicht über die Gemeindegüter, Gewässer, Gräben, Maaß und Gewicht zu führen. Die Stellung des Schultheißen wird deutlich im Schultheißeneid²⁾, wonach der Schultheiß schwören mußte, den Befehlen und Geboten der Ortsherrschaft jederzeit gehorsam zu sein und der Herrschaft treu zu dienen. Demgegenüber hatte der Bürgermeister der Gemeinde zu schwören³⁾, über die Einnahmen und Ausgaben des Ortes Rechnung zu legen und sich allen Befehlen des Ortsherrn und seiner Bevollmächtigten, auch des Schultheißen zu beugen. Darüber hinaus ist er auch verpflichtet, dem Wohle des Ortes und der Bürgerschaft

1) Stocker, Besitzungen, I, S. 59, Dorfordnung von 1593, Kapitel 12 und 13.

2) GLA 69 k, Urkunde Nr. 23.

3) GLA 69 k, Urkunde Nr. 23.

zu dienen, dies muß er mit seinem Gewissen vereinbaren können. Es ist demnach eine Unterscheidung zu treffen zwischen der Stellung des Schultheißen, der als grundherrlicher Beamter naturgemäß auf die Interessen der Grundherrschaft stärkere Rücksicht nehmen mußte, und des Bürgermeisters. Der Schultheiß hatte in erster Linie den Vorteil des Adels zu wahren, während der Bürgermeister beeidete, die Belange der Bürgerschaft, soweit sie mit seinem Gewissen vereinbart werden konnten, im Auge zu haben. Daneben gab es noch die grundherrschaftlichen Rentbeamten, die insbesondere die Eintreibung der Zehnten zu besorgen hatte.

Abschließend soll noch ein Überblick über die Rechte der Grundherrschaft gegeben werden, da diese in der Zeit der Mediatisierung und der nachfolgenden Adelsgesetzgebung äußerst umstritten waren. Zu vergegenwärtigen ist hierbei, daß gerade diese Rechte mannigfaltige Einkünfte brachten, die es den Freiherrn von Gemmingen erst ermöglichten, ihren Reichtum weiter auszubauen, ihre persönliche Macht zu sichern und ein rittermäßiges Leben zu führen. Dabei ist festzustellen, daß seit dem 16. Jahrhundert überall ein Prozeß der Erstarrung eingetreten ist und der Orts- und Gerichtsherr sich zum neuzeitlichen Gutsherrn entwickelt hat¹⁾. Von den reichsritterschaftlichen Ortseinwohnern wurden u.a. verlangt:²⁾

der große und der kleine Zehnte,
Heu- und Blutzehnte,
Küchen- und Kastengefälle,
Weinzins und Ohmgeld,
Brau-, Schank- und Schildsteuer,
Brunnenzins und Herdenschlag,
Nachsteuer und Abzugsgeld,

1) Bader, Karl Siegfried, Der deutsche Südwesten in seiner territorial-staatlichen Entwicklung, 1950, S. 166.

2) Müller, Heinrich, Der letzte Kampf der Reichsritterschaft um ihre Selbständigkeit (1790-1815), S. 27.

Grundzins und Vogtgeld,
Handlohn und Festhauptgelder,
Roß- und Handscharwerk,
Boten- und Schreiberdienste,
Fronddienste wie Pflügen, Säen, Rechen, Unkrautjäten
und Obst ernten sowie Fische fangen und Eis hacken.

Alle diese Rechte konnten sich die Freiherrn von Gemmingen in ihren Gebieten bis zum Übergang in die badi-sche bzw. württembergische oder hessische Souveränität bewahren.

Zusammenfassend ist demnach davon auszugehen, daß die Freiherrn von Gemmingen mit großer Macht begabt waren, wie die Inhaberschaft weitreichender Ortschaften mit größerer Bevölkerungszahl, die Belehnung mit kaiserlichen Rechten und Privilegien sowie den Pflichten der Ortseinwohner gegenüber den Ortsherrn ergibt. Die Rechte machten sie unabhängig und gefeit gegenüber den angrenzenden Landesherrn, die auf den ritterschaftlichen Besitzungen zum Teil als Mitherren bei Kondominaten, zum Teil als Lehensherren auf Grund von Lehensauftragungen durch die Ritterschaft in Erscheinung traten. Die tatsächliche Unterscheidung zu den Reichsfürsten war gerade auf Grund des großen Reichtums der Freiherrn von Gemmingen und ihres Ansehens im Reiche, sie hatten in Uriel von Gemmingen nicht nur den Reichserzkanzler, sondern in anderen Mitgliedern der Familie auch verschiedene Fürstbischöfe hervorgebracht, relativ gering, da sie auf ihren Besitzungen praktisch alleinige Herren waren. Der einzige Unterschied zu den Landesherrn ist in der fehlenden Reichsstandschaft zu sehen, obgleich die Ritterschaft zu großen Entscheidungen des Reiches immer wieder herangezogen wurde, wie die bereits zitierten Stellen des Osnabrücker Friedens und andere be- weisen.

Allerdings ist hier gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß diese Macht in dem Umfange angreifbar war, wie die Macht

des Kaisers zugunsten der Landesherren schwand. So konnte es Ende des 18. Jahrhunderts nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die Mächtigen auf Grund ihrer gefestigten Positionen sich die ritterschaftlichen Gebiete einverleibten. Das Fehlen einer schlagkräftigen Organisation, wie sie unrichtigerweise Weiss¹⁾ annimmt, der von einer Reorganisation spricht, obwohl gerade in den Besitzungen der Ritterschaft der Zustand am schlechtesten war, da dort übergeordnete Vorschriften, die hinsichtlich der Kommerz- oder Zollordnung nicht aufkommen konnten²⁾, führte zur Bildung einzelner Besitzungen ohne größeren Rückhalt, so daß die Besitzungen einem Ansturm von außen bei Wegfall oder Schwächung der kaiserlichen Schutzherrschaft nicht lange standhalten konnten.

-
- 1) Weiss, J.G., Die Reichsritterschaft beim Ende des alten Reiches, in: ZGORh, NF 8 (1893), S. 289-311.
2) Müller, Der letzte Kampf der Reichsritterschaft um ihre Selbständigkeit (1790-1815), S. 24.

B. DIE MEDIATISIERUNG DER FREIHERRN VON GEMMINGEN

I. Die Auflösung des Reiches

1. Napoleons Einwirken auf die deutsche Politik

Die französische Revolution von 1789 hatte Europa in seinen Grundfesten erschüttert. Die Franzosen waren be-seelt von ihrer Idee der Menschenrechte, die anderen Staaten suchten das Vordringen dieser Idee zu verhindern. Hinzu kam, daß Europas Fürsten die heftigen inneren Auseinandersetzungen Frankreichs miterlebt hatten und nun zum Schlag gegen das geschwächte Land ausholen wollten. Eine nicht geringe Rolle dürfte auch das Vorgehen der französischen Revolutionäre gegen die adligen Standes-genossen in Frankreich gespielt haben. Jedenfalls eng mit der französischen Revolution verbunden sind die Interventionskriege der anderen europäischen Staaten. Am 20.4.1792 erklärte Frankreich an Österreich den Krieg, in den auch das mit Österreich verbündete Preußen einbezogen wurde. England, Holland und Spanien schlossen sich 1793 ebenfalls zur Unterstützung Österreichs an. Aufgrund der neuen Taktik der französischen Revolutionsheere errang Frankreich bald militärische Erfolge über die verbündeten Truppen. Am 14.11.1792 drangen die Franzosen unter Custine in die Pfalz ein und eroberten Mannheim und Speyer. Die Flucht des Fürstbischofs von Speyer führte über Eppingen nach Heilbronn und damit auch durch gemmingische Besitzungen im Kraichgau. Im Jahre 1797 schien sich ein Friede anzubahnen, als sich die Delegierten Frankreichs und des deutschen Reiches zu einem Kongreß in Rastatt zusammenfanden. Die Verhandlungen scheiterten jedoch und fanden ihr unrühmliches Ende beim Mord der französischen Gesandten in Rastatt 1799. Obwohl Kaiser Franz II seinen Abscheu über diese Tat zum Ausdruck brachte, flammten die Feindseligkeiten erneut auf und der zweite Koalitionskrieg begann. Nach wechselvollen Kämpfen entschied Napoleon diesen Krieg wiederum für Frankreichs Fahnen, unter anderem wurde

auch Gemmingen am 25.10.1799 von den Franzosen eingenommen. Die Gemeinde mußte allein in den Jahren 1799/1800 an Kriegslasten 10 959 Gulden aufbringen¹⁾.

2. Der Luneviller Frieden und seine Folgen

Der Krieg wurde schließlich durch den Frieden von Luneville am 9.2.1801 beigelegt.

Bereits zur Zeit der beiden Koalitionskriege war der Zeitgeist gegen die Ritterschaft. Napoleon hatte es verstanden, bei Beginn des Krieges gegen Österreich die Reichsfürsten auf seine Seite zu ziehen²⁾, indem er ihnen höheren Rang und Besitz versprach, Versprechungen, die später im Preßburger Friede von 1805 verwirklicht werden sollten. Diese Versprechungen konnten mangels anderer Möglichkeiten nur zu Lasten der kleineren Fürsten, Grafen und Ritter gehen. Die Reichsritter erkannten dies bald und versuchten ihrerseits, Napoleon zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Zunächst sollte dies auf dem Rastatter Kongreß geschehen, zu dem eine Delegation unter Führung des Ritterhauptmanns des Kantons Odenwald, Karl Friedrich Reinhard von Gemmingen, gesandt wurde. Dieses Mitglied der gemmingschen Familie war für einen solchen Auftrag geradezu prädestiniert, denn er war zuvor 25 Jahre lang Minister des Markgrafen von Ansbach gewesen³⁾ und wurde wegen seines beherzten Eintretens für seine Standesgenossen und seines diplomatischen Geschicks allseits gerühmt. Auch bei den Kaiserkrönungen 1790 und 1792 hatte er seine diplomatischen Fähigkeiten gezeigt, so daß die Sache der Ritter bei ihm in besten Händen war. Die Ritter wurden sowohl auf deutscher als auch auf französischer Seite vorstellig und versuchten mit großem Geschick und in demütigem Ton die Aufnahme der Reichsritterschaft in den Friedensschluß zu erreichen, wie es z.B. von dem damaligen Delegierten der

1) GAG Gemeinderechnung 1799/1800.

2) Cast, aaO, S. 352.

3) Müller, Heinrich, aaO, S. 73 ff.

Reichsritterschaft, Wolfgang von Gemmingen, bereits beim Abschluß des Westfälischen Friedens erreicht werden konnte. Jetzt konnte sein Nachkomme zumindest erreichen, daß der Ritterschaft die Patrimonial- und Privatgüter belassen bleiben sollten. Aber bereits bei Ende des Rastatter Kongresses wurde schon deutlich, daß sich die Stimmung gegen die Ritterschaft richtete. Im Schlußbericht an das Generaldirektorium schreibt Gemmingen¹⁾: "Man kann mit Zuverlässigkeit ihren (der Ritterschaft) Verfall voraussehen, wenn nicht Maßnahmen ergriffen werden ..., wodurch mehr Einheit in ihren Grundsätzen, mehr Schnelligkeit in ihre Korrespondenz und die Ausführung ihrer Beschlüsse und das Ganze in bessere Verbindung gebracht wird."

Der Rastatter Kongreß konnte infolge der Tatsache, daß auf der einen Seite Frankreich umfangreiche Forderungen stellte, auf der anderen Seite Österreich Zeit zu neuen Bündnissen und neuer Aufrüstung gewinnen wollte und letztlich auch durch den Gesandtenmord in Rastatt nicht zu einem endgültigen Abschluß kommen. Karl Friedrich Reinhard von Gemmingen, der Delegierte der Reichsritterschaft, begrüßte das Nichtzustandekommen einer endgültigen Übereinkunft, denn diese hätte letztlich die Reichsritterschaft in ihrem Bestand gefährdet. So gewann gerade das kleinste dieser Reichsglieder noch einmal eine Gnadenfrist. Einen wesentlich erheblicheren Einfluß hatte der Abschluß des Krieges im Luneviller Frieden vom 9.2.1801, denn durch diesen Frieden wurde vollendet, was der Krieg letztlich heraufbeschworen hatte, das linksrheinische Ufer kam nämlich endgültig zu Frankreich²⁾. Der Luneviller Friede berührt auch nicht die Unabhängigkeit der Ritterschaft, aber durch die Einwirkung der französischen Revolution bedurfte es nur noch eines kleinen Anstoßes, um das Reichsgebäude zu erschüttern. Nun mußte die Reichsritterschaft sehr schnell und gemeinschaftlich aktiv werden, um das

1) Kreisarchiv Bamberg Repertorium 199, Nr. 1202.

2) Art. II.

schlimmste abzuwenden. Die Abtretung des linksrheinischen Ufers an Frankreich beschwor das Gespenst des Verlustes der reichsritterschaftlichen Güter herauf, denn die auf Seite Napoleons stehenden Fürsten mußten von diesem entschädigt werden, und es lag nichts näher, als diese Entschädigung auf Kosten der Ritterschaftlichen Gebiete und Regalien durchzuführen. Nach dem Luneviller Frieden sollten die auf der rechten Rheinseite ansässigen weltlichen Landesherren auf der rechten Rheinseite mit geistlichen Herrschaften entschädigt werden.¹⁾

Hier war nun höchste Eile für die Reichsritterschaft geboten, um noch zu retten, was zu retten war. Zunächst versuchte man, sich des Schutzes des Kaisers zu versichern, denn schließlich war er in den wechsellvollen Spielen der vergangenen Jahrhunderte der große Schirmherr der Ritterschaft. Zu diesem Zwecke richtete man eine ständige Gesandtschaft in Wien ein und beschloß, in dem von dem Delegierten von Gemmingen im oben zitierten Schlußbericht geforderten Gemeingeist vereint, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den drohenden Untergang abzuwenden. Durch Zähigkeit konnte es von Gemmingen gelingen, am 22.4.1801 sogar zur Audienz beim Kaiser vorgelassen zu werden, dem er unter Hinweis auf die von der Ritterschaft dem jeweiligen Reichsoberhaupt gewährten Dienste die Sorgen seines Standes schilderte und ihn um Hilfe anging. Franz II. konnte zunächst von Gemmingen und damit die Reichsritterschaft beruhigen, indem er ihm seine Hilfe zusagte und versicherte, im Hinblick auf die Dienste, die Kaiser und Reich durch die Ritterschaft

1) Art. VII: Et comme par suite de la cession, que fait L'Empire à la Republique française, plusieurs Princes et Etats de l'Empire se trouvent particulièrement dépossédés, en tout ou en partie, tandis que c'est à l'Empire Germanique, collectivement à supporter le pertes résultantes des stipulations du présent traité, il est convenu entre S.M. l'Empereur et Roi, tant en son nom, qu'au nom de l'Empire Germanique et la République française, qu'en conformité des principes formellement établis au Congrès de Rastadt, l'Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires, qui se trouvent dépossédés a la rice gauche du Rhin, un dédommagement, qui sera pris dans le sei du dit Empire, suivant les arrangements qui d'après ces bases, seront ultérieurement déterminés.

geleistet worden seien, wisse er den Bestand der Ritterschaft zu seinem eigenen Vorteil zu sichern. Die Hoffnungen, die die Ritterschaft in diese Zusage setzte, wurden bald von der Besorgnis verdrängt, als bekannt wurde, daß Ende 1802 die Reichsdeputation in Regensburg zusammentreten sollte. Diese Reichsdeputation war auf Grund der Bestimmungen des Luneviller Friedens kompetent für die Durchführung der Entschädigung auf der rechten Rheinseite. Sie hatte sich demnach mit Mediatisierungsverfahren zu befassen, und die Ritterschaft wollte nichts unversucht lassen, um ihren Bestand zu sichern, zumal eine solche Sicherung durch den Kaiser nicht mehr gewährleistet schien. Auch hier wurde die Delegation wieder der Leitung des Freiherrn Karl Friedrich Reinhard von Gemmingen anvertraut, der Vorstellung auf Vorstellung an die Deputation richtete, um dort die ritterschaftlichen Rechte und die Integrität ihrer Besitzungen gesichert zu sehen.¹⁾

Unter dem Einfluß Frankreichs, das den auf seiner Seite stehenden Fürsten Zusagen gemacht hatte, die nun erfüllt werden mußten, hielt sich die Deputation nicht allzu lange mit diesen Schriften auf. Ein weiterer Punkt für das Desinteresse lag darin, daß man sich in der Deputation darauf geeinigt hatte, zunächst größere Interessen zu beachten, so daß die Ansprüche, die neben der Sicherung des jetzigen Besitzstandes auf Entschädigung für den Verlust linksrheinischer Gebiete gingen, ziemlich unbeachtet zu den Akten geheftet wurden. Hinzu kam, daß sich die größeren Fürsten natürlich den Löwenanteil an der Verteilung der Entschädigungsgebiete auf rechtsrheinischem Ufer sichern wollten. Bayern widersprach in der 26. Sitzung der Reichsdeputation vom 4.1.1803²⁾ offen den Wünschen der Ritterschaft. Hierzu ist zu bemerken, daß nach den Bestimmungen des Luneviller Friedens den

1) Prememoria in Protokoll der Reichsdeputation Regensburg 1803, Nr. 83, 327, 399.

2) Protokoll der Reichsdeputation Regensburg, 26. Sitzung vom 4.1.1803.

durch die Abtretung des linken Rheinufers benachteiligten Herrscherhäusern eine Entschädigung durch die Mediatisierung nicht erblicher Territorien und Städte in Aussicht gestellt wurde. Ausdrücklich sprachen die Bestimmungen nur von Entschädigungen der "Princes héréditaires", so daß von vornherein eine Entschädigung der Reichsritterschaft wenig wahrscheinlich erschien. Immerhin ist es das Verdienst des Ritterhauptmannes von Gemmingen, der zum Generalbevollmächtigten der gesamten Ritterschaft bestellt war, daß er erreichen konnte, daß der Gesandte Frankreichs Laforest und Mathieu sich mit den Ansprüchen der Ritterschaft befaßten und eine Interpretation der Worte "Princes héréditaires" vorbehielten. Indes billigte der Reichsdeputationshauptschluß, der die neue Grundlage für den Fortbestand der Reichskörper bildete, in § 28 den Rittern nur eine eventuelle Entschädigung zu.¹⁾ Der von der außerordentlichen Deputation des Reichstages verfaßte Entwurf oder "Hauptschluß" wurde dem Reichstag vom Kaiser am 23.12.1802 zur Beschlußfassung unterbreitet und am 24.3.1803 zum Reichsgutachten erhoben. Die kaiserliche Bestätigung erfolgte am 27.4.1803²⁾. Von Gemmingen erkannte bereits bei den Verhandlungen genau, daß es hier um die Schicksalsstunde der Reichsritterschaft ging und griff nach Erfolglosigkeit der legalen Mittel zur Bestechung, die seinem geraden Wesen doch fremd war. Talleyrand nahm die Geldgeschenke an und versprach auch dem Baron von Wächter dafür die Protektion Frankreichs³⁾. Immerhin konnte diese Art der Überredung noch dazu führen, daß die Reichs-

1) § 28: Die Entschädigungen, welche etwa einzelnen Mitgliedern der Reichsritterschaft gebühren durften, werden, so wie die Ingenisationsergänzung der Reichsgrafen, im Verhältnis ihrer rechtmäßigen Ansprüche, insoweit sie nicht mehr durch die nunmehr zu erwartende Aufhebung des Sequesters bewirkt werden, in immerwährenden Grenzen auf jene Einkünfte angewiesen, welche zu einer weiteren Bestimmung übrigbleiben durften.

2) Schröder, aaO, Band 2, § 64.

3) Müller, Heinrich, aaO, S. 74 ff.
Zeumer, aaO, Nr. 212c.

ritterschaft im Reichsdeputationshauptschluß vom 27.4. 1803 erwähnt und der Reichsdeputationshauptschluß vom Kaiser mitsamt der herkömmlichen Klausel, gegen die sich Bayern vergebens wehrte, für die Reichsritterschaft am 27.4.1803 ratifiziert wurde. Die Ritterschaft bedankte sich bei Kaiser und dem ersten Konsul Napoleon, der der Ritterschaft folgenden Brief zuleiten ließ¹⁾:

"Messieurs les membres du Directoire général de l'ordre equestre de l'Empire, j'ai reçu leur lettre ... en date du 12 avril 1803. J'y suis fort sensible et je suis très aise d'avoir contribué à assurer sa conversation et la continuation de son existence politique. Ne doutez pas, je vous prie, de mes dispositions favorables à votre égard et du desir que j'ai de pouvoir vous être utile." Dennoch war die Reichsritterschaft durch die Entschädigungsbestimmungen der Reichsdeputation entscheidend geschwächt. Die §§ 1 - 23 der Reichsdeputation sahen die Entschädigungen an weltliche Fürstenhäuser vor, § 24 befaßte sich mit den Entschädigungsobjekten für die Reichsgrafen, darunter den reichsunmittelbaren Abteien. Wenn man davon ausgeht, daß die Reichsritterschaft Domherrenstellen in Stiften und Abteien bekleidet hatten, so bedeutet die Überleitung geistlicher Besitztümer in weltlichen Besitz nicht nur die Einbüßung persönlichen Ansehens, sondern auch großer Einkünfte.

Mit der Regelung der Entschädigung für die linksrheinischen Abtretungen sollte, um eine Schwächung des deutschen Reiches zu erwirken²⁾, die bei dem Entschädigungsgeschäft notwendig werdende territoriale Umschichtung vor allem dazu benutzt werden, in Deutschland ein Mächtegleichgewicht aufzurichten.³⁾ Ziel und Zweck die-

1) Schreckenstein, aaO, Band 2, S. 484.

2) Erzberger, aaO, S. 16.

Hölzle, E., Das napoleonische Staatssystem in Deutschland, in: HZ, 148. Band, München - Berlin 1933, S. 279.

3) Dennewitz, aaO, S. 67.

ser Entschädigung war letztlich, Preußen und Österreich einige lebenskräftige Mittelstaaten gegenüberzustellen.¹⁾

Der Reichsdeputationshauptschluß als Verfassungsurkunde des alten deutschen Reiches stieß wiederholt im Schrifttum auf Bedenken, teilweise ging man davon aus, daß der Reichsdeputationshauptschluß überhaupt verfassungswidrig sei. Einmal, weil die Reichsdeputation über den ihr erteilten Auftrag hinausgegangen sei, zum anderen, weil das Reichsoberhaupt dem zugrunde liegenden Luneviller Frieden ohne die von der Reichsverfassung für Notfälle vorgeschriebene Einwilligung der Kurfürsten im Namen des ganzen Reiches zugestimmt hatte.²⁾ Es kann jedoch nicht verkannt werden, zumal der Reichstag auch die Bestimmungen des Luneviller Friedens nachträglich genehmigt hatte, daß die kaiserliche Ratifikation sowohl des Luneviller Friedens als auch des Reichsdeputationshauptschlusses ein Reichsgrundgesetz in Kraft treten ließ. Mit der Ratifikation des Reichsdeputationshauptschlusses hatte die Schicksalsstunde der unmittelbaren Ritterschaft noch nicht geschlagen, denn von diesem Gesetz wurden im wesentlichen die kirchlichen Güter betroffen.

Schon zuvor waren die Gesandten der einzelnen süddeutschen Fürsten bei Napoleon vorstellig geworden, um einen möglichst großen Gebietszuwachs herauszuschlagen. Insbesondere Bayern, Württemberg und Baden, deren Interessen durch Reitzenstein vertreten wurden, waren hierbei erfolgreich. Ausgelöst wurden die Verhandlungen auf dem "Pariser Ländermarkt durch die Gerüchte über den Plan Frankreichs, auch die Gebiete der kleineren Fürsten im deutschen Süden zu mediatisieren"³⁾. Da die Forderungen

1) Hömig, aaO, S. 31, Fußnote 8, wonach der Württembergische Regierungsrat Georgii schon am 2.8.1798 über die französischen Pläne aus Rastatt darauf hinwies, daß "nichts als eine österreichische oder auch preussische Provinz, d.i. bald diese bald jene große Macht treibe mit den Leuten, kleinen Fürsten ungescheut ihr Spiel und brauche sie bloß zu ihren Absichten".

2) Hömig, aaO, S. 25 ff., 42 ff.

3) Hölzle, aaO, S. 18.

der drei süddeutschen Höfe nicht zu vereinbaren waren, sprach Napoleon auf Wunsch Reitzensteins den Grundsatz gleicher Teilung aus.

Sofort nach der Reichsdeputation begann zuerst Bayern für die linksrheinischen Besitzungen die Entschädigungslande zu okkupieren und ging ziemlich schroff gegen die dort ansässigen Ritter vor. Unter anderem verbot er ihnen das Tragen des von Karl VI. für Ritterhauptleute verliehenen Ordenskreuzes. Das Vorgehen Bayerns machte bald Schule und Württemberg ging daran, ebenfalls die reichsritterschaftlichen Gebiete in seinem Territorium in Besitz zu nehmen. Landgraf Ludwig von Hessen rückte bereits 1803 in Fränkisch Grumbach und Hoffenheim, die zum Besitz derer von Gemmingen gehörten, ein, schlugen ihre Besitznahmepatente an, nahmen dem Schultheißen die Handtreue ab und legten sich auf Kosten mehrerer Wirte ins Quartier. In Schwaben ging Darmstadt, nachdem es auch Wimpfen erworben hatte, von diesem Stützpunkt aus praktisch auf Raubzüge aus und besetzte u.a. das Gemmingische Bonfeld. Nur zwei größere Fürsten hielten sich dem Treiben fern, und zwar der durch den Luneviller Frieden zum Kurfürsten emporgestiegene ehemalige Markgraf von Baden und der Erzkanzler. Die gewalttätigen Schmälerungen ihres Besitzes hatte natürlich Erbitterung bei der Reichsritterschaft hervorgerufen, die sich an den Kaiser wandte. Unter dem Eindruck der Beschwerden nahm man die Okkupationen zurück, zumal ein kaiserliches Exzitatorium vom 26.3.1805 die völlige Herstellung der Rechte der Reichsritterschaft verlangte. Doch auch der Einfluß des Kaisers, der naturgemäß bei den von Napoleon mit Versprechungen versehenen süddeutschen Fürsten wenig Anklang fand, konnte die Okkupation der reichsritterschaftlichen Gebiete nicht mehr verhindern.¹⁾

1) Erdmannsdörfer, B. und Obser, Karl, Politische Korrespondenz Karl Friedrich von Baden (1783-1806), 6 Bände, Heidelberg 1888, Band 5, Nr. 282.

3. Die vorsorgliche Inbesitznahme der ritterschaftlichen Besitzungen

Das rigorose Vorgehen des Kurfürsten Friedrich von Württemberg brachte den Stein schließlich ins Rollen, denn er forderte den Kurfürsten Karl Friedrich von Baden auf, die beiderseitigen Interessen am Konferenztisch abzugrenzen. Im Geheimen Rat in Karlsruhe prallten die Meinungen aufeinander. Der geschworene Feind der Reichsritterschaft, Freiherr von Reitzenstein, ein Jurist fränkischer Schule, wollte sich rücksichtslos über Kammergericht und Reichshofrat als Überreste eines alten Zopfes hinwegsetzen und insbesondere den Ritterkanton Kraichgau und das Gemming'sche Gebiet im Hagenschieß dem badischen Territorium einverleiben. Das Mitglied des Geheimes Rates Brauer war es, der hier zur Mäßigung riet, dennoch konnte man schon im Hinblick auf das Vorgehen Württembergs nicht ins Hintertreffen geraten, so daß die Okkupation auch von badischer Seite begann.

Am 26.11.1805¹⁾ teilte Kurfürst Friedrich von Württemberg dem badischen Hofe mit, er habe vorsorglich die reichsritterschaftlichen Orte in und an seinem Lande vorbehaltlich der Rechte des Kurfürsten Karl Friedrich zum Ausgleich seiner verlorenen Länder besetzt. Karl Friedrich erklärte sich²⁾ damit einverstanden und dankte dem württembergischen Fürsten dafür, daß er keine badischen Gebiete okkupieren wollte, weist jedoch gleich darauf hin, daß zu Baden die Gemming'schen Gebiete im Hagenschieß und die Ritterorte im Kraichgau, in der Ortenau, Hegau, Allgäu, Donau und am Bodensee, die teilweise zum Ritterkanton Neckar, Schwarzwald und Kocher gehören. Die Ritterschaft in den betroffenen Orten selbst wandten sich am 27.11.1805 an alle Fürsten und Kurfürsten³⁾ und baten um Schutz gegen die bereits am 19.11.1805 erfolgte württembergische Okkupation.

1) GLA 48, 5498, Schreiben vom 26.11.1805.

2) GLA 48, 5498, Schreiben vom Dezember 1805.

3) GLA 48, 5498, Druckschrift vom 27.11.1805.

Die vorläufige Inbesitznahme stieß indes auf große Schwierigkeiten. Einmal war es Württembergs Kurfürst, der versuchte, an sich zu ziehen, was nur irgend möglich war und bereits im November 1805 insbesondere auch die Gemmingischen Gebiete in Besitz nahm. So mußte Julius von Gemmingen-Steinegg dem Kurfürsten von Baden anzeigen, daß der Kurfürst von Württemberg Jagd, das Jagdhäuslein und den dazugehörigen Krautgarten bereits am 27.11.1805 in Heimsheim in Besitz genommen hat.¹⁾ Die württembergische Staatskellerei in Heimsheim erwiderte darauf mit Schreiben vom 1.12.1805²⁾, daß mit der vorsorglichen Inbesitznahme nicht die Rechte der Freiherrn in irgendeiner Weise beeinträchtigt oder entzogen werden sollten, sondern daß mit der Inbesitznahme lediglich die Inanspruchnahme der Hoheitsrechte durchgeführt werden sollte. Deshalb wurden auch 115 Morgen Wald in Heimsheim, jedoch ohne die Landeshoheit oder Forstheiligkeitsrechte zurückgegeben. Außerdem wurden dem Freiherrn die Jagdgerechtigkeit und das Jägerhäuschen wieder zugeschrieben.

Daraus ergibt sich aber weiter, daß die Kurfürsten von Württemberg und Baden peinlich darauf bedacht waren, ihrer vorsorglichen Inbesitznahme nicht den Schein einer widerrechtlichen Entziehung von Eigentumsrechten zu geben. Auch der Anzeige Julius von Gemmingen-Steineggs kann ein solcher Sinngehalt von seiten der Freiherrn nicht beigelegt werden. Julius von Gemmingen betont in seinem Schreiben vom 7.12.1805³⁾, daß die Mitteilung an den Kurfürst von Baden wegen der Heimsheimer Vorfälle keine Anerkennung von dessen Landeshoheit präjudiziere, da er ja nur dem Kaiser Untertan sei. Die bisherigen Verhandlungen der drei süddeutschen Fürsten gingen deshalb auch im wesentlichen auf die Gewährung der Souveränität, eine Zusicherung, die lediglich Kur-

1) GLA 48, 5502 Akten Staatserwerb, Schreiben des Julius von Gemmingen-Steinegg vom 29.11.1805.

2) GLA 48, 5502 Akten Staatserwerb.

3) GLA 48, 5502 Akten Staatserwerb.

fürst Friedrich von Württemberg in Art. 9 des Ludwigsburger Vertrages vom 5.10.1805 gegeben wurde. Weder Bayern noch Baden in ihren Bündnisverträgen vom 24.8. bzw. 5.9.1805 konnten erreichen, daß ihnen die Zusicherung Napoleons gegeben wurde, die Anerkennung der Souveränität im Friedensvertrag mit dem österreichischen und deutschen Kaiser auszubedingen.¹⁾ Allerdings die Zusicherung der "Souverainité" wird von der Meinung der Zeit nicht im Sinne von voller Souveränität, sondern von der Landeshoheit betrachtet, denn man ging davon aus, daß der Begriff der Landeshoheit im Französischen nur durch "Souverainité" wiedergegeben werden könnte.²⁾ Diese Meinung war eine juristische Interpretation, die allerdings sehr zweifelhaft war, zumal auch der bayrische Staatsrechtler Gönner³⁾ einen Begriff der Landeshoheit entwickelte, der mit dem alten Souveränitätsbegriff nahezu identisch war. Er will den Begriff der Landeshoheit als Inbegriff "aller in der obersten Gewalt nach dem rationellen Staatsrecht liegenden Rechte" begreifen. Die "Souverainité" sollte den Fürsten lediglich die Macht über die Ritter in den Grenzen seines Territoriums geben und auch den Schutz für die Landstände entziehen. Es sollte auf gar keinen Fall eine Lossagung vom Reich in der Souveränitätserklärung beinhaltet sein.⁴⁾

Trotz des Zwiespaltes im Geheimen Rat wegen des Vorgehens gegen die Reichsritterschaft⁵⁾ mußte wegen des Fortschreitens der Okkupationen durch Kurfürst Friedrich von Württemberg auch Baden immer schneller die Inbesitznahme vorantreiben. Bereits am 26.11.1805 hatte nämlich Kurfürst Friedrich von Württemberg angezeigt,

1) Für Württemberg Vertrag vom 5.10.1805 bei De Clercq recueil des Traités de la France, Paris 1864, II, S. 126.

2) Winkopp, Der Rheinische Bund, Frankfurt 1806, II, S. 419 ff.

3) Deutsches Staatsrecht, Landshut 1804, S. 334 ff.

4) Hölzle, Württemberg im Zeitalter Napoleons und der Deutschen Erhebung, S. 7.

5) GLA 48, 5498 Akten Staatserwerb, November 1805 - Feb. 1806.

daß er provisorisch die reichsritterschaftlichen Orte in und an seinem Lande vorbehaltlich der Rechte Karl Friedrichs in Besitz genommen habe. Er erklärte dabei grundsätzlich seine Bereitschaft zum Ausgleich.¹⁾ Karl Friedrich von Baden bedankte sich zwar für die Mitteilung Friedrichs, führte aber gleich an, daß insbesondere die Gemmingischen Gebiete im Hagenschieß sowie die Ritterorte im Kanton Kraichgau, Orthenau, Hegau, Allgäu, Donau und am Bodensee sowie teilweise der Ritterkanton Neckar, Schwarzwald und Kocher der badischen Hoheit unterstehen würden.

Baden war allerdings nicht nur in die Rolle des nachziehenmüssenden Partners Württemberg gedrängt, sondern man hatte sich bereits nach dem Reichsdeputationshauptschluß Gedanken über die provisorische Inbesitznahme gemacht, insbesondere Brauer hatte seine Gedanken schriftlich niedergelegt und präzise ausgeführt, indem er die Fragen an den Ortsvorstand nach der Religionszugehörigkeit usw. der einzelnen Gebiete bereits fixiert hatte.²⁾ Dennoch brachen die Bedenken Badens immer wieder durch. So berichtete der Geheime Hofratsdirektor von Dawens³⁾, der insbesondere mit der Okkupierung der Gemmingischen Gebiete betraut war, daß die geplante Besitznahme von Neckarzimmern, Steinbach, Guttenberg, die vormals rheinisches Lehen waren, nicht einfach in Beschlag genommen werden könnten. Dennoch wurde von Hofratsdirektor Dawens zusammen mit den Hofräten von Reichert, von Schmiz, von Haims außer den genannten Ortschaften auch Hüffenhardt, Dammhof, Gemmingen, Adersbach, Grumbach, Hohenfeld, Heimsheim, Ittlingen, Mühlbach, Rauhof, Dreschklingen, Hornberg in Besitz genommen, obgleich sie teilweise speyerisches, teilweise altpfälzisches Lehen waren. In dem Bericht von Dawens aus Mannheim vom 6.12.1805 ergibt sich die

1) GLA 48, 5498 Akten Staatserwerb.

2) GLA 48, 5489 Akten Staatserwerb (Bl. 58).

3) GLA 48, 5507 Akten des Geheimen Rathes, Staatsdepartement, Bericht vom 6.12.1805.

Ausweitung der Inbesitznahme, in dem er 12 Gemmingische Ortschaften als "an das Territorium angrenzende Orte" bezeichnete.

Verschiedene Orte wurden auch von Württemberg und Baden nacheinander okkupiert. So traf der Hofrat von Haims am 11.12.1805, als er Gemmingen in Besitz nehmen wollte, bereits auf das württembergische Patent. Er heftete das kurbadische Patent daneben und ließ sich vom Schult- heißen Stichling auch Gehorsam gegen Baden versprechen.¹⁾ Die badischen Kommissare hatten bei der Ausführung ihres Auftrages auch mit Schwierigkeiten durch die Grundherren selbst zu rechnen. So versuchten manche mit Hilfe ihrer Miliz, das Vorgehen Badens zu verhindern.²⁾ Andere wiederum empörten sich in Schreiben an die Kurfürsten und Fürsten des Reiches gegen das Vorgehen insbesondere Württembergs und baten um Schutz.³⁾ Die vorläufige Inbesitznahme, über die im Geheimen Rat so heftig diskutiert wurde, fand einen Befürworter in dem französischen Kaiser. Damit hatte im Grunde der Freiherr von Reitzenstein, dem insbesondere die Inbesitznahme des Kantons Kraichgau und das Gemmingische Gebiet im Hagenschieß am Herzen lag und der sich deshalb rücksichtslos über Kammergericht und Reichshofrat als Überreste eines alten Zopfes⁴⁾ hinwegsetzen wollte, den Sieg über das Mitglied des Geheimen Rates Brauer davongetragen. Die vorläufige Inbesitznahme wurde de facto durch den "ordre du jour" des französischen Generalmajors Berthier vom 19.12.1805 sanktioniert.

-
- 1) GLA 48, 5508 Akte des Geheimen Rathes, Staatsdepartement, Untertitel: Differenzen mit Württemberg.
 - 2) GLA 48, 5507 Akten des Geheimen Rathes, Staatsdepartement, Urkunde des Freiherrn Josef von Helmstatt vom Dez. 1805, der so lange keine Obrigkeit über sich erkennt, als er nicht vom Kaiser von seiner Pflicht ihm gegenüber befreit wird. Er verbot seinen Untertanen, sich anders zu entscheiden und dadurch gegen Kaiserreich und ihre natürliche Orths herrschaft schuldig zu machen.
 - 3) GLA 48, 5498 Akten des Geheimen Rathes, Staatsdepartement, Druckschrift des Adels, Heilbronn, 27.11.1805.
 - 4) Mangold, aa0, S. 3 ff.

Durch den Tagesbefehl¹⁾ des französischen Generalmajors Berthier bezog der französische Kaiser zum ersten Mal eine endgültige Stellungnahme zuungunsten der Reichsritterschaft der von ihm protegierten Länder, als er die französischen Kommandanten anwies, "de prêter main-fortes aux troupes et aux agens des LL.AA.SS. les Electeurs de Bavière, de Wurtemberg et de Bade dans la prise de possession qu'ils font des Domaines de l'ordre equestre. Sa Majesté Empereur ayant garanti à ces trois Electeurs la Souverainité pleine et entiere de leurs états, et ces trois Princes devant être souverains dans leurs états comme l'Empereur d'Allemagne l'est dans ses possessions héréditaires d'Autriche. L'ordre Equestre a été, d'ailleurs, l'auxiliaire de l'Autriche, et il a souffert que des recruteurs autrichiens fissent des levées dans ses états, ce qui necessairement l'a constitué en état de guerre avec la France, l'Empereur d'Autriche n'ayant, par les lois, le droit de recruter en Allemagne, qui lorsque il y a guerre d'Empire ..."

Diese Anordnung Napoleons erging unter einem nichtigen Vorwand, war aber politisch lediglich eine logische Folge, denn Napoleon mußte den verbündeten Fürsten die Stärkung ihrer eigenen Macht zugestehen, um sich selbst schlagkräftige Kampfgefährten zu sichern. Für Frankreichs Politik war es notwendig, den deutschen Reichskörper zu zersplittern und gleichzeitig die süddeutschen Fürsten als Puffer zwischen Österreich und Frankreich zu wissen.

Dieser Tagesbefehl hatte auf das staatsrechtliche Gebilde der Reichsritterschaft, ihre garantierten Rechte und ihre Stellung zu Kaiser und Reich keinerlei juristischen Einfluß. Es ist wohl ernstlich nicht zu bestreiten, daß der Tagesbefehl lediglich eine Anordnung an die französischen Kommandanten war, die Akte der Kurfürsten zu unterstützen, konnte jedoch als solche keinerlei Rechts-

1) GLA, Abt. 48/5806.

grundlage für die vorläufige Inbesitznahme bilden. Das Vorgehen der Kurfürsten gegen die Reichsritterschaft wurde dadurch nicht gerechtfertigt. Dies wird auch deutlich im Schreiben Napoleons vom 4.1.1806 an Karl Friedrich von Baden¹⁾, in dem Napoleon ausführt, "mon intention est de mettre le plus promptement possible S.A. en possession de tous les pays, qui lui reviennent je vais nommer un commissaire pour s'entendre avec celui.. Mais des aujourd'hui S.A. peut ordonné à ses ministres de prendre tous les renseignements et les mesures convenables pour préparer l'établissement de votre gouvernement ... je croisais utile d'établir un petit congrès à Munic le plus secrètement possible pour convenir ... 2^o d'établir les limites des trois Etats ... 4^o pour régler une mode uniforme pour assurer l'existence des chevaliers de l'ordre teutoniques et autres individus dépouillés par l'effet du traité." D.h., es wurde lediglich eine Unterstützung zugesagt und gleichzeitig wegen der Streitigkeiten der Fürsten untereinander die Notwendigkeit eines "Mediatkongresses", der in München tagen sollte, erkannt.

Diese Kriegsmaßnahme gegen den Adel wurde auch vom nachfolgenden Preßburger Frieden²⁾, der nach der von Napoleon gegen Österreich und Rußland gewonnenen Schlacht bei Austerlitz geschlossen wurde, nicht in den Bestimmungen aufgenommen und muß daher als nicht fortbestehend betrachtet werden. Im Gegenteil kann gerade aus den Bestimmungen des Friedens vom 26.12.1805 hergeleitet werden, daß der rechtliche und tatsächliche Fortbestand der Ritterschaft unangetastet bleiben sollte. Das folgt insbesondere aus den Artikeln 8 und 11, in denen die drei Fürstenhäuser in die Rechte des deutschen Kaisers eingewiesen wurden. Damit ist gleichzeitig bestimmt, daß die Rechte und Pflichten der Ritterschaft

1) GLA 48, 5498, Akten Staatserwerb.

2) Zeumer, aaO, Nr. 213.

in ihrem bisherigen Umfang bestehen bleiben sollten, jedenfalls nach dem Wortlaut der Bestimmungen¹⁾²⁾. Diese Interpretation widerspricht aber den Intentionen Napoleons und den Bestrebungen der Fürstenhäuser, denen nach Artikel 14 des Friedens die volle Souveränität und alle Rechte, die ihnen von französischer Seite garantiert waren, zugebilligt wurde.

So nahm die vorläufige Inbesitznahme ihren Fortgang, zumal sich der Einfluß Frankreichs auf die Geschicke des Deutschen Reiches nach der Schlacht bei Austerlitz noch mehr gesteigert hatte und die süddeutschen Fürsten darauf bedacht waren, ihren Länderzuwachs zu steigern. Schon in den Wochen vor dem Sieg der französischen Waffen bei Austerlitz hat Friedrich von Württemberg als erster der süddeutschen Fürsten die Besitzungen der Reichsritterschaft, des Deutsch- und Johanniterordens an sich gerissen und suchte innerhalb und außerhalb der Landesgrenze selbst gegenüber seinen bayrischen und badischen Nachbarn zu erreichen, was nur immer zu erreichen war.³⁾

Sofort nach der Schlacht von Austerlitz setzte sich Graf Normann mit Talleyrand in Verbindung und suchte das Gebiet Württembergs zu vergrößern, erst durch das Eingreifen der Bevollmächtigten der anderen Höfe konnte dem ein Riegel vorgeschoben werden. Dennoch konnte Württemberg erreichen, daß der Anteil an der Länderbeute etwas größer war als der badische. Reitzenstein

1) Art. 8: Les principautés, Seignieuries Domaines, et territoires susdites seront possédés respectivement par leurs Majestés, les Rois de Baviere et de Wurtemberg, et par S.A.S. l'Electeur de Baade, soit en Souveraineté soit en tout propriété et Souveraineté de la même manière, aux mêmes Titres, Droits et praerogatives, que les possedaient S.M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche ou les Princes de S. Maison et mon autrement.

2) Art. 11: Ainsi de la même manière, qu'en jouissent Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et sa Majesté le Roi de Prusse sur leurs Etats Allemands.

3) Karl Theodor von Heigel, Deutsche Geschichte 1786-1806, Stuttgarter Staatsarchiv 1911, II, S. 603 ff.

errechnete, daß die Württemberger 147 000 neue Einwohner gegenüber 140 000 neue Einwohner Badens erreichen konnten.¹⁾ Eine Zwischenlösung konnte im Brunner Vertrag vom 11.12.1805 erreicht werden, wonach Württemberg den größten Teil der reichsritterschaftlichen Besitzungen erhalten sollte.

Wie bereits aufgezeigt, war die Inbesitznahme der ritterschaftlichen Gebiete mit Schwierigkeiten durch die benachbarten Fürsten verbunden. Diese sollten nach dem Willen Napoleons auf dem Münchner Mediatskongreß beigelegt werden. Das Einschreiten Frankreichs war unumgänglich geworden, nachdem u.a. die Kraichgauggebiete zwischen Württemberg und Baden sehr umstritten waren. Ein Notenwechsel zwischen beiden Höfen²⁾ konnte über die Zugehörigkeit keine Einigkeit bringen. Im Februar begannen die Verhandlungen, bei denen der französische Gesandte Otto die Territorialstreitigkeiten regeln sollte. Württemberg sabotierte nach anfänglich gutem Verlauf³⁾ die Verhandlungen und versuchte ohne französische Vermittlungen durch Sonderverhandlungen mit dem badischen und bayrischen Hofe die Konflikte zu lösen. Im März glaubte man am Ziel zu sein, nachdem von Otto ein Entwurf einer Konvention ausgearbeitet war⁴⁾, aber die württembergischen Ansprüche waren zu hoch⁵⁾, um eine endgültige Regelung in diesen Tagen zu gestatten, so daß sogar französisches Militär in die umstrittenen Gebiete einmarschieren mußte⁶⁾. Von den gemmingschen

1) Obser, Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden, Bd. 5, S. 430.

2) GLA 48, 5498, Schreiben des württembergischen Ministers Wintzigerode an den badischen Minister Edelsheim, in dem gefordert wird, daß Baden keine württembergische Patente entferne. Darauf Beschluß und Antwort des Geheimen Rathes (Protokoll vom 1.2.1806), daß der Kraichgau zu Baden gehöre.

3) GLA 48, 5500, Berichte der Geheimen Referendarien Hofer und Maler aus München, Bericht Nr. 21.

4) GLA 48, 5500, Bericht vom 16.3.1806.

5) GLA 48, 5500, Bericht Nr. 31.

6) GLA 48, 5511, Akten Staatserwerb und 48, 5807 Geheimrats-Protokoll vom 10.2.1806, in dem man beschloß, wegen der Übergriffe Württembergs bei Berthier vorstellig zu werden und um Besetzung der betreffenden Orte zu bitten.

Gebieten wurde Steinsfeld, Adelshofen, Ittlingen, Michelfeld, Hoffenheim, Adersbach, Grumbach, Dreschklingen, Hüffenhard, Fürfeld, Bonfeld und Gemmingen besetzt. Eine endgültige Lösung der Probleme wurde erst im Gefolge der Bestimmungen der Rheinbundsakte durch den zwischen den benachbarten Fürsten Württembergs und Badens abgeschlossenen Staatsvertrag vom 13.11.1806 gefunden.

4. Die Rheinbundsakte und ihre Folgen

Durch den Reichsdeputationshauptschluß traten die gliedstaatlichen Interessen immer stärker in den Vordergrund, während der Reichsgedanke zurückgedrängt wurde¹⁾. Die beiden noch verbliebenen deutschen Großmächte Österreich und Preußen konnten nicht eine wahrhaft nationale Politik garantieren, die übrigen, kleineren Mächte bedurften aber einer Schutzmacht, die ihren staatlichen Bestand sicherstellte. Im deutschen Bereich kam für eine hegemonielle Stellung niemand in Betracht, so daß es nicht ausbleiben konnte, daß sie sich Frankreich anschlossen und damit war das Ziel des westlichen Nachbarn, Deutschland in drei Gruppen, Österreich, Preußen und das "übrige Deutschland" zu spalten, erreicht. Diese Teile hielten sich starkemäßig die Waage²⁾. Nachdem für die Vormachtstellung Frankreichs die Weichen im Reichsdeputationshauptschluß gestellt wurden, folgte mit der Verleihung voller staatlicher Souveränität im Preßburger Frieden vom 26.12.1805³⁾ an die süddeutschen

1) Hömig, aaO, S. 16.

2) Schnabel, aaO, S. 143.

3) Art. XIV: Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg et Son Altesse Sérénissime l'Electeur de Bade jouiront, sur les territoires à Eux cédés, somme aussi sur Leurs ancien états, de la plénitude de la souveraineté et de tous les droits qui en dérivent et qui Leur ont été garantis par sa Majesté l'Empereur de Français, Roi d'Italie, ainsi et de la même manière qu'en jouissent Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et Sa Majesté le Roi de Prusse sur Leurs états allemands. Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, soit comme Chef de l'Empire, soit comme Co-Etat, s'engage à ne mettre aucun obstacle à l'exécution des actes qu'ils auraient faits ou pourraient faire en conséquence.

Territorialfürsten der zweite Schritt. Der Abschluß des Rheinbundes am 12.7.1806 und der in Art. 1 erklärte Austritt der Rheinbundsfürsten aus dem Reichsverband, den sie am 1. August dem alten deutschen Reichstag anzeigten, war nur eine logische Folge der bestehenden Machtverhältnisse und dem Zerfallsprozeß des alten Reiches¹⁾.

Durch die Rheinbundakte wurde den 16 süddeutschen Fürsten die volle unbeschränkte Souveränität garantiert. Die Fürsten stützten sich nun darauf, daß durch den Luneviller Frieden und den darauf erfolgten Reichsdeputationshauptschluß, durch den Preßburger Frieden und letztlich durch die Rheinbundakte die Fürstentümer, Graf- und Herrschaften zu einem "untheilbaren, souveränen Staate"²⁾ vereinigt worden seien. Demnach standen nun die ehemals reichsfreien Orte und Besitzungen unter der Oberhoheit des Großherzogs, der noch mehrere Regelungen hierüber treffen wollte. Die Rheinbundakte unterwarf somit die ehemals unmittelbare Reichsritterschaft dem Großherzogtum. Den Abschluß der Besitzergreifung und vorläufigen Verwaltung in den Ritterorten bildete die landesherrliche Verordnung vom 25.11.1806³⁾, die nunmehr effektiv feststellte, welche Ritterorte der badischen Hoheit unterstanden. Nachdem die provisorische Inbesitznahme am 24.9.1806 abgeschlossen war und die endgültige am 18.11.1806 erfolgte, wurde nun bekanntgegeben, um welche Ortschaften es sich handelte. Hier wird auch die Einteilung in Provinzen deutlich:

Zur Provinz der Pfalzgrafschaft gehörten folgende Gemmingische Gebiete:

Rechts des Neckars: Neckarzimmern samt Steinbach, Hornberg und Stockbronner Hof, Leibenstatt und Tollnay's Hof sowie Widdern zu 100:512.

1) Haebler, aaO, S. 73.

2) Regierungsblatt des Großherzogtums Baden vom 12.8. 1806 Nr. 18.

3) Regierungsblatt des Großherzogtums Baden vom 25.11. 1806 Nr. 29.

Links des Neckars die zum Kanton Kraichgau und zum Teil zum Odenwald gehörenden Orte der Gemmingen: Michelfeld, Hoffenheim, Babstatt, Wollenberg, Guttenberg, Mühlbach, Rauhof, Dreschklingen, Kälbertshausen, Kohlhof, Adersbach, Rappenu, Hüffenhardt, Martins-hof sowie das teilweise den Freiherrn von Gemmingen und dem Grafen Neipperg gehörige Gemmingen.

Zur Provinz der Markgrafschaft gehörten die Neckar-Schwarzwaldischen Orte der Freiherrn von Gemmingen im Hagenschieß: Steinegg, Neuhausen, Hohenwart, Hamberg, Schellbrunn, Tiefenbronn, Mühlhausen, Lehnigen.

In der landesherrlichen Verordnung behielt sich die Krone vor, über die Organisation der Ortsgerichtsbarkeit in ihrer Zuteilung zu exekutiven Bezirken das nähere zu regeln, provisorisch wurde u.a. verordnet, daß

die Huldigung dem Großherzog abzulegen ist,

in Kirchensachen allein das betreffende Kirchenkollegium der Provinz, jedoch unbeschadet des Patronatsrechts zuständig ist,

in Justizsachen es wie bisher bleiben soll, daß nämlich die Appellation gegen Entscheidungen an das Hofgericht geht und die Rechtssachen gegen die Ortsherren, die bisher beim Ritterdirektorium anhängig gemacht werden mußten, nun an das Provinzhofgericht zu richten seien, daß anstelle der Zuständigkeit des Reichsgerichts nun die Zuständigkeit des Oberhofgerichts Bruchsal gegeben und daß letztlich in Steuer-sachen provisorisch die Kantonshauptleute zuständig seien.

Vorangegangen war der endgültigen Besitznahme der ritterschaftlichen Gebiete der Ausgleich mit Württemberg, der unter dem Eindruck der Rheinbundsakte zustande ge-

kommen war. Art. 25 der Rheinbundsakte¹⁾ wies den souveränen Fürsten die reichsritterschaftlichen Territorien zu und bestimmte gleichzeitig die Zugehörigkeit umstrittener Gebiete²⁾. Doch die praktische Durchführung der Verteilung gestaltete sich sehr schwierig, so daß Frankreich einschreiten mußte, um Feindseligkeiten zwischen seinen Verbündeten vorzubeugen. Gerade die gemmingschen Gebiete wurden zum Zankapfel zwischen Württemberg und Baden. Der französische Spezialkommissar Pillet stellte am 24.9.1806 in Miltenberg einen Teilungsplan³⁾ auf, der diese Gebiete der badischen Oberhoheit unterstellen wollte, eine Teilung durch praktisch im Vertrag zwischen den beiden Staaten am 13.11.1806 bestätigt wurde. Lediglich im Kanton Kraichgau wurde Fürfeld und Bonfeld und im Kanton Odenwald Widdern, Bürg mit Presteneck und Lobenbach der württembergischen Krone zuerkannt. Bis zum Abschluß des Vertrages mußte ein mühsamer Weg zurückgelegt werden. Noch im Oktober 1806 wollte Württemberg die Besitzpatente in Adelshofen, Ittlingen und Dammhof erneuern⁴⁾, im November versuchte der württembergische Unterhändler Graf Taube seinem Herrn Gemmingen und Heimsheim zu sichern⁵⁾. Letztlich kam es aber zu der Einigung im Vertrag.

Die Okkupationsberichte der badischen Kommissare läßt die Machtfülle der Freiherrn von Gemmingen erkennen. Die Berichte von Dawens⁶⁾ und Holzmanns⁷⁾ befassen sich mit dem Verzeichnis der Güter und Einkommen der gemminischen Besitzungen:

-
- 1) Zeumer, aaO, Nr. 214: "Chacun des Rois et Princes confédérés possédera en toute souveraineté les terres équestres enclavées dans Ses possessions."
 - 2) Zeumer, aaO, Nr. 214: "...elles (territoires) seront partagées quant à la souveraineté entre les deux États ..."
 - 3) GLA 48, 5811 Akten Staatserwerb, Geheim-Raths Protokoll Nr. 548.
 - 4) GLA 48, 5781 Akten Staatserwerb, Bericht des Amtmanns Schütz des Stabsamtes Eppingen vom 7.10.1806.
 - 5) GLA 48, 5812 Akten Staatserwerb, Schreiben Minister Graf Taube's vom 12.11.1806 (Geheim-Raths Protokoll Nr. 647).
 - 6) GLA 48, 5816-17, Akten Staatserwerb, Bericht vom 26.12.1806.
 - 7) GLA 48, 5800, Akten Staatserwerb, Bericht vom 12.8.1806.

Adersbach mit Rauhof	496 Einwohner	172,23 fl
Michelfeld	855 "	266,42 "
Babstatt	305 "	79,50 "
Treschklingen	285 "	129,34 "
Gemmingen	937 "	279,51 "
Ittlingen	917 "	473,46 "
Adelshofen, Dammhof	400 "	172,31 "
Hüffenhard	1100 "	269,47 "
Kälbertshausen	221 "	66,07 "
Grumbach	671 "	196,23 "
Mühlbach mit Guttenberg u. Martinshof	210 "	26,3 "
Hoffenheim	1190 "	1040,- "
Neckarzimmern mit Hornberg, Steinbach	440 "	624,- "
Schellbronn	215 "	
Tiefenbronn	696 "	
Steinegg	242 "	
Mühlhausen	454 "	
Bürg u. Presteneck		455,- "
Widdern		739,22 "
Leibenstatt		273,- "
Neckarzimmern		624,- "
Mayenfels		845,- "

Gleich nach der endgültigen Inbesitznahme suchte die badische Regierung die Ritterschaft im Jahre 1806 zur Unterwerfung auf mehr oder weniger freiwilliger Basis zu bewegen, um einen Rechtstitel in Händen zu haben und die vom Adel zu erwartenden Beschwerden und Gegenvorstellungen unter Hinweis auf diesen Titel zu entkräften. Aus diesem Grunde wurde den jetzigen Grundherren ein Revers zugeleitet, den diese unterschrieben und beglaubigt wieder zurückreichen sollten.

Diese Erklärung¹⁾ hatte folgenden Inhalt:

"Ich Unterzeichneter entsage hiermit allen den auf mir gehabten Pflichten sowohl gegen die vormalige Reichsritterschaft als auch gegen jede auswärtige Macht und

1) GLA 48, 941, Akten Staatserwerb.

gelobe und verspreche Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Baden für meinen alleinigen Regenten zu erkennen und die Pflichten eines getreuen Untertans gegen Höchstdieselben immer getreulich zu erfüllen, sofort allem, was von Höchstdieselbem verordnet wird, gewissenhaft zu geloben wie auch solches vor Gott dem Allmächtigen auch des regierenden Herrn Großherzogs Königliche Hoheit zu verantworten, ... mit ausdrücklicher Übernehmung alles Schadensersatzes und Unterwerfung unter alle in weltlichen Rechten auf den Meineid gesetzten Strafen für den Fall, wenn ich dieser meiner Zusage wissentlich nicht nachkommen würde."

Hätte die Ritterschaft diesen Revers unterschrieben, wäre der Großherzog in der Lage gewesen, jeden gegen die Entziehung seiner Rechte aufbegehrenden Adligen zumindest auf legale, wenngleich nicht legitime Weise, ins Unrecht zu setzen und zu bestrafen. Die meisten Ritter unterschrieben aber nicht, so daß eine lange Zeit der Auseinandersetzung bevorstand, die gesetzlich erst durch die Grundherrlichkeitsedikte beigelegt werden konnte.

5. Die Niederlegung der Kaiserkrone durch Franz II.
am 6.8.1806

Die letzte Hoffnung der Ritterschaft auf Bestand ihrer Rechte und einer Wendung zum Guten wurde zerstört, als Kaiser Franz II. sich nicht mehr länger in der Lage sah, den Reichsverband aufrechtzuerhalten. Der Austritt der 16 süddeutschen Fürsten aus dem Reichsverband und die immer weiter schwindende Macht des Kaisers, der auch an Preußen keinen Rückhalt hatte¹⁾, führte schließlich zur Erklärung Kaiser Franz II. über die Niederlegung der deutschen Kaiserkrone am 6.8.1806²⁾. Der Kaiser begründet in dieser Erklärung die Niederlegung der deutschen Kaiserkrone damit, daß insbesondere die Fol-

1) Schreckenstein, aaO, II, S. 487.

2) Zeumer, aaO, Nr. 217.

gen der Artikel des Pressburger Friedens ihn zur Überzeugung gebracht hätten, "daß es unter den eingetretenen Umständen unmöglich seyn werde, die durch den Wahlvertrag (von 1792) eingegangenen Verpflichtungen ferner zu erfüllen; und wenn noch der Fall übrig blieb, daß sich nach fördersamer Beseitigung eingetretener politischer Verwickelungen ein veränderter Stand ergeben dürfte, so hat die gleichwohl am 12. Julius zu Paris unterzeichnete und seitdem von den betreffenden Theilen genehmigte Übereinkunft mehrerer vorzüglicher Stände zu ihrer gänzlichen Trennung von dem Reiche und ihrer Vereinigung zu einer besondern Konföderation, die gehegte Erwartung vollends vernichtet." Er sei daher der Auffassung, daß er die Pflichten des kaiserlichen Amtes nicht länger erfüllen könne und müsse deshalb schon wegen seiner Würde auf die Krone verzichten. Er erklärte deshalb das Band, das ihn bis jetzt an das deutsche Reich gebunden hatte, für gelöst. Wesentlich ist der letzte Absatz der Erklärung, wonach er "zugleich Churfürsten, Fürsten und Stände und alle Reichsangehörigen, insbesondere auch die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte und die übrige Reichsdienerschaft, von ihren Pflichten, womit sie an Uns, als das gesetzliche Oberhaupt des Reiches, durch die Constitution gebunden waren". Dieser Akt des Kaisers konnte an sich die Auflösung des Reiches nicht bewirken, denn staatsrechtlich besaß er keine Kompetenz, durch Verzicht auf Krone und Regierung den Untergang des Reiches herbeizuführen. Lediglich ein Souveränitätsakt des Trägers der höchsten Staatsgewalt in den für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Formen, also im Einvernehmen mit dem Reichstag als Vertretung der verbündeten Reichsstände hätte eine solche Auflösung hervorrufen können. Der Kaiser konnte nur für seine Person rechtswirksam die Abdankung aussprechen, er ging aber darüber hinaus, indem er das Reich als erloschen deklamierte. Staatsrechtlich liegt somit ein reichsverfassungswidriger Akt vor, der als solcher nichtig und für den Bestand

des Reiches unerheblich war. Dennoch wurde faktisch eine Auflösung herbeigeführt.¹⁾

6. Das Schicksal der gemmingischen Besitzungen und die sogenannten "eigentümlichen" Rechte

Durch den Rheinbundvertrag waren zwar die Voraussetzungen für die volle Souveränität des jetzigen Großherzogs von Baden gegeben, die in der Rheinbundakte statuierten Souveränitätsrechte bezogen sich auf Gesetzgebung, die oberste Gerichtsbarkeit, die hohe Polizei, die Aushebung und die Besteuerung²⁾. Das Eigentum in ihren Besitzungen und Gütern war den Freiherrn von Gemmingen verblieben, ebenso alle Eigentumsrechte. Im Laufe der Zeit erwies sich jedoch, daß die Bestimmungen der Rheinbundakte nicht genaue Regeln gaben, so daß die Notwendigkeit einer Adelsgesetzgebung in erhöhtem Maße bestand. Man hielt dabei die bayrische Deklaration vom März 1807, die als erste genauer die Rechte der mediatisierten Fürsten, Grafen und Herren regelte:³⁾ Baden sollte der zweite Staat sein, der die Regelung dieser Verhältnisse in die Hand nahm. Für die Folgezeit kann man jedoch jetzt schon eines sagen, daß ein Mediatisierter nämlich überall nichts anderes als ein Untertan war. Gleich nach Abschluß des Rheinbundes hatten in Paris vorläufige Besprechungen über das Los der Mediatisierten zwischen Reitzenstein und dem Bevollmächtigten der Stuttgarter und Darmstädter Höfe stattgefunden, die aber zu keiner Vereinbarung führten. Württemberg hatte von vornherein die Absicht, schärfer gegen den Adel vorzugehen, dagegen waren sich Reitzenstein und Marschall einig, daß der Staat den Adel als "reiche, hochgeachte-

1) Huber, Ernst Rudolf, aaO, S. 71.

2) Hoff, Johann Friedrich, Die Mediatisierten-Frage in den Jahren 1813-1815 (Dissertation), Berlin und Leipzig 1913, S. 2.

3) Deklaration vom März 1807, die Bestimmung der künftigen Verhältnisse der königlichen Souveränität unterworfenen Fürsten, Grafen und Herren zu den verschiedenen Zweigen der Staatsgewalt, betreffend königlich bayrisches Regierungsblatt, 13. Stück vom 28.3.1807, S. 465-490.

te Rentner" behandeln sollte und sie mit einigen Ehrenrechten am besten abgefunden wären.¹⁾ Die Stellung als Rentner sollte dem Adel zwar hoheitliche Rechte entziehen, sie aber im wesentlichen in den eigentümlichen Rechten belassen. Im Jahre 1806 ist daher keinerlei Eingriff in die Angaben, Frondienste usw., die von den ehemaligen Untertanen an die Grundherren zu leisten waren, festzustellen. Nach Art. 27 der Rheinbundakte wurde ihnen vielmehr der Besitz ihrer Herrschaft in der Eigenschaft von Patrimonial- und Privatgütern sowie alle ihre grundherrlichen und lehensrechtlichen Befugnisse, wie niedere Gerichtsbarkeit, Forstgerichtsbarkeit und Forstpolizei, Jagd, Fischerei, Zehnten und Feudalabgaben, das Patronatsrecht und alle hieraus fließenden Renten zugesichert. Diese Bestimmung galt zwar in erster Linie für die mediatisierten Fürsten und Grafen, während die Rheinbundakte für die Mitglieder der Reichsritterschaft keine ähnlichen Begünstigungen in die Rheinbundakte aufgenommen hatten, jedoch wurde die Handhabung dieser Bestimmungen auf beide Adelsstufen gleichmäßig angewendet. Diese Meinung trifft auch in etwa auf die Zustimmung der reichsritterschaftlichen Mitglieder selbst, die den neuen Souverän in der Stellung des Kaisers sahen, d.h. insoweit nur einen Wechsel in der Person ihres obersten Herrn eingetreten sahen.

Dies wird auch aus den vorläufigen Okkupationsberichten deutlich. Es sei hier nur noch einmal auf das Schreiben der Württembergischen Staatskellerei in Heimsheim vom 1.12.1805²⁾ verwiesen, in dem ausdrücklich festgestellt wird, daß mit der Inbesitznahme nicht die Rechte der Freiherren in irgend einer Weise beeinträchtigt werden sollten, sondern lediglich die Inanspruchnahme der Hoheitsrechte damit betroffen ist. Diese Einstellung änderte sich auch nicht nach der endgültigen Inbesitznahme.

1) Andreas, Willy, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802-1818, Bd. 1, S. 175.

2) GLA 48, 5502, Akten Staatserwerb.

II. Das Vorgehen Karl Friedrichs von Baden gegen die Reichsritterschaft

1. Karl Friedrichs mildes Vorgehen unter dem Einfluß Brauers

Durch die Anerkennung der vollen Souveränität des badischen Herrschers durch die Rheinbundakte war der jetzige Großherzog von Baden vor die Aufgabe gestellt, das Werk territorialen Aufbaus in Baden, das mit dem Reichsdeputationshauptschluß bereits begonnen hatte, zu vollenden. Die Mediatisierung der Adligen ist die letzte große Etappe des badischen Vormarsches zum souveränen Staat¹⁾. Stieß die Annektierung des ansehnlichen Länderzuwachses auch nicht auf allzu große Schwierigkeiten, so mußte jetzt eine endgültige Organisation des Staates durchgeführt werden. Diese organisatorische Aufgabe wurde von Geheimrat Brauer, der das besondere Vertrauen Karl Friedrichs von Baden besaß, bewältigt²⁾. Er war schon, worauf bei den Ausführungen über die vorläufige Inbesitznahme der reichsritterschaftlichen Güter hingewiesen wurde, vor der endgültigen Besitzergreifung von Karl Friedrich beauftragt worden, die entsprechenden Vorschriften auszuarbeiten³⁾. Auf ihn ist auch die in der landesherrlichen Verordnung vom 25.11.1806 vorgenommene Einteilung in Provinzen zurückzuführen. Die straffe Einteilung in Provinzen, die durch Kommissionen leicht zusammengehalten und beaufsichtigt werden konnten, ist ein Grund dafür, daß es im Jahre 1806-1807 zu keinem Aufruhr kam. Insoweit beeinflusste Brauer die Krone günstig für die ehemalige Reichsritterschaft, die sich ihrerseits zurückhielt und dadurch keinen Anlaß zu schärferen Maßnahmen des badischen Hauses gab.

-
- 1) Haebler, Rolf Gustav, Badische Geschichte 1789-1818, ein Staat wird aufgebaut, Baden-Baden 1947, S. 73 ff.
 - 2) Andreas, Willy, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802-1818, S. 38 ff.
 - 3) Andreas, Willy, Friedrich Brauer und die Entstehung des ersten badischen Organisationsediktes vom 4.2. 1803, in: ZGQRh, NF. 24, S. 628 ff.

Auch die Ämterorganisation ist das Werk Brauers. Er ließ sich von dem Vorbild der Nachbarn, z.B. Hessen, anregen und schuf Oberämter und Unterämter, um die Geschäfte besser besorgen zu können. Da diese Ämter eine relativ straffe Durchführung der landesherrlichen Verordnungen garantieren konnten und auf der anderen Seite der Großherzog peinlich darauf bedacht war, das Privateigentum nicht anzutasten, hat die Entziehung der Hoheitsrechte für die Reichsritterschaft keine allzu gravierenden Begriffe geschaffen.

Unter dem Einfluß dieser Organisation entschloß sich Karl Friedrich, einstweilen den Besitz der Patrimonialjustiz nicht anzutasten, diese hatten dieselben Rechte, wie sie hergebracht waren.

Im Gegensatz zu Württemberg hatte der badische Adel keine harte Hand zu spüren, dies ist letztlich auf die Organisationsedikte des Geheimrats Brauer zurückzuführen, der die Grundlage zum Funktionieren des Staates geschaffen hatte. Auf Brauer gehen alle milden Bestimmungen im 3. Konstitutionsedikt¹⁾, wäre es nach Marschall gegangen, hätte man den Standesherrn keine Einflußnahme auf die Verwaltung eingeräumt, sondern ihnen lediglich die Präsentation einiger Räte zu den großherzoglichen Gerichten gegeben. Ausgehend von dem Grundgedanken Brauers, durch Milde den Adel an das Großherzogtum zu fesseln, blieben den Grundherren verschiedene Verwaltungsaufgaben, oft unter der Oberhoheit der großherzoglichen Behörden. Dies sollte sich erst auf Drängen Reitzensteins, den man als den Begründer des badischen Staates bezeichnet, ändern.

2. Verhandlungen mit der Ritterschaft und deren Vorstellungen über die Art der Regelung ihrer zukünftigen Stellung

Die ehemaligen unmittelbaren Reichsritter sahen, wie bereits erwähnt, den Großherzog nur als effektiven Nach-

1) Regierungsblatt des Großherzogtums Baden vom 25.8. 1807, Nr. 29.

folger in die Stellung des bisherigen Reichsoberhauptes an. Daraus erklärt sich ihre Einstellung, daß man ihnen auf der einen Seite die Rechte nicht ohne wichtige Gründe entziehen durfte, zum anderen, daß die in den Wahlkapitulationen der letzten Kaiser gegebenen Versprechungen an die Reichsritterschaft nun auch vom Großherzog eingehalten werden müssen. Dies folgert die Ritterschaft¹⁾ mit Hinweis darauf, daß die deutschen Fürsten und der unmittelbare Reichsadel die gleiche Stellung vom Ursprung des Adels her eingenommen hätten (§ 7 der Druckschrift) und außerdem in den kaiserlichen Wahlkapitulationen der unmittelbaren freien Reichsritterschaft der Landeshoheit analoge Rechte zugestanden wurden (§ 25 der Druckschrift). Als weiteren Beweis stellt die Ritterschaft auf die Bestimmungen des Westfälischen Friedens ab, wonach die Reichsritterschaft mit Rücksicht auf ihre Güter hinsichtlich der Landeshoheit den fürstlichen Nachbarn gleichzustellen sei (§ 30 der Druckschrift). Unter diesem Aspekt betrachtete man auch das Vorgehen Karl Friedrichs, der den Grundherren zunächst die voraussichtlichen Grundzüge der künftigen Konstitution eröffnete. Diese Meinung der ehemals immediaten Ritterschaft täuschte jedoch, denn Karl Friedrich hatte auf Drängen Reitzensteins, der die französischen Absichten sehr genau kannte, schon beschlossen, der Reichsritterschaft keine Fortdauer ihres staatsrechtlichen Verbandes zu gewähren (Großherzogliche Resolutionen vom 27.9., 21.10., 13.12.1806 und 12.2.1807).

Nach Bayern war Baden somit das zweite Land, das die unausweichliche Aufgabe der Regelung der Rechte des im Lande ansässigen Adels in Angriff nahm.

Das Vorgehen Karl Friedrichs in dieser Phase der ungeklärten Verhältnisse war auf der einen Seite gekennzeichnet durch eine seltene Milde gegen die Reichsrit-

1) GLA 69 1, A 973, Druckschriften, staatsrechtliche Verhältnisse der unmittelbaren adeligen Gutsbesitzer in Franken, Schwaben und am Rheine 1804.

ter und die Fürsten, seinen Standesgenossen, auf der anderen Seite suchte er natürlich die Souveränitätsrechte eines selbständigen, unabhängigen Staates zu dokumentieren und festzulegen. Beredtes Zeugnis davon gibt der Entwurf des 4. Konstitutionsedikts vom 12.2.1807¹⁾, das dem Adel zugeleitet wurde in dem Bemühen, eine gerechte und beiden Teilen angemessene Lösung zu finden. Zunächst wird in diesem Entwurf festgestellt, daß jetzt kein Unterschied zwischen dem bisherigen, dem Hause Baden lehenspflichtige Adligen und dem bisherigen Immediatsadel mehr bestehen könne. Es sei äußerst unbillig und der Herrscher "würde auch selbst gegen die Wohlfahrt des Staates handeln, wenn ... die mancherley Verschiedenheiten, welche als Folgen der alten Feudalverfassung in den einzelnen Grundherrschaften Unserer alten Landen bestehen und die daraus entstehende Minderung der Wirksamkeit der Staatsgewalt fortdauern oder durch Übertragung gleicher Anomalien auf die neu erlangte Grundherrschaften noch gar erweitern wollten". Wesentlich war für die Neuregelung der Rechte des nun landsässigen Adels, daß die alten Reichsgesetze aufgehoben oder zumindest außer Kraft gesetzt waren, denn das alte Reich bestand nicht mehr. Jetzt war die Krone in die Lage versetzt, alles neu zu regeln und ungerechtfertigte Ungleichheiten, insbesondere zwischen bisher landsässigem und immediatem Adel anzuschaffen. Vorgegebene Rechte konnten aufgrund der neuen Lage nicht als fortbestehend angesehen werden. Ziel des Großherzogs war in erster Linie, Reibereien zu vermeiden, die unweigerlich durch die ungleiche Behandlung entstehen würden. Deshalb sollte beiden Arten der Ritterschaft eine gleichförmige Verfassung gegeben werden, die sie im Hinblick auf die "Würde und Annehmlichkeit, welche diese angesehene Klasse der Staatsbürger mit Recht in Unserem Staat zu finden wünschet", über die anderen Staatsbürger erheben sollte.

1) GLA 69 k, A 1496, Entwurf des 4. Konstitutionsedikts vom 12.2.1807.

Schon aus der Einleitung des Entwurfs des Konstitutionsedikts, in dem von der "Vernichtung aller Reichsgesetze" gesprochen wird, ergibt sich eindeutig der Wille der Krone, der Ritterschaft ein Festhalten an "althergebrachten" Rechten unmöglich zu machen, denn gerade diese Rechte, verbunden mit dem teilweise sehr großen Besitz einzelner Ritter, stellten eine ernste Gefahr für den Bestand des neuen Staatsgebildes und den Funktionen der Staatsgewalt dar. Ein Zusammenschluß der Ritterschaft, ein einiges kriegerisches Vorgehen der Ritterschaft unter Leitung ihrer Organisation und ihres Bundes hätte katastrophale Folgen gezeitigt. Einen weiteren kühnen Schritt wagte Carl Friedrich mit der Gleichstellung des mediaten mit dem immediaten Adel. Dies ergibt sich einmal aus der verschiedenartigen Herkunft, die Mitglieder des mediaten Adels stammten zum großen Teil aus den Ministerialen, zum andern aus der verschiedenen wirtschaftlichen Macht.

Doch wenden wir uns wieder den Grundlagen des Ediktentwurfes zu:

I. Hinsichtlich der persönlichen Verhältnisse wurde verfügt, daß

- 1) "alle Ritter sowohl hinsichtlich ihrer persönlichen als auch ihrer Gutsverhältnisse kanzleisässig werden und allein unter den Provinzdirektoren und -Gerichten stehen;
- 2) ihnen das Recht unbenommen bleibt, Güter in Baden und anderen ausländischen Staaten zu besitzen, sofern diese Staaten nicht "in widrigem Verhältnis" zu den Rheinbundstaaten stehen. Sie können sich nach Belieben in badischen oder ausländischen Staaten aufhalten (Recht der Freizügigkeit).
- 3) Das gleiche gilt für die Dienstaufnahme.
- 4) alle Mitglieder der Familie das Recht behielten auf eine eigene Uniform. Die Familienhäupter durften eigene Orden tragen.

- 5) sie die Autonomie in Familien- und Erbangelegenheiten, soweit es mit dem Allgemeinwohl verträglich ist, behalten sollten;
- 6) im übrigen die Ritter, soweit nicht besondere Gnadenerweise erfolgen, allen Landesgesetzen ebenso wie die anderen Staatsbürger unterworfen sind;
- 7) sie nicht irgendeine gesellschaftliche Verbindung eingehen oder fortführen dürften, die sie "als Adelspersonen auszeichnend zusammenfassen und einen gegen Staat oder andere Classen gerichteten Körperschaftsgeist wecken oder unterhalten könnten."

Diese Einschränkung mußte die Ritterschaft sehr hart treffen, denn nachdem ihr Schirmherr, der Kaiser, nicht mehr existierte und sie auf keine Hilfe hoffen konnten, sollte ihnen nun noch der letzte Rückhalt ihrer Organisation genommen werden. Das Ziel des Großherzogs war evident, die Erreichung der Zersplitterung reichsritterschaftlicher Macht zum Wohle des Staates, zur Vermeidung machtvollen Widerstandes des ehemals reichsunmittelbaren Adels.

- 8) sie zu persönlichen unentgeltlichen Dienstleistungen oder persönlichen direkten Steuern und Abgaben nicht und zu Vermögensabgaben nur dann herangezogen werden sollen, wenn dieses Besteuerungsmittel für das ganze Großherzogtum und alle Untertanen in Anwendung kommt - eine Bestimmung, die für den Großherzog viele Möglichkeiten offen ließ -, außerdem wurde Zollfreiheit zugesagt.

II. Hinsichtlich des Güterstandes wurde vorgesehen, daß

- 9) das bisher bestehende Verbot des Güterverkaufs aufgehoben werden sollte - auch hier wieder die geheime Absicht der Krone, den Grundherren den Verkauf zu ermöglichen, um sie dann geschwächt zu sehen;

- 10) sie keine Immunität hinsichtlich der Jurisdiktion, ordentlichen und außerordentlichen Steuern, Quartierlasten und allen andern Staatspflichten genießen sollten;
- 11) somit alle alten und neuen Liegenschaften besteuert werden müssen,
- 12) außer dem Edelhof mit dem dazu gehörigen Hof, Hofreite und Lustgarten.

Die Besteuerung mußte die Grundherren an ihrem Lebensnerv treffen, denn aus ihren Gütern konnten sie ihre politischen Pläne und ihr ritterliches Leben finanzieren.

III. Die Rechte der Grundherrlichkeit sollten wie folgt geregelt werden:

- 13) Die Gerichtsbarkeit sollte dem Adel entzogen werden. Interessant ist die "offizielle" Begründung dieser Maßnahme: "wegen vieler Ursachen bekommen Ritter keine Gerichtsbarkeit in Streitsachen und höherer Strafgerechtigkeitspflege, da die jetzige Erfordernis einer guten Verwaltung der Einen und der Andern viel zu kostbar ist, als daß der Ertrag der Gerichtsbarkeit von wenigen einzelnen Ortschaften eine gute Besorgung derselben möglich ließe, und daher deren Belassung dem Wohl ihrer Grundangehörigen ebenso als auch ihrem eigenen Wohl entgegen wären, annebst eine Quelle von ewigen Kollisionen zwischen ihnen und den Obergerichten werden würde, und Wir werden also diese beiden Gattungen, die nur durch hinlänglich besoldete und wohlgelehrte Beamten mit Nutzen zu verwalten sind, sammt der von ihnen nicht wohl zu trennenden gerichtlichen Rechtspolizey (oder der Besorgung jener sonst so genannten Gegenstände der willkürlichen Gerichtsbarkeit, die mit der Instruierung der Prozesse in untrennbarem Zusammenhang stehen als Inventuren, Theilungen, nothwendigen, d.i. exekutionsweise

geschehenden Versteigerungen und anderen Hilfs-Vollstreckungen) an diejenigen Oberämter zu ziehen, welchen Wir ihre Orthe zuteilen."

- 14). Dagegen wurde den Grundherren belassen
- a) die Bürgerliche Strafgerechtigkeitspflege gemäß dem 8. Organisationsedikt von 1803 § 4,
 - b) die obrigkeitliche Rechtspolizei mit der Zuständigkeit für Testamente, Bestellung von Vormündern, Aufsicht über Pfluggesellschaften etc.,
 - c) das Pfändungs- und Betreibungsrecht ihrer Gefälle in den Grundherrschaften, soweit sie nicht durch Beschluß eines ordentlichen Richters strittig geworden sind,
 - d) die ganze Ortspolizei mit Ausnahme der Zuständigkeit für Straßen- und Flußbau, Schul-, Kirchen- und Sanitätspolizei.

Entzogen wurde das Steuerrecht und die regalia maiora wie Besatzungsrecht, Bergkonzessionserträge, Nutzungen der Privilegienverleihung u.a., da diese reine Staatsangelegenheiten seien. Die niederen Hoheitsrechte (regalia minora) wie Bannkeltern, Bannbacköfen etc. verblieben den Grundherren, ebenso die Bürger- und Judenschutzgelder, Herrenfrohnden, Gülten, Zinsen etc.

Zugestanden wurden den Grundherren auch das Patronatsrecht, das Zehntrecht, Bürgerabzugsrecht, Jagdrecht, Beförderung der Waldungen, Fischer- und alle Polizei-gefälle, Seltsamerweise wurde den bisher reichsunmittelbaren Rittersassen das Zollrecht entzogen, während es den bisher schon landsässigen Rittersassen, soweit sie es schon hatten, verbleiben konnte.

Um auch die Gegenvertretungen der Ritterschaft kennenzulernen, beschritt Carl Friedrich den absolut unüblichen Weg, indem er den Mitgliedern des Adels diesen Entwurf zustellen und sie auf den 28.4.1807 an den Hof einladen ließ. Den Standesgenossen der Ritterschaft in den

anderen Rheinbundstaaten, insbesondere in Württemberg, war dies nicht vergönnt, so fand diese Aufforderung einen großen Widerhall bei der badischen Ritterschaft. Allenthalben kam die Ritterschaft zu Vorbesprechungen zusammen, so Rüdts von Collenberg, Ernst von Gemmingen, vom St. André als Abgeordnete der einzelnen Ritterkantone. Sie fixierten teilweise ihre Überlegungen schriftlich¹⁾, die sich in wesentlichen Punkten negativ zu dem geplanten Gesetzeswerk stellten. Insbesondere opponierten sie gegen die geplante Entziehung der Gerichtsbarkeit und meinten, die angegebenen Gründe seien nur ein Vorwand. Immerhin sei die Justizpflege in den reichsritterschaftlichen Ortschaften zur Zufriedenheit der Untertanen und ohne große Kostenverursachung betrieben worden. Auch die Bestrebungen, die dem Reformdenken Karls V grundlegend waren, nämlich schnelle und individuelle Behandlung der Fälle zu gewährleisten²⁾, sei durch die Übertragung der Gerichtsbarkeit auf die Ritterschaft verwirklicht worden. Diese Vorteile gingen nunmehr verloren. Dieser Einwand hatte in den Wirren beim Aufbau des badischen Staates Berechtigung, zumal die Untertanen noch zu sehr mit ihren bisherigen Herren vertraut und im alten Gebrauch der Justiz verhaftet waren. Eine Übernahme auf ihnen unbekannte Staatsinstrumente stieß daher auf Mißtrauen. Mit Recht wiesen die Grundherren auch darauf hin, daß durch Schaffung einer zweiten Instanz eine Kontroll- und Entscheidungsfunktion des Staates geschaffen worden sei, die keinen Mißbrauch zuließe. Dagegen habe die Jurisdiktion fürstlicher Unterbehörden in allen Provinzen bereits laute Beschwerden hervorgerufen. Entscheidend war aber nach Ansicht der Adligen die Tatsache, daß der Ritterschaft die Patrimonialgerichtsbarkeit schon rechtlich zustehe, denn sie sei Zubehör der Rittergüter und als solche am Eigentum verhaftet. Diese Auffassung, aus dem Staatsrecht die Berechtigung zur Beibehaltung der Justiz ab-

1) GLA 69 1, A 1496, Nr. 1.

2) wie 1).

zuleiten, geht aber fehl. Zu früheren Zeiten bei der Erlangung dieses Rechtes war die Rechtswissenschaft dieser Ansicht gewesen, dies paßte jedoch nicht mehr zum Rechtsdenken Anfang des 19. Jahrhunderts. Jetzt faßte man die Gerichtsbarkeit als Teil der Souveränität auf, die für den Staat unverzichtbar ist. Die Ritterschaft selbst hatte im 15. Jahrhundert den Besitz der Gerichtsbarkeit als Zeichen ihrer Souveränität angesehen, so daß ihre Argumente der eigenen Handhabung widerspricht. Jetzt liegt die Souveränität beim Großherzog, demgemäß hat er auch das Recht der Ausübung. Weiter liegt der Grund für die Unrichtigkeit der These in der neuen Situation und Befugnis der Krone, ohne auf vorgegebene Rechte achten zu müssen, selbst und neu ohne Rücksicht auf "althergebrachtes" Recht zu setzen. Aus diesen Gründen geht auch das zweite Argument, der Bezug auf Belehnungstitel fehl. Mit Auflösung des alten Reiches und Neuschaffung selbständiger Staaten auf dem Boden des alten Reiches erloschen de facto die vom Kaiser, dem Oberhaupt des früheren Staatsrechtsgebildes, verliehenen Privilegien. Aus den Belehnungstiteln selbst ergibt sich das Gegenteil, denn dort ist u.a. ausgeführt, "um desselben getreue und nützliche Dienste, die er seiner Majestät ... und dem Heiligen Reiche gethan und bewiesen"¹⁾, also war Lehengeber der Rechte Kaiser und Reich, und nun steht der ehemals Privilegierte unter einem neuen Herrn und neuen Reich, und diese können aus eigener Machtvollkommenheit Rechte verleihen oder aber, wie der Großherzog, eben nicht.

Weder unter dem Gesichtspunkt des Güterrechtes noch aus staatsrechtlicher Erwägung ist daher die Gegenvorstellung gerechtfertigt. Juristisch unbedeutend, aus der Stellung der Ritterschaft erklärlich ist hingegen die Einwendung, durch den Entzug dieser Rechte verliere der Adel Ansehen und Achtung der Untertanen.

1) GLA 69 k, Urkunde Nr. 10 vom 13.4.1497.

Ein weiterer Streitpunkt war die Frage der gerichtlichen Rechtspolizei. Der Entzug hätte nach Auffassung der Ritter eine Aufteilung der Jurisdiktion zur Folge und würde zu Verwirrungen führen. Der Adel selbst müßte bei verschiedenen grundherrlichen Rechten wie Ganerbfall etc., wozu Investituren erforderlich sind, mit Schwierigkeiten rechnen, wenn dem Grundherren die Bestellung der Vormundschaften und dem landesherrlichen Amte die Inventur zustünde. Auch die Sportelen der Gerichtsbarkeit und besonders der durch den Entwurf ausgeschiedenen Gefälle der gerichtlichen Rechtspolizei, die sich zur einfachen Amtsschreiberei eignen, dienen auf direktem oder indirektem Wege der Besoldung der Beamten, so daß der Entzug zumindest nicht ohne Entschädigung vorgenommen werden könnte. Aber selbst bei dem Weiterbestehen trete für den Grundherrn der Nachteil auf, allein für die ihm überlassenen Rechte und Cameralverhältnisse noch einen eigenen Mann besolden zu müssen. Mit Recht wandte sich der Adel dagegen, daß die Einkünfte aus den Rechten dem Großherzog zufließen sollten, wogegen ihnen aus rechtlichen Gründen der Spaltung oder teilweisen Entziehung der Rechte die Kostentragung bleiben würde. Es wäre deshalb zweckmäßiger, ein gut funktionierendes Justizwesen nur einer Oberaufsicht der landesherrlichen Organe zu unterwerfen, ohne Rechte der Grundherren aufzuheben.

Gestützt auf ihren Besitzstand, ihre althergebrachten Rechte und Rechtstitel soll als Ergebnis der Beratungen folgendes beim Großherzog vorgebracht und durchgesetzt werden:

1. soll der Ritterschaft die Civilpatrimonialjurisdiktion im ganzen Umfange, d.h. mit allen Rechten, die damit verbunden sind, belassen werden,
2. ihre angestellten Beamten, die ohnehin schon auf den Souverän vereidigt sind, sollen bestätigt werden,
3. wogegen künftig einzustellende Beamte der Landesprüfung unterzogen sein sollen,

4. die höhere Strafgerechtigkeitspflege soll aufgrund der Belehnungen durch Kaiser und Reich aufgrund von Käufen, Herbringen und dem Besitzstande bei den Adligen bleiben, sofern diese das Recht schon besaßen. Gegen eine Oberaufsicht habe man nichts einzuwenden. Aber auch den Adligen, die dieses Privileg noch nicht hatten, sollte im Interesse der Sicherheit und Schnelligkeit der Rechtspflege dieses Recht unter den Landesgesetzen zugebilligt werden.
5. Hinsichtlich der Bestimmungen über die zugestandene Ortspolizei müsse um genauere Bestimmungen gebeten werden.
6. Als unbestrittene Rechte nochmals herausstellen müsse der Adel das Recht, die Ortsgerichte zu besetzen, Anordnung und Abschätzung des Flur- und Waldschützen, Feuer-, Fleisch- und Brotschauen, Leitung der Gemeindeökonomien, des Rechnungswesens, Aufsicht über Dorfwege-, Stege- und Brüche, Mühl-, Herbst- und Ernteaufsicht, über Kirchenfond, Anordnung des Huldigungsrechts, Grenzsetzung etc.
7. Zu den in 6. aufgezählten Rechten müssen noch die ausgeschiedenen Schul- und Kirchenpolizei hinzukommen.

Zusammenfassend ist noch einmal der Gegensatz Großherzog zu Adel im Hinblick auf die im Reich vor 1806 erworbenen Rechte hinzuweisen. Der Adel geht vom Fortbestand der Rechte aus, denn die Niederlegung der Krone durch Kaiser Franz II konnte aus staatsrechtlichen Grundsätzen - und insoweit ist der Ritterschaft zuzupflichten - nicht die Auflösung des Reiches und damit auch nicht das Erlöschen der vom Kaiser verliehenen Rechte nach sich ziehen. Durch den Austritt des Kaisers aus dem Reichsverband bestand das Reich *de jure* fort und die Rechte des bisherigen Souveräns gingen auf die Fürsten über. Durch diesen Vorgang konnte aber die rechtliche Existenz des Adels nicht geändert werden.

Die Rheinbundsakte, die von der Vernichtung der Reichsgesetze und der daraus abgeleiteten Rechte ausgeht, kann die Rechte des Adels nicht betreffen, denn auf diese Rechte gründet der Adel seine Existenz nicht. Vielmehr rühren die Rechte aus dem alten Rechtsherkommen und aus Verträgen mit dem Reichsoberhaupt her, in die der jetzige Souverän eingetreten ist. Im Hinblick auf das bis Mitte des 19. Jahrhunderts herrschende Staatsrechtsdenken, das den Staat unabhängig von Staatsvolk und Staatsgebiet als Staatsgewalt, d.h. Bündel von Berechtigungen begreift, ist die Auffassung der Ritterschaft nicht von der Hand zu weisen. Grundlage der Privilegien des Adels sind nämlich gerade diese Berechtigungen des Reichshoherhauptes, aus dem einzelne Rechte zugunsten der einzelnen Ritter oder der Ritterschaft abgespalten, d.h. übertragen wurden. Bei Übergang der Souveränität auf die jetzigen Souveräne sind demnach diese übertragenen Rechte nicht mehr in die Hand der Landesherren gelangt, da sie zuvor schon an den Adel übertragen waren.

Der Großherzog dagegen stützte sich auf die Bestimmungen der Rheinbundsakte, wonach ein völlig neuer Einzelstaat, der nur auf dem Territorium des alten Reichsgebietes gelegen ist, entstand, so daß der jetzige Souverän alle Machtbefugnisse in Händen hielt. Die alten Rechte und Privilegien sind somit nicht mehr dem Staatsdenken vereinbar und bestehen nicht mehr. Wenn die Krone dennoch den Adel als bevorrechtigten Stand im Staat betrachtet, so deshalb, weil man auf ihn Rücksicht nehmen wollte und ein krasser Entzug aller Rechte sicherlich zu Unruhen geführt hätte, die der junge Staat nicht hätte verkraften können. Für die Auffassung der Souveräne spricht allerdings die Tatsache, daß Lehen und die daraus entstandenen weiteren Rechte de facto in der Anfangszeit des Lehenswesens als Entgelt für die geleisteten Dienste und die Treue zum König gegeben wurden.

3. Das Ergebnis der Verhandlungen, das 4. Konstitutionsedikt vom 22.7.1807 und seine Bedeutung

Die beiderseitigen Bemühungen, zu einem gerechten Urteil zu kommen, fanden unter dem besonnenen Einfluß Brauers ihren Niederschlag im 4. Konstitutionsedikt vom 22.7.1807. Die Reichsritterschaft hatte hier um milde Behandlung gebeten und sich ihre Stellung zum Großherzog wie einst zum Kaiser gedacht. Trotz der Milde des Großherzogs war dieser aber von vornherein gesonnen, seine souveränen Rechte durch nichts einschränken zu lassen. Bereits im September 1806¹⁾ hatte Brauer eine Verfassungsskizze ausgearbeitet, zumal er, den man mit Recht als Organisator des badischen Staates bezeichnen kann, die Notwendigkeit einer solchen Verfassungsgesetzgebung nach Auflösung des Reiches und dem Wegfall der Reichsgesetze und Institutionen sah. Aus dieser Skizze mit den dazugehörigen niedergelegten Gedanken Brauers ergibt sich die Auffassung des badischen Hofes, daß nunmehr keinerlei vorgegebene Rechte mehr beobachtet werden müßten. Nach Verhandlungen der Ritterschaft mit dem badischen Hofe erging das 4. Konstitutionsedikt, mit dem, wie Andreas²⁾ richtig ausführt, die Grundherren trotz mancher Streitigkeiten zufrieden sein konnten. Schreckenstein³⁾ ist daher nicht zuzustimmen, wenn er den Verlust verschiedener Rechte als zu hart und weitgehend empfindet. Immerhin bewilligte das Edikt⁴⁾ sofort den privilegierten Gerichtsstand, freien Aufenthalt in den zum Rheinbund gehörigen oder mit ihm befreundeten Staaten, Eintritt in dessen Dienste, Freiheit

1) GLA 48, A 6062, Bericht Brauers an den Großherzog vom 22.9.1806, in dem er auf die Notwendigkeit einer Verfassung hinwies, sowie Beilage a, die eine Skizze Brauers über die wesentlichen Teile einer Konstitution für Baden beinhaltete.

2) Andreas, Willy, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802-1818, S. 120 ff.

3) Schreckenstein, aaO, II, S. 489 ff.

4) Regierungsblatt des Großherzogtums Baden vom 8.9.1807, Nr. 31.

von der Militärpflicht, Bewilligung einer Uniform und eigenen Orden an die Familienoberhäupte, Vererbung im Stammgut, Aufrechterhaltung der Familieneinrichtungen vorbehaltlich der Zustimmung des Souveräns, Befreiung von persönlichen, unentgeltlichen Dienstleistungen, allen direkten und indirekten Steuern, Abzugs-, Soll- und Accisfreiheit.

Als Rechte der Grundherrschaft wurden konstituiert die bürgerliche, nicht aber höhere Strafgerechtigkeitspflege, die bürgerliche Gerichtsbarkeit in Streitsachen, gerichtliche und obrigkeitliche Rechtspolizei, die ganze Ortspolizei mit einigen Modifikationen, die Aufsicht über den Gemeindehaushalt und die Oberaufsicht der Bezirksoberbeamten.

Auch sollten der Ritterschaft die regalia minora zustehen, u.a. der Ertrag aller Bannrechte, der Fronen, des Sterbfalles, Bürgergelder, Gülten, überhaupt alle Eigentumseinkünfte, die der Ritterschaft ihr standesgemäßes Leben sichern konnten. Auch das Patronatsrecht, das Zehntrecht, in einigen Fällen das Ohmgeld, die Jagd und Forstbenutzung, Fischerei und alle Polizeigefälle, die Annahme der Grundhuldigung von den Grundangehörigen, das Kirchengebet für die Grundherren und Familie und das Trauergeläut bei Ableben des Grundherren selbst wurden bewilligt.

Unter IV wurde allerdings bestimmt, daß der bisherige Lehensverband der Reichsritterschaft untergegangen sei und daß sie sich künftig nur nach den Lehensgesetzen des badischen Hofes zu richten hatten. In der Einleitung der landesherrlichen Verordnung sprach der Großherzog im Gegensatz zur Meinung der Reichsritterschaft¹⁾ eindeutig aus, daß alle Reichsgesetze vernichtet seien und die Ritterschaft sich nicht mehr darauf berufen könnte. Diese Auffassung steht in krassem Widerspruch

1) GLA 69 1, A 1496, Brief Ernst von Gemmingen an die großherzogliche Kommission 1807.

zur Meinung der Ritterschaft, die die Milde Karl Friedrichs bei den Besprechungen falsch interpretierte und meinte, es sei eine Regelung im Vertragswege¹⁾ zustande gekommen. Damit konnte sich zwar die Ritterschaft ihre völlig unabhängige Stellung nicht mehr bewahren, sie zählte aber zu dem privilegierten Stand im großherzoglichen Territorium. Insbesondere wurden die Einkunftsquellen der ehemaligen unmittelbaren Ritterschaft zwar beschnitten, jedoch nicht entzogen, so daß ihnen der Intention des Großherzogs entsprechend, die Revenuen ihrer Güter erhalten blieben. Beruhigt wurden die jetzigen Grundherren insbesondere auch durch die Zusicherung des Großherzogs, die Rechte auch für seine Nachfolger zu garantieren.²⁾

4. Die Beeinträchtigungen der Privilegien der Grundherren im Jahre 1808

Die Finanzen des Großherzogtums waren in erschreckender Weise zerrüttet. Auch der bewährte Freiherr von Gemmingen-Bonfeld konnte keine klare Linie schaffen, um eine finanzielle Sanierung einzuleiten. Ende des Jahres 1802 belief sich der Gesamtpassivstand des Landes auf 3 767 669 fl. und stieg bis Ende 1805 auf ca. 8 Mill. fl. an³⁾. Als Gemmingen im November 1806 vorläufig das Finanzressort übernahm, versuchte er mit Hilfe Seckendorffs das Finanzwesen zu ordnen. Er versuchte vornehmlich, die Einnahmen auf die Höhe der Ausgaben zu steigern, was ihm jedoch nicht gelang. Die

1) GLA 69 1, A 492, Adresse der Bevollmächtigten des Reichsadels an die deutsche Bundesversammlung in Frankfurt, 15.9.1820.

2) Abschnitt V des 4. Konstitutionsedikts: "Nach diesem Unserm in Kraft ewiger Grundgesetzes Unserer Staatsverfassung ausgesprochenen Willen, versprechen Wir nunmehr für Uns und alle Unsere Nachkommen an der Regierung, allen Ritters und Grundherren Unseres Staats Sicherheit und Schutz für die ihnen hernach zugesprochenen Rechte ... und befehlen ... allen Unseren Ministern, Präsidenten, die jetzt sind oder künftig seyn werden, sich darnach genau zu achten ..."

3) Vortrag des Kabinettsministers von Gemmingen vom 27.1.1807.

zerrütteten Finanzen des Großherzogtums sollten auf Kosten der Mediatisierten vermehrt werden. Der erste Eingriff erfolgte durch die Aufhebung der 1/3 Steuerfreiheit der privilegierten Klasse des Landes am 30.9.1808: Ein weiterer Eingriff erfolgte auf Betreiben Napoleons, der den badischen Hof auf die Bestimmungen der Rheinbundsakte hinwies und für seine Ziele auf die Durchführung der Art. 7 und 31 des Vertrages pochte. Diese Vorschriften verboten es den Mediatisierten, außerhalb des Rheinbundes Stellung und Wohnung zu nehmen, und so wurde am 24.4.1808 die Einziehung der Güter der von diesem Artikel Betroffenen verfügt. Allerdings war schon im Kabinett streitig, ob die Grundherren überhaupt unter diese Artikel fallen oder nur die Standesherren.¹⁾

5. Die Ministerialverordnung vom 20.5.1809 und die Trennung der Justizverwaltung von der sonstigen Verwaltung nach Maßgabe des Code Napoleon

Das milde Vorgehen, wie es im 3. Konstitutionsedikt²⁾ hinsichtlich der staatsrechtlichen Verhältnisse der ehemaligen deutschen Reichsfürsten und Grafen und im 4. Konstitutionsedikt hinsichtlich der Mitglieder des niederen Adels zum Ausdruck gekommen ist, behagte Napoleon nicht. Er war in erster Linie darauf bedacht, sich selbständige und lebensfähige Pufferstaaten zu schaffen, um die beiden anderen deutschen Machtblöcke, Österreich und Preußen, von den französischen Grenzen abzuschirmen. Diese Aufgabe wurde nach Meinung Napoleons von dem badischen Staate nicht erfüllt, denn "Ihr bildet noch kein Land, habt noch keine Zusammengehörigkeit und keine Männer an der Spitze der Geschäfte. Es herrscht Unordnung und man kann keinen Nutzen von Euch ziehen.

1) Mangold, Gustav, Die ehemalige Reichsritterschaft und die Adelsgesetzgebung in Baden vom Wiener Kongreß bis zur Erteilung der Verfassung (1815-1818), in: ZGORh, NF. 46 (1933), S. 3 ff.

2) Regierungsblatt des Großherzogtums Baden vom 25.8.1807 Nr. 29.

Euer Kontingent ist nicht vollständig, es ist schlecht organisiert, alles fehlt, die Truppen sind nicht schlagkräftig." ¹⁾

Doch auch nach dieser offensichtlichen Rüge Napoleons konnte sich Karl Friedrich noch nicht dazu entschließen, nun strengere Maßnahmen durchzuführen. Die ersten Ansätze zeigten sich schließlich in der Ministerialverordnung vom 20.5.1809²⁾. Dieses Organisationsedikt ist insoweit als wesentlicher Schritt des Großherzogs anzusehen, als darin die erste Einschränkung der grundherrlichen Rechte zu sehen ist. Nach dem 4. Konstitutionsedikt § 7 Lit. b. wurde den Grundherren auf ihre Bitte hin die bürgerliche Gerichtsbarkeit in Streitsachen überlassen, obwohl dies nach dem Entwurf des Edikts nicht vorgesehen war. Der Großherzog fordert allerdings, daß nach Einführung des Code Napoleons diese Gerichtsbarkeit in der Weise ausgeübt wird, daß das Richteramt ausübende selbst keine Verwaltungsgeschäfte hinsichtlich der Einnahmen des Gerichtsherrn übernehmen dürfe. Es wurde daher angeordnet, daß entweder mehrere Grundherren einen gemeinschaftlichen Justizamtmann für die Geschäfte des Amtes bestellen oder aber ein anderer standesherrlicher Rechtsbeamter muß die Aufgaben wahrnehmen. Sollte die Grundherrschaft nicht einen dieser Wege beschreiten, so wird die bürgerliche Gerichtsbarkeit für beruhend erklärt. Diese Verordnung, die den Grundherren eine Mehrausgabe auferlegte, steht im krassen Gegensatz zu der wiedergegebenen Garantieerklärung des Herzogs im 4. Konstitutionsedikt. Schon in der Regierungszeit Karl Friedrichs wurde das Edikt insoweit zumindest in einer dem Grundherren ungünstigen Form modifiziert. Die Berechtigung hierzu ergibt sich auch nicht daraus, daß im 4. Konstitutionsedikt festgestellt

-
- 1) Andreas, Willy, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802-1818, S. 189: Bericht Dalbergs an Karl Friedrich, Januar 1807.
 - 2) Großherzoglich badisches Regierungsblatt vom 30.5. 1809 Nr. 22: Die künftige Gerichts-Verwaltung der Grundherren betreffend.

wurde, daß die einzelnen Rechte nur unter den landesherrlichen Gesetzen ausgeübt werden dürfe.

6. Die Behörden- und Verwaltungsreformation vom 26.11.1809 unter dem Kabinettsminister von Reitzenstein

Im Jahre 1809 übernahm der geschworene Feind des ehemals immediaten Adels von Reitzenstein¹⁾ als Kabinettsminister die Regierung im Großherzogtum Baden. Obwohl er zu Recht als einer der Schöpfer des badischen Staates gerühmt wird²⁾, ist bei ihm eine skrupellose Verfechtung der Anlehnung an Frankreich festzustellen³⁾, die zweifellos zuungunsten des ehemaligen Reichsadels ging. Andererseits war es aber nur seiner Tatkraft zu verdanken, daß letztlich der badische Staat gefestigt wurde. Zunächst ging von Reitzenstein daran, die von ihm geplante Behörden- und Verwaltungsreform durchzuführen. Nachdem ihm bei der vorläufigen Okkupation noch Brauer Einhalt gebieten konnte, war er nun durch die Gunst Karl Friedrichs in die Lage versetzt, seinen eigenen Gedanken Nachdruck zu verleihen. Eine grundlegende Entscheidung im Sinne Frankreichs und des badischen Staates ist in der Reform vom 26.11.1809⁴⁾ zu sehen. Durch dieses Organisationsedikt wurde alle Gerichtsbarkeit und polizeiliche Gewalt im Namen und im Auftrag des Großherzogs ausgeübt. Die persönlichen Rechte der Grundherren wurden insoweit eingeschränkt, als der privilegierte Gerichtsstand (§ 4 des Ediktes) aufgehoben wurde. Dies war im Hinblick auf das 4. Konstitutions-

-
- 1) Mangold, Gustav, Die ehemalige Reichsritterschaft und die Adelsgesetzgebung in Baden vom Wiener Kongreß bis zur Erteilung der Verfassung (1815-1818), in: ZGORh, NF. 46 (1933), S. 3 ff.
2) Haebler, Rolf-Gustav, Badische Geschichte 1789-1818, Ein Staat wird aufgebaut, S. 1 ff.
3) Andreas, Willy, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802-1818, S. 238.
4) Großherzoglich badisches Regierungsblatt vom 2.12. 1809 Nr. 49.

edikt eine Brückierung der Grundherren, denen schließlich sowohl der privilegierte Gerichtsstand als auch die Gerichtsbarkeit und polizeiliche Gewalt garantiert worden waren.

Überhaupt ist festzustellen, daß nicht die Festlegung der Rechtsverhältnisse des ehemals immediaten Adels den Kern der späteren Streitigkeiten bildete, sondern vielmehr die Zwistigkeiten aus der Abänderung des Konstitutionsediktes entsprangen.

Hatte man zuvor die französischen Befehle nur zum Schein ausgeführt¹⁾, so griff jetzt Reitzenstein energisch durch. Im Zuge der Reformen wurde auch am 18.9.1810 eine Häusersteuer erlassen.

7. Die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und die Reaktion des Adels

Am 10.6.1811 war Großherzog Karl Friedrich gestorben und nun begann die Zeit der Kämpfe der Grundherren um ihr Recht. Der Nachfolger auf dem badischen Throne, Großherzog Karl, der noch zu Lebzeiten des ersten Großherzogs die Regentschaft geführt hatte, war nicht geneigt, den Adel im Lande weiter zu schonen.

Schon 1810 hatte Freiherr von Hövel entgegen den Anschauungen Brauers wiederholt dahin gedrängt, Karl möge bei seinem Regierungsantritt das 3. und 4. Konstitutionsedikt hinsichtlich der standes- und grundherrlichen Rechte nicht anerkennen, da sie seine Souveränität zu sehr einengten.²⁾ Mit aller Macht drängten nun die Mitglieder der Regierung, denen die verbliebenen Rechte des ehemals unmittelbaren Adels ein Dorn im Auge waren, darauf, die falsche Milde aufzugeben. Justizminister von Hövel sah trotz der Mithilfe des Kreisdirektors von

1) Mangold, Gustav, Die ehemalige Reichsritterschaft und die Adelsgesetzgebung in Baden vom Wiener Kongreß bis zur Erteilung der Verfassung (1815-1818), in: ZGORh, NF. 46 (1933), S. 3 ff.

2) Denkschriften Hövels vom 24.7.1811 und 2.9.1811.

Hinkeldey seine Arbeit hinsichtlich der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit nicht von Erfolg gekrönt. Er mußte vielmehr einen Rückschlag erleben, als Brauer die durch das Organisationsedikt von 1809 aufgehobene Kanzleisässigkeit wieder durch eine Verordnung zur Gültigkeit brachte.¹⁾ Nach der Verordnung vom 21.3.1812 besaßen damit die Mitglieder des Adels einen privilegierten Gerichtsstand. Kabinetminister von Reitzenstein versuchte nun, zur Festigung der Staatshoheit und Hebung der Rechtsprechung die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit durchzusetzen, was ihm schließlich nach einem Gespräch des Großherzogs Karl mit Napoleon im April 1813 gelang.

Zuvor mußte noch Minister von Gemmingen, der ebenso wie Reitzenstein zum ehemaligen Reichsadel gehörte, ausgeschaltet werden. Dies geschah schließlich auf Grund des Demissionsgesuchs, wobei Karl Friedrich Reinhard von Gemmingen, als persönlichen Freund Karl Friedrichs, besonders ehrte²⁾. Gemmingen zog sich von der Politik auf seine Güter zurück.

Nun war freie Bahn für Reitzenstein geschaffen, der den Großherzog dahin beeinflussen konnte, nun keine in seinen Augen falsche Rücksicht auf den Adel zu nehmen, zumal deren Rechte eine Einschränkung der großherzoglichen Souveränität darstellen würden. In der Verordnung vom 14.5.1813³⁾ stellte Großherzog Karl zunächst kategorisch fest, er habe die Konstitutionsedikte ohnehin nicht anerkannt, und "gebietende Umstände in bezug auf das Wohl Unseres Großherzogtums im ganzen" forderten Änderungen der Rechte in der Gerichtsbarkeit. Es wurde

-
- 1) Großherzoglich badisches Regierungsblatt vom 28.4. 1812 Nr. 14.
 - 2) Großherzoglich badisches Regierungsblatt vom 30.5. 1809 Nr. 22: "Diesen Unsern Entschluß begleiten um so schmerzlichere Gefühle, je ausgezeichnete dessen Verdienst um den Staat sind, je treuer dessen Anhänglichkeit an Uns sich bey allen Gelegenheiten bewährt hat und je mehr Wir in Unsern Jahren das Bedürfnis vertraulicher Umgebungen fühlen."
 - 3) Großherzoglich Badisches Regierungsblatt vom 15.5. 1813 Nr. 15.

bestimmt, daß alle Obrigkeit in allen Kriminal-, Zivil-, Rechts-, Kirchen- und Polizeisachen auf den Staat übergeht und ebenso die Untergerichtsbarkeit von den großherzoglichen Justizbeamten übernommen werden. Insoweit wurde § 14 des 4. Konstitutionsedikts wegen der Gerichtsbarkeit und der Polizeirechte, § 19 des Konstitutionsedikts wegen der Jurisdiktionskongresse in gemischten Orten und letztlich auch § 21 außer Kraft gesetzt, der die Grundhuldigung an die Grundherren statuiert hatte. Alle Rechte wurden nunmehr von den badischen Behörden wahrgenommen. Damit war auch eine Einnahmequelle der Ritterschaft weggefallen, was natürlich nicht ohne Widerspruch der Standes- und Grundherren bleiben konnte. Den Standesherrn entzog die gleiche Verordnung ebenfalls diese Rechte. Am 26.5.1813 folgte eine weitere Verordnung zur Vorbereitung des Übergangs der Jurisdiktionsrechte an die landesherrlichen Behörden¹⁾.

Das unnachgiebige Vorgehen gegen die Grundherren war auch gekennzeichnet durch die Form, in der der großherzogliche Wille an die Standes- und Grundherren bekanntgemacht wurde²⁾. Die Grundherren wurden aufgefordert, innerhalb des Jahres 1813 alle Einnahmen aus der Gerichtsbarkeit aufzuzeichnen und zur Unterschrift vorzulegen. Die grundherrlichen Rentämter sollten noch die bisher angefallenen Jurisdiktionsgefälle einziehen dürfen, mehr Entgegenkommen wurde nicht gezeigt. Andreas³⁾ Ansicht, die Entziehung sei gänzlich ohne Entschädigung vonstatten gegangen, ist unrichtig. Die Entschädigung ist allerdings in der Verordnung selbst nicht geregelt. Die Aufforderung, sich der Ausübung der Jurisdiktion zu enthalten und die gemachten Auflagen

1) Großherzoglich Badisches Regierungsblatt vom 29.5. 1813 Nr. 17.

2) GLA 69 1, A 925, Großherzoglicher Erlaß Nr. 20393 des Direktoriums des Neckarkreises, Mannheim, 27.8. 1813.

3) Andreas, Willy, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802-1818, S. 349.

zu erfüllen, wurde in schroffer Form¹⁾ gegeben.

Die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, die im Hinblick auf ihre Entstehung aus den Immunitäten als Eigentumsrechte der Grundherren angesehen wurden, rief einen Sturm der Entrüstung hervor. Verschiedene Grundherren wie Andlau²⁾, Wurmser, Berlichingen und Gemmingen³⁾ richteten heftige Vorwürfe an die Grundherren, in denen sie ihren Befürchtungen Ausdruck verliehen, es solle nun das 4. Konstitutionsedikt völlig durchlöchert werden. Ihre Entrüstung richtete sich vor allem dagegen, daß der Großherzog in der Verordnung ausgeführt hatte, die Entziehung der Patrimonialgerichtsbarkeit sei zum Wohle einer geordneten Verwaltung und Handhabung erforderlich und im übrigen habe er das Edikt von 1807 weder anerkannt noch bestätigt. In der Tat beging die badische Regierung unter dem Einfluß Frankreichs zu diesem Zeitpunkt einen erheblichen politischen Mißgriff und setzte sich mit den "für ewige Zeiten" bestätigten und garantierten Rechten in Widerspruch. Der damals regierende Großherzog Karl Friedrich hatte nämlich in diesem Edikt bestätigt, daß die Gerichtsbarkeit der Grundherren und die übrigen Rechte nicht mit dem Staatswohl kollidierten und den Standes- und Grundherren somit erhalten bleiben konnten. Auch jetzt hatte die ehemals freie Reichsritterschaft noch nicht begriffen, daß der neue Souverän nicht die gleiche Stellung wie der Kaiser ihnen gegenüber einnahm, denn die Freifrau von Gemmingen beklagte sich in ihrer Beschwerde vom 23.7.1813 darüber, daß die Regierung den Grundherren nun praktisch einen Vertragsbruch vorwerfe. Das Edikt kam, und dies wurde auch von Karl Friedrich eindeutig zum Ausdruck gebracht, trotz der Vorverhand-

1) GLA 69 1, A 925: "Die Grundherrschaft Rappenaу-Treschklingen, Adersbach, Hoffenheim, ... ist solches unter Beilegung einer Abschrift bekannt zu machen. Gez. Hinkeldey".

2) GLA 48, A 6712, Akten des Geheimen Kabinetts, Eingabe vom 31.5.1813.

3) GLA 48, A 6712, Eingabe der Freifrau von Gemmingen vom 23.7.1813 und Eingabe der Freiherrn von Gemmingen-Hornberg vom 2.8.1813.

lungen nicht als gegenseitige Vereinbarung zustande, sondern auf Grund der Rechtsetzungsgewalt des neuen Souveräns. Zu Recht wies sie allerdings darauf hin, daß man die Patrimonialgerichtsbarkeit der ehemaligen Ritterschaft ohne eigenes Verschulden entzogen und ihr somit eine ungerechtfertigte finanzielle Einbuße zugefügt habe. Im übrigen sei man, wie Baron Andlau anführte, "in die nemliche Klasse wie unsere Grundhörigen heruntergesetzt". Hinsichtlich der Entziehung des Patronatsrechtes und der Aufsicht über Kirchen, Schulen und milde Stiftungen versuchte der Freiherr von Gemmingen-Hornberg, darauf aufmerksam zu machen, daß er nach der Verordnung von 1813 auch von allen Verpflichtungen zu Leistungen an die Kirchen, Schulen usw. befreit sei und auch die der Kirche zugestandenen Zehnten rückgängig gemacht werden müßten.¹⁾ Indes fruchteten alle Gegenvorstellungen und Beschwerden der Ritterschaft nichts. Ein neuer Hoffnungsschimmer zeigte sich erst, als sich der Stern Napoleons im Jahre 1813 zu neigen begann.

III. Ende des Rheinbundes 1813 und die Einberufung des Wiener Kongresses

1. Das Ende des Rheinbundes

Mit dem sich auf den Schlachtfeldern Rußlands wandelnden Glück Napoleons vollzog sich in der Völkerschlacht bei Leipzig im Jahre 1813 zugleich der Kampf um "den Bestand des Rheinbundes, um die Behauptung der französischen Herrschaft auf deutschem Boden"²⁾. In dieser Völkerschlacht wurde Napoleon geschlagen und der napoleonischen Vorherrschaft in Europa war damit die Grenze aufgezeigt. Noch während der Flucht des französischen Heeres vollzog sich in Deutschland ein Ge-

1) GLA 48, A 6712, Akten des Geheimen Kabinetts, Eingabe des Freiherrn von Gemmingen-Hornberg vom 2.8.1813.
2) Andreas, Willy, Das Zeitalter Napoleons und die Erhebung der Völker, Copyright Heidelberg 1955, S.549.

sinnungswandel bei den Rheinbundfürsten. Die württembergischen Truppen hatten schon während der Schlacht die Fahnen gewechselt, Württemberg selbst sagte sich am 2.11. und Baden am 20.11.1813 vom Rheinbund los. Und hier trat die schillernde Haltung Reitzensteins wieder deutlich hervor, denn er war es, der nun den Kontakt mit den verbündeten Truppen suchte und seinen einstigen Hegemonial fallen ließ. Die anderen Rheinbundfürsten folgten sehr schnell dem Beispiel Württembergs und Bayerns, so daß das Ende des Rheinbundes gekommen war.

2. Die Gründung des deutschen Bundes und seine Verfassung

Nachdem Frankreichs Vorherrschaft gebrochen war, erhob sich die Frage nach dem Schicksal der Souveräne von Napoleons Gnaden, eine Frage, die auch in Baden erhebliche Bedeutung hatte, zumal das Staatsgebilde seine Entstehung Napoleon verdankte. Auch bedurften in den einzelnen Staaten die Rechte der Untertanen gegen den Staat einer Festlegung und hinzu kam das Bedürfnis nach einer Regelung mit Frankreich, auf dessen Thron die Bourbonen zurückgekehrt waren. So beschloß man auf einem nach Wien einberufenen Kongreß, der vom 1.10.1814 bis 9.6.1815 dauern sollte, diesen Problemen gerecht zu werden und insbesondere eine neue Länderverteilung zu betreiben. War der Rheinbund eine Fortsetzung der Bestrebung zur Niederhaltung Österreichs im Interesse Frankreichs¹⁾, so war der Wiener Kongreß durch seine Länderteilungspolitik praktisch der Nachfolger der vorausgegangenen Epoche. Auch hier sollten souveräne Einzelstaaten entstehen, obwohl nicht zweifelhaft sein konnte, daß Österreich und Preußen die Führung erstrebten. Für die ehemalige Reichsritterschaft bedeutete aber die Einberufung des Wiener Kongresses die vermeintliche Gelegenheit, ihre "althergebrachten" Rechte

1) Fehr, Hans, Deutsche Rechtsgeschichte, Berlin 1952, S. 55.

wieder zurückzuerlangen.¹⁾ Der Adel ging davon aus, daß durch die Aufhebung des Rheinbundes all das, was seit 1805 entzogen wurde, wieder zurückerstattet werden sollte. In den 25 Paragraphen der Druckschrift wird hinsichtlich der persönlichen Rechte gefordert, daß man dem Reichsadel die vollkommene persönliche Freiheit, Autonomie, Korporationsrecht, Freiheit von persönlichen Abgaben und den privilegierten Gerichtsstand zugestehen müsse.

An dinglichen Rechten wurden insbesondere die Jurisdiktionsgewalt über die ihm angehörigen Untertanen, die gesamte Polizeigewalt, die Nominierung der Schatzungen, Patronatsrecht wie vor 1806 gefordert.

Allerdings drückt § 6 der Druckschrift selbst die Bedenken der Ritterschaft aus, wenn vorgeschlagen wird, vertragsweise auf verschiedene Rechte, die ohnehin nur Geld kosteten, zu verzichten.

Indes konnte der ehemalige Reichsadel trotz der Tatsache, daß er durch eigene Gesandte beim Kongreß vertreten war, sogar mit dem österreichischen Kaiser und mit Metternich verhandelte, nicht erreichen, daß man sich allzu sehr mit den Problemen der kleinsten Glieder des Reiches abgab. Schreckenstein²⁾ erkennt selbst an, obwohl er sonst Verfechter der Rechte der Ritterschaft ist, daß nicht nur der Zeitgeist gegen den ehemals immediaten Adel gerichtet war, sondern auch das Reich nicht mehr existierte, so daß der Kaiser von [Österreich auch juristisch nicht die Möglichkeit hatte, als Schirmherr der Ritterschaft aufzutreten. Vielmehr ging der Wiener Kongreß von vornherein von einer nicht mehr rückgängig zu machenden Mediatisierung aus. Dies folgt u.a. aus Art. 1 der deutschen Bundesakte vom 8.6.1815³⁾, die von den souveränen Fürsten und freien Städten Deutschlands ausging.

1) Druckschrift: Ansicht über die künftigen staatsrechtlichen Verhältnisse des unmittelbaren Reichsadels in Deutschland, 1814.

2) Schreckenstein, aaO, II, S. 491.

3) Zeumer, aaO, Nr. 218.

Trotz der Fürsprache des Freiherrn vom Stein, der selbst zur Reichsritterschaft gehörte, berücksichtigten die bekanntgewordenen Verfassungsentwürfe nicht die Rechte der Ritterschaft in der dort zunächst geforderten Form. Die oben erwähnte Druckschrift sah eine freiwillige Aufgabe verschiedener Rechte unter zwei Bedingungen vor:

- a) der Aufhebung des Lehensverbandes gegen Könige und Fürsten des freien Bundes¹⁾,
- b) daß dem immediaten Reichsadel bei der künftigen deutschen Reichsversammlung einige Kuriatsstimmen verliehen würden²⁾.

Obgleich Preußen in seinem zweiten Entwurf vom Februar 1815 vorschlug, der ehemals unmittelbaren Reichsritterschaft die Stellung eines ersten Landstandes zu gewähren und Preußen den niederen Reichsadel in allen drei Entwürfen der Bundesakte erwähnte³⁾, kam es schließlich nicht zu der Erteilung einer Kuriatsstimme. Auch die Berufung der Ritterschaft auf ihre Teilnahme an Reichsabstimmungen seit 1449 und der Verwendung des Freiherrn vom Stein konnte daran nichts ändern⁴⁾.

Das Ergebnis der Verhandlungen auf dem Wiener Kongreß fand seinen Niederschlag in Art. 14 der deutschen Konstitutionsakte vom 8.6.1815⁵⁾. Danach werden der Ritterschaft folgende Rechte, die nur nach Vorschrift der Landesgesetzgebung ausgeübt werden können, zugestanden:

- 1.) die unbeschränkte Freiheit, ihren Aufenthalt in jedem zu dem Bunde gehörenden oder mit demselben in Frieden lebenden Staat zu nehmen;
- 2.) die Aufrechterhaltung der Familienverträge und die

1) § 24 der Druckschrift.

2) § 25 der Druckschrift.

3) Schreckenstein, aaO, II, S. 513 ff.

Klüber, Akten des Wiener Kongresses II, S. 42 ff. (§§ 76-79).

4) Mangold, Gustav, Die ehemalige Reichsritterschaft und die Adelsgesetzgebung in Baden vom Wiener Kongreß bis zur Erteilung der Verfassung (1815-1818), in: ZGORh, NF. 46 (1933).

5) Zeumer, aaO, Nr. 218.

Befugnis, über ihre Güter und Familienverhältnisse verbindliche Verfügungen zu treffen;

- 3.) der privilegierte Gerichtsstand und Befreiung von aller Militärflichtigkeit;
- 4.) die Ausübung der bürgerlichen und peinlichen Gerichtsbarkeit in erster, und wo die Besizung groß genug ist, in zweiter Instanz, der Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizei und Aufsicht in Kirchen- und Schulsachen,

außerdem der Anteil der Begüterten an der Landstandschaft, die Patrimonial- und Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizei und das Kirchenpatronat.

Die deutsche Bundesakte wurde von Württemberg und Baden, die beide die Einflußnahme Napoleons noch zu fürchten hatten, und Baden darüber hinaus wegen der Nichtzuziehung in das deutsche Komitee gekränkt war, noch nicht unterzeichnet worden. Baden trat erst am 26.7.1815 dem Bunde bei.

Als Ergebnis ist hier festzuhalten, daß die Ritterschaft zwar erhebliche Rechte wieder zurückbekommen hatte, daß jedoch das Korporationsrecht, die persönliche Steuerfreiheit, Festsetzung der Schatzung und Freiheit der Liegenschaften, die Oberkirchenherrlichkeit und die Abgabenerhebung nach dem Stande von 1805 nicht zugebilligt wurden. Dies war im Hinblick auf das Edikt von 1807 natürlich für die Freiherrn von Gemmingen eine Enttäuschung, jedoch waren die Grundherren im wesentlichen mit der Regelung zufrieden. Dies sollte sich später bei der Adelsgesetzgebung im Großherzogtum Baden zeigen, wo immer wieder die Beachtung des Art. 14 der Konstitutionsakte gefordert und auf deren Erfüllung auch bei der deutschen Bundesversammlung in Frankfurt am Main gedrängt wurde.

Im Vergleich mit der Stellung des Adels nach der Rheinbundakte ist hier zweifellos ein gewisser Rückschritt für die Ritterschaft zu sehen.

IV. Die Kämpfe um den Vollzug des Art. 14 der deutschen Bundesakte von 1815

1. Mangelnder Vollzugswille der Regierung

Durch den Wiener Kongreß war klargestellt worden, daß die Staaten Fortbestand haben sollten. Damit war aber gleichzeitig das Schicksal der Mediatisierten entschieden, denn sie mußten im wesentlichen das bleiben, was sie unter Napoleon geworden waren¹⁾. Mit den Bestimmungen der Wiener Akte war aber in badischen Landen die teilweise Wiederherstellung der ritterschaftlichen Rechte, die in etwa auf die Bestimmungen des 4. Konstitutionsediktes zurückgeführt werden sollten, noch nicht vollzogen, da die Durchführung des Art. 14 die Sache eines jeden Souveräns war²⁾. Unter dem Eindruck der Wiener Verhandlungen glaubte die Ritterschaft an eine baldige Regelung ihrer Rechte, zumal in verschiedenen Ländern der Bundesfürsten Verfassungsurkunden erteilt wurden. In Baden hörte man allerdings nach dem Krieg von 1815 nichts mehr von den Vorbereitungen zu den Verfassungsarbeiten³⁾, obgleich daran bereits bis März 1815⁴⁾ gearbeitet worden war.

Da man weder im zuständigen Ministerium noch im Geheimen Rat daran dachte, die Angelegenheit zu forcieren und die nach § 13 der Deutschen Bundesakte zu gewährende Verfassung zu geben, sahen sich die Adligen um ihre im Gegensatz zum Rheinbund in der Wiener Akte garantierten Rechte betrogen. Hier machte sich wieder der in der napoleonischen Zeit ausgebildete Gemeinsinn geltend

1) Hoff, Johann Friedrich, Die Mediatisiertenfrage in den Jahren 1813 bis 1815, Dissertation Freiburg, Berlin und Leipzig 1913, S. 3.

2) Art. 14: Es "sollen" die Rechte eingeräumt werden ... und "bey der näheren Bestimmung wird ... die königlich bayerische Verordnung von 1807 als Basis und Norm untergelegt werden".

3) v. Weech, Geschichte der Badischen Verfassung, Karlsruhe 1868, S. 32.

4) GLA 48, A 6066, Akten des Geheimen Kabinetts.

und 33 Adlige versammelten sich in Sinsheim, und die Bevollmächtigten von Berlichingen, Ludwig von Gemmingen, Göler von Ravensburg und von Adelsheim wandten sich mit einer Eingabe am 2.11.1815¹⁾ an den Großherzog und gaben eine plastische Darstellung des trostlosen Zustandes des Adels und wiesen auch darauf hin, daß alle Untertanen mit dem Untätigsein der Regierung unzufrieden waren. Die Regierungsräte hätten viele der durch Art. 14 garantierten Rechte entzogen, auch habe man sich nicht an die Versprechungen gehalten, wie sie z.B. in der Verordnung vom 5.7.1808²⁾ hinsichtlich der Landstände zugesagt worden seien, die Drittelsfreiheit der Besteuerung³⁾ sei durch die Verordnung vom 31.8.1808, die Milizfreiheit adliger Söhne⁴⁾ durch die Verordnung vom 28.6.1812, die Gerichtsbarkeit durch die Entziehung der Patrimonialgerichtsbarkeit und einige Rechte mehr seien aufgehoben worden. Der Großherzog wird aufgefordert, die Repressalien gegen den Adel, der schließlich den Thron gefestigt habe, zu unterbinden und den "Vorhang weg" zu schaffen, den "Eure Rätthe zwischen Euch und dem Volks gesenkt haben". Der Adel fordert bessere Staatseinrichtungen und bemängelt insbesondere den "lahmen Gang der Bezirksgerichte".

Ein weiterer gravierender Vorwurf wurde von der Ritterschaft erhoben, als sie dem Großherzog vorwarfen, für die Industrie nichts zu tun, da das Zoll- und Accissystem verbunden mit der Justizverfassung nur dazu da sei, Handel, Gewerbe und Industrie noch mehr auszusaugen. Die Bezirksämter vernachlässigten ihre Pflichten, die Organisationen übertreffen sich an Unzweckmäßigkeit. Der Großherzog wird nicht gebeten, sondern aufgefordert, endlich zum wahren Wohl des ganzen Volkes zu arbeiten und eine liberale Verfassung zu geben. Jetzt müßten

1) GLA 48, A 6713, Akten Standes- und Grundherrlichkeit.

2) Großherzoglich Badisches Regierungsblatt vom Juli 1808 Nr. 21.

3) Großherzoglich Badisches Regierungsblatt vom 1.8.1808 Nr. 30.

4) Großherzoglich Badisches Regierungsblatt vom Juli 1812 Nr. 23.

die Landstände einberufen und der Ritterschaft ihre Rechte zurückgegeben werden.

Dieser massiven Forderung wollte das großherzogliche Kabinett ebenso massiv entgegentreten. Im Kabinett wurde darüber beraten, welchen Weg man zweckmäßigerweise wählen sollte; und in der Sitzung vom 22.11.1815¹⁾ wurde Einigkeit darüber erzielt, die Beschwerde unverzüglich wegen "unziemlicher Sprache, Übertreibungen und unrichtigen Ansichten" zurückzugeben. Der Großherzog, der diese Schrift gelesen hatte, war über die vermeintliche Uneinsichtigkeit des Adels erzürnt und wollte nicht auf den Inhalt der Beschwerde eingehen, sah aber andererseits wegen der von ihm erkannten zumindest teilweisen Berechtigung der Adelsadresse von Sanktionen ab.

Damit konnte und wollte sich der Adel nicht zufrieden geben und wandte sich am 24.1.1816 erneut an den badischen Hof²⁾, indem sie sich zwar für den Ton, nicht aber für den Inhalt der Adresse entschuldigten. Sie verlangten nach wie vor die Abstellung der Mißstände und eine landständische Verfassung. In der Ministerialkonferenz vom 9.4.1816³⁾ beschloß man erneut, die Genvorstellung zerrissen zurückzugeben und die Unterzeichner vorzuladen. Besonders Sigmund von Gemmingen und Karl von Racknitz wandten sich an ihre Adelsgenossen, um sie zum Zusammenhalt aufzufordern. Auch im Seekreis rührten sich die Adligen, selbst Admiral von Hinkel verwendete sich bei Großherzogin Stephanie zugunsten der Unterzeichner. Einen wesentlichen Erfolg hatten aber die Grundherren erreicht, denn bereits in

1) GLA 48, A 6713, Standes- und Grundherrlichkeit, Akten des Geheimen Kabinetts, Konferenzprotokoll vom 22.11.1815.

2) GLA 48, A 6713, Standes- und Grundherrlichkeit, Akten des Geheimen Kabinetts.

3) GLA 48, A 6713, Standes- und Grundherrlichkeit, Konferenzprotokoll vom 9.4.1816.

der Geheimen Kabinettskonferenz vom 21.11.1815 kam der von Staatsrat von Sensburg gefertigte Entwurf zur Beratung. Großherzog Karl hatte bereits am 16.3.1816¹⁾ die Anordnung zu weiteren Vorarbeiten für die Abfassung einer Verfassungsurkunde gegeben. Darüber hinaus konnte der Adel erreichen, daß am 28.12.1815 das Präsentationsrecht²⁾ sowie der privilegierte Gerichtsstand zurückgegeben wurden.

Das Drängen der Ritterschaft auf Vollzug und die Denkschriften an den Großherzog bewirkten schließlich, daß Großherzog Karl am 7.5.1816³⁾ feierlich erklärte, daß er die Rechte der Grundherren auf der Grundlage der Wiener Bundesakte regulieren werde, daß er aber weder mit einzelnen noch mit Deputierten darüber zu verhandeln gedenke.

2. Die Repressalien der badischen Krone gegen die Grundherren

Nach der Sinsheimer Eingabe der Adligen und die am 31.3.1816 an den Großherzog eingereichte Vorstellung, in der zwar die Rückgabe des Patronatsrechts und des privilegierten Gerichtsstandes anerkannt wurden, im übrigen aber darauf gedrungen wurde, daß die Rechte der Grundherren nicht durch einseitige landesherrliche Deklaration⁴⁾ bestimmt werden könnten. Lediglich die freie Einwilligung des Adels könnte eine Regelung der Verhältnisse gesetzlich begründen. Unterzeichnet war diese Schrift von Sigmund von Gemmingen, Karl von Racknitz, Ferdinand von Sturmfeeder und Max von Berlichingen.

Die gespannte Situation, die von Staatsrat von Guignard noch vertieft wurde, führte schließlich zu Maßnahmen gegen die Unterzeichner dieses Schreibens.

-
- 1) GLA 48, A 6070, Geheime Kabinettsakten mit dem 3. Entwurf von Sensburg, dem 4. Entwurf von Nebenius.
 - 2) Großherzoglich Badisches Regierungsblatt vom 2.2.1816 Nr. 3.
 - 3) Großherzoglich Badisches Regierungsblatt vom 7.5. 1816.
 - 4) v. Weech, Geschichte der Badischen Verfassung, Karlsruhe 1868, S. 40.

Die Eingabe selbst wurde mit schroffen Worten zurückgegeben, Major von Gemmingen wurde mit Befehl vom 9.4.1816¹⁾ von der Suite der Kavallerie und Rittmeister von Racknitz aus der Liste der Officiers à la Suite gestrichen und ihnen verboten, die früher mit ihren Chargen verbundene Uniform zu tragen. Der Kreisrat von Berlichingen wurde aus dem Staatsdienst entlassen. Am 10.4.1816 versuchten Graf Waldeck und Freiherr von Gemmingen eine Unterredung herbeizuführen, die ihnen von Minister von Hacke und von Berckheim abgeschlagen wurde²⁾. Minister von Hacke wies noch darauf hin, daß es sich um Verhältnisse der Untertanen gegen die Regierung handle und somit keine Frage des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten sei. Die schriftliche Stellungnahme vom 11.4.1816³⁾ war eine Bruskierung nicht nur des Freiherrn von Gemmingen, sondern der gesamten Ritterschaft in Baden und bewies einmal mehr, daß die Regierung des Großherzogs nun endgültig das Problem des ehemals immediaten Adels abschließen wollte, ohne länger Rücksichten zu nehmen.

Darauf zeigten die Adligen an, daß sie die Genannten bis zur Einführung der landständischen Verfassung mit dauernder Generalvollmacht versehen hätten und sie alle zweckmäßigen Schritte für die staatsrechtliche Existenz ihres Standes zu unternehmen berechtigt seien. Sie forderten eine gerichtliche Untersuchung des Vorfalles. Daraufhin wurden der Hofrichter von Zyllenhardt und der Intendant des Mannheimer Hoftheaters Baron Venningen ihrer Ämter enthoben. Seine Entrüstung brachte der Großherzog im Reskript vom 7.5.1816⁴⁾ zum Ausdruck, indem er die Vorstellung des Adels als Anmaßungen zurückwies und gleichzeitig seinen Willen bekundete, ohne Anhörung der Grundherren deren Rechte auf der Grundlage

1) GLA 69 1, A 973, "Ordre" vom 9.4.1816.

2) v. Weech, Geschichte der Badischen Verfassung, S. 40.

3) GLA 69 1, A 973.

4) Großherzoglich Badisches Regierungsblatt vom 7.5. 1816 Nr. 14.

der Wiener Bundesakte zu bestimmen. Von einer freien vertraglich vereinbarten Einwilligung der Grundherren könnte insoweit keine Rede sein.

Immerhin hatte die Ritterschaft bei den Auseinandersetzungen erzwungen, daß auch die Frage der Verfassung wieder aufgeworfen wurde. Damit ging man über die Vorschläge des Ministers von Berckheim hinaus, der am 15.11.1815¹⁾ dem Großherzog vorgeschlagen hatte, eine Kommission, die aus Berckheim, von Sensburg, Herzog, Wielandt und Guignard bestehen sollte, zu bilden, um mit der Ritterschaft zu verhandeln, dabei aber das Problem der geforderten Landstände auszuklammern.

V. Die Adelsedikte von 1818 und 1819

1. Die Vorarbeiten zum Edikt vom 23.4.1818

Die Erwartungen des Adels, der Kirche und der Bürgerschaft schienen sich zu erfüllen, als Großherzog Karl mit Edikt vom 16.3.1816²⁾ ankündigte, er wolle auf Grund der wiederhergestellten Ruhe und Ordnung in Europa die künftigen verfassungsmäßigen Rechte festsetzen, es seien insoweit die nötigen Vorarbeiten angeordnet worden und soweit gediehen, daß die erste ständische Versammlung am 1.8.1816 eröffnet werden könnte. Diese Ankündigung des Großherzogs rief aber nicht überall, insbesondere nicht beim Adel, Erleichterung hervor, vielmehr fühlte sich der Adel durch die Rückgabe verschiedener seiner Vorrechte so gestärkt, daß er erklärte, er wolle nun nicht mehr von ständig wechselnden großherzoglichen Regierungen sich eine Verfassung aufdrängen lassen, sondern mit dem Großherzog, also "von Macht zu Macht"³⁾ verhandeln. Diese Anmaßung des Adels

1) GLA 48, A 6713, Schreiben Berckheim, Karlsruhe 15.11.1815.

2) Großherzoglich Badisches Regierungsblatt vom 19.3.1816 Nr. 7.

3) Haebler, Rolf Gustav, Ein Staat wird aufgebaut, Badische Geschichte 1789 bis 1818, S. 300 ff.

wies der Großherzog schroff zurück. Großherzog Karl hielt aber den Zeitpunkt noch nicht für gekommen¹⁾ und verschob auch die Einberufung der Landstände. Als fadenscheinige Begründung wurde angegeben, es müsse zunächst eine nähere "Übereinkunft mit sämtlichen hohen Bundesmitgliedern ... verabredet und bestimmt werden". Deshalb wurde die bereits in Druck gegebene Verfassung wieder zurückgezogen und nicht verkündet.

Die Verfassungsarbeiten ruhten nun für einige Zeit, zumal fast gleichzeitig mit Erlaß des Restriktes am 29.7.1816 ein Ministerwechsel stattgefunden hatte. Erst im Dezember 1817 wurde ein Komitee zur systematischen Bearbeitung der Angelegenheiten des Deutschen Bundes konstituiert, dem u.a. Minister von Reitzenstein und von Berstett angehörten. In der Zwischenzeit war allerdings der Adel nicht untätig geblieben, sondern wandte sich an die seit 5.11.1816 in Frankfurt bestehende Bundesversammlung. Die Lage der badischen Regierung litt unter Zeitdruck, zumal der Ritterschaft in Österreich ein mächtiger Fürsprecher entstand. Ein Affront gegen Baden war die Ernennung des gemäßregelten von Gemmingen zum wirklichen kaiserlichen Kämmerer. Die jetzigen Grundherren wandten sich mit verschiedenen Druckschriften an die Bundesversammlung²⁾, in der sie erneut auf ihre Reichsunmittelbarkeit pochten (§ 3 der Druckschrift). Weder durch den napoleonischen Tagesbefehl noch durch den Pressburger Frieden oder die Niederlegung der Kaiserkrone, auch nicht durch den Pariser Vertrag habe die Ritterschaft diese Unmittelbarkeit verloren, lediglich die tatsächlichen Umstände hätten sie von einem Souverän abhängig gemacht. Der Adel beklagte sich auch darüber, daß Baden sich so lange mit der Rückerstattung seiner Rechte Zeit ließe. Lediglich die Patrimonialjurisdiktion, die Oberaufsicht

1) Großherzoglich Badisches Regierungsblatt vom 30.7. 1816 Nr. 24.

2) Druckschrift: "An die Hohe Teutsche Bundesversammlung. Ehrerbietigste Darstellung, Erklärung und Bitte der Bevollmächtigten des vormaligen Reichsadels" vom 12.2.1817.

über die Justizverwaltung und die Untersuchung ihrer Amtspflichten sei zurückerstattet worden. Sie forderte aber die Rückgabe der Patrimonialgerichtsbarkeit wie vor 1806 über die Ortsuntertanen ohne Beschränkung und die Jurisdiktionsgefälle. Außerdem bat sie um nähere Erläuterungen hinsichtlich des Patronatsrechtes (§ 13 der Druckschrift), der Ortspolizei (§ 12 der Druckschrift) und der Forstgerichtsbarkeit (§ 11 der Druckschrift).

Als Baden merkte, daß die Stimmung der Bundesversammlung sich gegen Karlsruhe wandte, ordnete Großherzog Karl an, die Verfassungsangelegenheit zügig zu bearbeiten. Am 18.1.1818 begann man endlich mit den Beratungen über die Durchführung des Artikels 14. In der Sitzung des zu diesem Zwecke gebildeten "Comité der Deutschen Bundesangelegenheiten" wurden folgende Grundsätze entwickelt¹⁾, daß die dem Adel in Artikel 14 a u s - d r ü c k l i c h gewährten Rechte zu geben seien, bei den nicht ausdrücklich in Artikel 14 aufgezählten Rechten ist eine für die Grundherren günstige Interpretation bei Ehreenauszeichnungen und für die Krone günstige Interpretation bei den Regierungsrechten vorzunehmen.

Schon aus diesen Grundsätzen ergibt sich der Wille der Regierung, die eigenständigen Rechte nur insoweit zu gewähren, als dadurch die Rechte der Krone nicht beeinträchtigt werden könnten. Außerdem sollten die finanziellen und machtmäßig wichtigen Rechte entzogen werden, die sich aus dem dritten Grundsatz, dem Adel nur seine eigentümlichen Gefälle zu belassen, sonst aber alle anderen Abgaben der Staatsabgaben zu erklären.

i) GLA 48, A 6714, Standes- und Grundherrlichkeit.

2. Das Edikt vom 23.4.1818 und seine Bestimmungen

Diese Überlegungen fanden ihren Niederschlag im Edikt vom 23.4.1818¹⁾, das einen bleibenden Rechtszustand im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse schaffen wollte. Im Hinblick auf die Interpretation des Komitees konnten damit natürlich nur die ausdrücklich in Artikel 14 genannten Rechte gemeint sein. Die Patrimonialgerichtsbarkeit wurde zurückgegeben, jedoch mit der Modifikation, daß sie in erster Instanz durch Ämter verwaltet wird, die Polizeigewalt wurde zurückgegeben, die Kirchenaufsicht, die Forstgerichtsbarkeit und die Gefälle.

Außerdem wurden ihnen die persönlichen Rechte wie in Artikel 14 konstituiert wiedergegeben, u.a. auch die Autonomie, Titel- und Waffenführung, Kirchengelb und Trauergelb für die Familienoberhäupter sowie der privilegierte Gerichtsstand. Im Vergleich zu dem 4. Konstitutionsedikt wurden ihnen nicht mehr gewährt: eigene Uniformen und Orden, Freiheit von persönlichen Dienstleistungen, direkten Personalsteuern, die Milizfreiheit, das Trauergelb und Kirchengelb für die ganze Familie, die Freiheit von Kommunallasten und der in der Bundesakte zugesagte Anteil an der Landstandschaft. Auch die dinglichen Rechte waren nicht in vollem Umfange im Vergleich zu dem Edikt von 1807 wieder hergestellt.

Diese Einschränkungen erkannten natürlich auch die Adligen und wandten sich deshalb mit Schreiben ihrer Bevollmächtigten vom 27.5.1818 an die badische Regierung und gaben zu verstehen, daß sie den Verlust zwar bemerkt, aber auch auf die Hilfe des Großherzogs vertrauen würden. Sie wiesen den Großherzog auf die oben angeführte Druckschrift vom 12.2.1817 an die Bundes-

1) Großherzoglich Badisches Staats- und Regierungsblatt vom 25.4.1818²⁾ Nr. 9.
2) GLA 48, A 6714, Schreiben des Adels an den Großherzog am 25.4.1818.

versammlung hin und baten um Einführung dieser Rechte. Der Vollzug des Ediktes war gehemmt durch die von der Ritterschaft erhobenen Einwendungen¹⁾. Es hatte auch den Anschein, als wollte Großherzog Ludwig, der nach dem Tode des am 8.12.1818 mit 32 Jahren gestorbenen Großherzogs Karl auf den badischen Thron kam, der Aufforderung des Adels nachkommen, zumal er mit vom 16.4.1819²⁾ erlassener Verordnung die Bestimmungen der Edikte von 1807 und 1818 bestätigte und erläuterte. In der Verordnung wurden den Grundherren praktisch alle Rechte, die sie gefordert hatten, zugestanden. Zum Vollzug des Ediktes kam es aber wegen des Widerstandes der 2. Kammer und der im Verhältnis zu den Grundherren benachteiligten Standesherren nicht. Das Edikt hatte den Grundherren die in Art. 14 der Wiener Akte zugesicherten Rechte der Freizügigkeit und Familienverträge, Anteil an der Landstandschaft, Patrimonial- und Forstgerichtsbarkeit sowie die Ortspolizei mit der Versicherung zugbilligt, daß ihre Beamten die gleiche Gewalt wie die landesherrlichen Beamten haben sollten (§ 49 des Edikts).

Die Beamtenstellen hatten nach § 50 mit hauptamtlichen Beamten besetzt zu sein. Das Kirchenpatronat wurde bewilligt (§ 55) ebenso wie Aufsicht über Kirchen-, Schul- und Stiftungsvermögen unter der Leitung der oberen Behörden (§ 56), das Trauergeläut und Kirchengebet (§ 57), sie unterlagen der gleichen Besteuerung wie alle Staatsbürger (§ 31). Hinsichtlich der Schulden wurde festgesetzt, daß die Grundherren nicht an den eigentlichen Gemeindeschulden und Landschaftsschulden partizipierten, sondern nur an den Kriegssteuern, Kriegslasten, Kriegslieferungen und Einquartierungen, letztere jedoch nicht in den grundherrlichen Schlössern. Die Söhne der Grundherren waren zwar gem. § 51 militärpflichtig, sollten aber eine besondere Behandlung ge-

1) Cast, Deutscher Adelsheros, S. 371 ff.

2) Anlage zum Großherzoglich Badischen Staats- und Regierungsblatt vom 21.4.1819 Nr. 14.

nießen und nicht als Rekruten dienen müssen. Die Familienhäupter behielten eigene Uniform und die im Grundherrlichkeitsedikt von 1807 zugesicherten Orden. Ebenso wie im Edikt von 1818 wies in § 63 des Ediktes von 1819 der Großherzog darauf hin, daß er bei einem Verzicht des Adels auf bürgerliche Gerechtigkeitspflege und Ortspolizei zu besonderen Vergünstigungen bereit wäre. Das Edikt von 1819 wurde als Bestandteil der am 22.8.1818 in Vollzug gesetzten Verfassung angesehen (§ 25). Zum Vollzug des Ediktes kam es aber wegen des Widerstandes der 2. Kammer und der Standesherrn nicht. Die 2. Kammer hatte sich energisch gegen den Vollzug gewehrt¹⁾ und erreicht, daß der Großherzog das Edikt nicht in Vollzug setzte. Zunächst allerdings blieb es durch eine einstweilige Verfügung in Geltung²⁾. Die 2. Kammer war sich darüber einig, daß jetzt eine strenge Trennung zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht eingetreten ist, und daß somit die Gerechtigkeitspflege nicht als "nutzbares Eigentum" den Grundherren überlassen werden dürfe. Der Adel habe ohnehin nur die Beitreibung seiner Gefälle und die Einträge seines Eigentums im Auge. Regierungsrechte seien nicht da, um einen privaten Wohlstand zu heben, sondern seien das Attribut der höchsten Gewalt. Die Entziehung der Rechte des Adels sei die größte Wohltat, die der badische Regent dem Land erweisen könne. Dadurch wird schon deutlich, daß die 2. Kammer den Großherzog zur Abschaffung der Adelsvorrechte bestimmen wollte und zumindest verhinderte, daß das Edikt von 1819 endgültige Bedeutung gewann. Außerdem sei das Edikt auch nicht verfassungsmäßig zustande gekommen, ein Standpunkt, der mangels Zuziehung der 2. Kammer berechtigt war.

Auch die Standesherrn opponierten gegen das Edikt, da sie im Vergleich zu den Grundherren ihre Rechte

1) Akten der 2. Badischen Ständekammer, Beilage zum Protokoll vom 8.6.1819.

2) Fischer, Wolfram, Staat und Gesellschaft Badens im Vormärz 1962, S. 163.

nicht im vollen Umfange hergestellt sahen. Ihrer Argumentation muß zugestimmt werden, denn sie hatten im alten Reich eine Stimme im Reichstag gehabt und wurden nun, von wenigen Ausnahmen abgesehen, dem ehemals niederen Adel gleichgestellt.

VI. Der endgültige Abschluß der Adelsgesetzgebung
durch die Verordnung vom 22.4.1824

1. Die Verhandlungen der Immediatskommission mit
den Grundherren

Erneut brach nun eine Zeit der Verhandlungen an. Die Grundherren hatten nach Erlaß des Ediktes von 1819 am 20.5.1819 der Bundesversammlung vor der Intervention der 2. Kammer bereits angezeigt, daß die Bestimmungen des Art. 14 der Wiener Akte in Baden vollzogen worden seien. Erneut traten nach den Schwierigkeiten wegen der Geltung des Ediktes die Grundherren an die Bundesversammlung heran¹⁾, indem sie darum baten, entweder das Edikt von 1819 in Kraft zu setzen oder das 4. Konstitutionsedikt von 1807 als Rechtsgrundlage wieder zu bestätigen. Rechtlich war dies nicht möglich, denn die Bundesversammlung besaß keine direkte Eingriffsmöglichkeit auf ihre souveränen Bundesmitglieder, sondern als Gesandtenkongreß nur die Möglichkeit einer Einflußnahme. Dementsprechend traf die Bundesversammlung in der Sitzung vom 24.5.1819²⁾ einen für alle Bundesmitglieder mit Ausnahme Württembergs bindenden Beschluß, in dem die Versammlung die Regierungen aufforderte, die Bestimmungen des Artikels 14 zu erfüllen. Jede Regierung sollte aufgefordert werden, zunächst die Verhältnisse des Adels auf der Grundlage der bay-

1) GLA 48, A 6714, Druckschrift vom 15.9.1820: Ehrfurchtsvolle Anzeige und submisseste Bitte der Bevollmächtigten des vormaligen Reichsadels, den Rechtszustand im Großherzogtum Baden betreffend.
2) Protokolle der Deutschen Bundesversammlung, Auszug aus dem Protokoll der 19. Sitzung vom 24.5.1819 (in GLA 48, A 946).

rischen Verordnung vom März 1807 zu regeln. Weiter sollten die Regierungen alle damit in Widerspruch stehenden Normen aufheben. Dringend wurden die säumigen Regierungen gemahnt, die Verhandlungen mit dem Adel fortzusetzen, damit eine freiwillige Vereinbarung erzielt werden könnte. Diese Verhandlungen waren der Bundesversammlung mitzuteilen. Der badische Gesandte bei der Bundesversammlung v. Böhler teilte daraufhin dem Minister für auswärtige Angelegenheiten am 20.9. 1820¹⁾ mit, daß der Adel wieder aktiv sei und schnellstens Schritte eingeleitet werden müßten, um die Bundesversammlung zu besänftigen. Die badische Krone versuchte daraufhin bei der Bundesversammlung, die Ansprüche des immatrikulierten Adels zu verhindern und fand in ihrem Gesandten Blittersdorf einen geschickten Diplomaten. Die Intentionen der Regierung spiegelten sich am besten im Bericht Blittersdorfs vom 15.12. 1820²⁾ an Minister von Bärstett wider, der erreichen sollte, daß sich die Bundesversammlung nicht entscheidend, sondern nur vermittelnd einschaltete: "Dieser unmittelbaren Einmischung der Bundesversammlung sollte vorgebeugt werden und dieser Zweck scheint mir so ziemlich erreicht ... Vielmehr scheint noch eines zu tun übrig zu sein, nämlich, daß die Forderungen der Mediatisierten herabgestimmt werden, ansonsten läßt sich an keine mit Hoffnung des Erfolgs zu führende Verhandlung denken". Auf Grund der Gesandtenberichte sah der badische Hof nur noch die Übereinkunft mit dem Adel, wollte man die Einmischung der Frankfurter Versammlung vermeiden. Dennoch versuchte Baden in der vertraulichen 6. Sitzung der Bundesversammlung vom 8.2.1821³⁾ noch einmal das Blatt zu seinen Gunsten zu wenden, indem es die Beschwerden des Adels für die Verzögerung verantwortlich machte. Im übrigen sei eine

1) GLA 48, A 6714, Gesandtschaftsbericht Nr. 170.

2) GLA 48, A 6665, Akten des Geheimen Kabinetts, Diplomatische Sektion Par^s I.

3) GLA 48, A 6665, Standes- und Grundherrlichkeit, Protokoll der Deutschen Bundesversammlung vom 8.2.1821.

Kommission gebildet und Verhandlungen würden geführt. Die Vollzugsanzeige sollte nachfolgen.

Tatsächlich wurde auch eine Immediatskommission mit dem Auftrag eingesetzt, durch gütliche Verhandlungen dem Adel nach Vorschrift des Art. 14 Genüge zu tun, andererseits aber die allgemeinen Staatseinrichtungen und die Souveränität des Staates zu achten. Die Immediatskommission lud die Grundherren daraufhin zu Verhandlungen ein¹⁾. Die Tätigkeit der Kommission löste eine Flut von Zuschriften²⁾ und Druckschriften³⁾ aus, die die Besonnenheit der realistisch Denkenden auf der einen und der Unbelehrbaren auf der anderen Seite ausdrückten.

Die Deputierten des Adels versammelten sich am 5.2.1822 und richteten am gleichen Tage eine Erklärung⁴⁾ an die Immediatskommission, in der sie entweder die Rückgabe der Rechte nach dem Edikt von 1807 forderten oder einen entsprechenden Entwurf einreichen wollten. Daraufhin legte die Immediatskommission ihre Auffassung und Direktiven klar⁵⁾, nur bei Verzicht auf Patrimonialgerichtsbarkeit und Ortspolizei sollten den Grundherren verschiedene persönlichen Rechte zugestanden werden, wie das Recht, das Saitenspiel in ihren Besitzungen zu untersagen, solange das Trauergeläut dauert, das Trauergeläut selbst und das Kirchengeläut. Weitere Rechte, wie das Zugeständnis der Beitreibung der mit einem Gut verbundenen liquiden Gefälle, die Ausübung der niederen Polizei in ihren Schlössern und die Befugnis, kleine Frevel selbst zu bestrafen und

1) GLA 48, A 6722, Akten des Geheimen Kabinetts, Einladung an von Gemmingen, der allerdings absagte.

2) GLA 48, A 6722, Akten des Geheimen Kabinetts, Diplomatische Sektion (in diesem Fascikel sind alle Zuschriften gesammelt, die die altbekannten Ansichten des Adels dokumentieren).

3) Statt aller: Druckschrift "Sendschreiben an den deutschen Adel, die Aufstellung einer Preisfrage über seine rechtlichen Verhältnisse betreffend, Nairiz im Obermainkreis 1821".

4) GLA 69 1, A 955.

5) GLA 69 1, A 955, Erklärung der Immediatskommission vom 30.3.1822.

die Geldstrafen einzunehmen, die Präsenzbefugnis bei Vogt- und Ruggerichten, Schulvisitationen, Erinnerungsmöglichkeit gegen Gemeindefinanzen, Vorschlagsrechte einer der Kandidaten zum Ortsvorsteher, Beschwerdemöglichkeit gegen die Aufnahme von neuen Orts- und Schutzbürgern sowie Bestimmungen, Bevorrechtigungen im Verhältnis Ortsvorstand zu Grundherr, würden bei einem Verzicht ebenfalls zugestanden. Weitere Zugeständnisse, besonders die Eintreibung anderer liquider Gefälle, der Wegfall der Erbschaftsteuer im Hinblick auf die allgemeine Besteuerung und das Recht der Bildung einer ritterschaftlichen Corporation (nicht Privatvereine) könnten nicht gemacht werden. Selbst diese im Verhältnis zum Edikt von 1819 eingeschränkten Rechte waren in den Augen der Öffentlichkeit¹⁾ noch eine ungerechtfertigte Privilegierung des Adels, denn jetzt mußten Entscheidungen über längere Zeiträume getroffen werden, das Interesse kleiner Gruppen hatte zurückzustehen.

Unter dem Eindruck des gegen sie gerichteten Zeitgeistes und der unnachgiebigen Haltung der Kommission und Regierung²⁾ begannen erste konstruktive Verhandlungen mit dem ehemaligen Kanton Ortenau, die bereits im Februar 1822 zu einer, wenngleich nicht endgültigen Einigung über den Verzicht auf Patrimonialgerichtsbarkeit und Ortspolizei gelangten³⁾. Zu dieser Zeit allerdings hatten die Bevollmächtigten der Grundherren unterhalb der Murg (ehemaliger Ritterkanton Kraichgau)

-
- 1) Neckarzeitung vom 26.2.1822: "Der Staat will den Gesamtwillen, damit sind Regierungsrechte als Rechte einzelner Bürger unvereinbar... Jene Gewaltigen ... sind durch eine Gegengewalt untergegangen und haben nur so geendet, wie sie begonnen haben ... im Gegenteil sind sie auch noch heute im Besitz ihrer Beute."
 - 2) GLA 69 1, A 955, Mitteilung von August von Gemmingen an seine Standesgenossen vom 7.2.1822, wonach Minister v. Berstett als alleinige Rechtsgrundlage nur Artikel 14, nicht jedoch die Edikte von 1807 und 1819 anzusehen sei, Beschwerden des Adels bei der Bundesversammlung seien zwecklos. Im gleichen Sinne äußerte sich auch die Immediatskommission am 10.2.1822 und 22.2.1822.
 - 3) Mannheimer Zeitung vom 21.2.1822.

die Vorschläge der Immediatskommission noch als "Machwerk"¹⁾ zurückgewiesen. Nachdem die Verhandlungen mit der Ritterschaft im Kanton Ortenau am 26.9.1822 zu einem endgültigen Ergebnis gekommen waren, konnte und wollte der übrige Adel nicht mehr zurückstehen. Im September zeigte die Ritterschaft im Kraichgau²⁾ und die Ritterschaft im Odenwald der Immediatskommission an, daß sie ebenfalls auf die genannten Rechte verzichten. Die Ritterschaft im Kanton Hegau folgte diesem Beispiel und der gesetzlichen Regelung der grundherrlichen Rechte im Sinne des Artikels 14 der Wiener Bundesakte stand nichts mehr im Wege. Der Adel hatte endgültig anerkannt, daß ihre Rechte vor 1806 nicht wieder hergestellt werden konnten und suchten sich lediglich die Eigentumsrechte und ihre Einkünfte zu sichern. Rein juristisch ist mit den Vereinbarungen von der Ritterschaft einmal ihre Unterwerfung zugestanden, zum andern aber eine vertragliche Regelung in gewissem Umfange herbeigeführt worden.

2. Der Abschluß der Kämpfe um die staatsrechtliche Stellung des ehemals immediaten Adels durch die Deklaration vom 22.4.1824

Mit Abschluß der Verhandlungen konnte nunmehr die gesetzliche Regelung ergehen. Mit der Deklaration von 1824³⁾ wurden die Rechte der Grundherren endgültig geregelt. Das Adelsedikt enthält 30 Paragraphen, die im einzelnen folgendes regeln:

a) Persönliche und allgemeine Rechte

Der ehemals reichsunmittelbare Adel besitzt einen privilegierten Gerichtsstand für sich und seine Familien,

-
- 1) GLA 48, A 6726, Akten des Geheimen Kabinetts, Diplomatische Sektion, Schreiben des Adels an Minister v. Berstett am 5.2.1822.
 - 2) GLA 69 1, A 955, Schreiben der Bevollmächtigten des Kantons Kraichgau, Otto und Sigmund von Gemmingen, Max von Berlichingen und Karl von Racknitz vom 16.9.1822.
 - 3) Großherzoglich Badisches Staats- und Regierungsblatt vom 15.5.1824 Nr. 11.

sie haben Anteil an der Landstandschaft nach Maßgabe der Verfassung¹⁾ von 1818, genießen Freizügigkeit in den Bundesstaaten und befreundeten Staaten, jedoch unter Vorbehalt der Militärpflichtigkeit. Die Grundherren haben den Wohnsitzwechsel und Eintritt in fremde Dienste anzuzeigen. Sie können das badische Staatsbürgerrecht neben dem Staatsbürgerrecht anderer befreundeter Staaten, in denen sie Besitzungen haben, ausüben. Die Familienverträge bleiben aufrechterhalten, neue Verträge können geschlossen werden, vorbehaltlich der Zustimmung des Souveräns. Weiter wird ihnen das Ehrenrecht einer eigenen Uniform, des Kirchengebets, Trauer- geläuts mit gleichzeitiger Einstellung der Tanzmusik, das Recht der Einziehung liquider Gefälle durch ihre Rentbeamten gestattet. In der Beziehung zum Ortsvorstand genießen sie besondere Rechte, die allerdings nur von der Form her eine Begünstigung darstellen.

Zum letzten Punkte ist auf die provisorische Gemeindeordnung von 1821 hinzuweisen, die am 3.7.1822 von der 2. Kammer genehmigt wurde. Danach sind hinsichtlich der Polizei die Befugnisse zur Aufstellung des Polizeipersonals, der Marktpolizei, Gewerbepolizei, Feld- und niedere Waldpolizei, Kirchenpolizei, sämtliche Rechtspolizei (bürgerliche Rechtspflege, Strafrechtspflege), auf die Gemeinde übergegangen. Das Recht der Gemeinde erstreckte sich aber nicht auf die Grundherren in Strafsachen, dagegen konnte sie polizeiliche Geldstrafen für bestimmte Übertretungen gegen "jeden Übertreter", also auch die Grundherren, aussprechen und vollziehen. Die Gemeinde erhielt mit der vorläufigen Gemeindeordnung die Verbriefung ihrer Eigenständigkeit

1) Verfassungsurkunde von 1818, § 27; danach haben 8 Abgeordnete des grundherrlichen Adels Sitz in der ersten Kammer. Gemäß § 29 können alle adligen Besitzer von Grundherrschaften ab 21 Jahren wählen und mit 25 Jahren gewählt werden. Die Mandatszeit beträgt 8 Jahre, alle 4 Jahre scheidet die Hälfte der Abgeordneten aus.

gegenüber den Grundherren und war durch Gesetz von der z.T. eigentümlichen ritterschaftlichen Besetzung zu einem neuen Rechtsgebilde geworden.

b) Gerichtsbarkeit und Polizeiverwaltung

Auf die bürgerliche und Strafrechtspflege hatten die Grundherren verzichtet, so daß ihnen nach den Zusicherungen der Immediatskommission auch im Edikt von 1824 nur die Ausübung der niederen Polizei in ihren Schlössern und Wohnungen gestattet war. Sie erhielten das Präsenzrecht bei den Vogts- und Ruggerichten, bei den Erörterungen über die Gemeinderechnungen und Einsicht in den Gemeindeetat, das Vorschlagsrecht bei der Wahl eines Ortsvorstehers und ein Mitspracherecht bei der Annahme neuer Orts- und Schutzbürger.

c) Forstgerichtsbarkeit und Forstverwaltung

Sie wird ausgeübt durch landesherrliche Behörden, den Grundherren wird lediglich das Recht eingeräumt, den Forstfreivelgerichten beizuwohnen. Die Verwaltung wird ausgeübt durch grundherrliche Forstleute unter der Aufsicht der landesherrlichen Forstämter.

d) Das Patronatsrecht

Neben dem bisher innegehabten Patronatsrecht hat der Grundherr das Recht der Präsenz bei der Einsetzung der Pfarrer.

e) Steuern

Hier gilt der Grundsatz der allgemeinen Besteuerung, von dem auch die Grundherren nicht ausgenommen sind. Sie müssen jedoch nicht an Gemeindeschulden, die vor der Mediatisierung entstanden sind, partizipieren. Künftige Erwerbungen sind dagegen der Gemeinde beitragspflichtig. Von Fronleistungen sind sie befreit.

f) Die Frage der Entschädigungen

Wesentlicher Bestandteil der Verordnung war die Bestimmung über die Entschädigung (24 - 26), denn sie sollte

das Bild der nachfolgenden Jahrzehnte bis zur Ablösung sämtlicher Rechte der Grundherren prägen. Für das aufgehobene Judenschutz- und Hintersassengeld wird die Hälfte des früheren Bezuges für Vergangenheit und Zukunft gewährt. Gleichzeitig wurde versichert, daß künftig keine Abgaben oder Gefälle ohne Entschädigung entzogen werden sollen.

Für die freiwillig aufgegebene Patrimonialgerichtsbarkeit und die ortspolizeilichen Befugnisse wurde die Allokationstaxe bei Staatsdarlehen weitgehend herabgesetzt.

C. DAS VORGEHEN WÜRTTEMBERGS GEGEN DEN EHEMALS
IMMEDIATEN ADEL

Um die in der Durchführung der Entmachtung der Reichsritterschaft doch recht milde Hand der badischen Großherzöge wurden die badischen Reichsritter von ihren württembergischen Standesgenossen zu Recht beneidet. Zwar war die badische Krone letztlich in der Sache selbst kaum zu Zugeständnissen bereit, aber die Regierung versuchte dennoch, dem besonderen Stand des niederen Adels gerecht zu werden. Dies galt insbesondere für den ersten Großherzog Carl Friedrich. Friedrich v. Württemberg gestand dem Adel nur die Patrimonialgerichtsbarkeit und einen privilegierten Gerichtsstand sowie eine begrenzte Steuerfreiheit zu¹⁾. Dagegen beseitigte er mit einem Schlage die alten Familiengesetze der Fürsten, Grafen und Ritter, hauptsächlich durch die Aufhebung der Primogeniturordnung²⁾ und der Auflösung der Familienfideikommisse³⁾. Dadurch wurde eine Schwächung der Position des Adels erstrebt und auch erreicht. Der materiellen Schwächung folgte bald die persönliche Demütigung des Adels, denn die Stuttgarter Rangordnung⁴⁾ gab den adligen Grundherren ihren Rang hinter den Pagen und Stalljunkern. Die Tendenz ging unverkennbar dahin, die Adligen als Vasallen an den königlichen Hof zu ziehen, um sie besser beaufsichtigen zu können. Diesem Zweck diente auch die Bestimmung, daß die nicht bei Hofe erscheinenden Adelsmitglieder ein Drittel ihres Einkommens verloren.

Auch das in Baden so heiß umstrittene Recht der Patrimonialgerichtsbarkeit wurde von der württembergischen Krone rigoros und ohne Anhörung der Betroffenen bereits

1) Stuttgart StA, Grundriß der Rechte und Verhältnisse der Ritterschaft mit Randbemerkungen Friedrichs, 1806.

2) Verordnung vom 18.2.1808.

3) Verordnung vom 20.4.1808.

4) Rangordnung vom 26.6.1808, in der zum Ausdruck kommt, daß jeder, der "Wappenknöpfe zu tragen hat", dem Adel vorgeht.

1809 entzogen¹⁾. Damit sollte die Staatshoheit gefestigt, die Unabhängigkeit der Ortsbewohner der ritterschaftlichen Gebiete vergrößert und letztlich die Einnahmequellen der Ritterschaft geschmälert werden. Doch damit nicht genug, ordnete König Friedrich von Württemberg die Militärpflichtigkeit der Söhne des Adels an²⁾.

Außerdem wurde von den Rittern ein Wohnsteuerzuschlag erhoben, sofern sie nicht in ihren Schlössern wohnten³⁾.

König Friedrich begriff sich ganz "als von Gottes Gnaden" regierend und sah alle Macht aus seinem Amte herührend. Diese Macht konnte und durfte weder von den in seinem Territorium ansässigen Adeligen noch von auswärtigen Staaten beeinträchtigt werden. So nimmt es nicht wunder, daß die Rheinbundsakte am 8.6.1815 zunächst nicht von Württemberg unterzeichnet wurde. Als alleiniger Souverän seines Landes konnte und wollte er sich nicht vorschreiben lassen, wie er den Adel zu behandeln hatte und somit auch nicht die Verpflichtung eingehen, die dem Adel in Art. 14 zugestandenen Rechte in Vollzug zu setzen. Erst etwa 3 Monate später, am 1.9.1815, trat er schließlich unter Vorbehalten dem Rheinbund bei. Zuvor hatte er jedoch bereits am 11.1.1815 die Grundzüge der von ihm beabsichtigten Verfassung bekanntgegeben, in der für eine Sonderstellung des Adels kein Platz war. In der Planung zur Verfassung war im Gegensatz zu Baden nur eine Kammer vorgesehen und diese sollte mit Volksvertretern besetzt sein. Der sinkende Stern Napoleons und seine Entmachtung rief nun ähnlich wie in Baden eine Aktivität des Adels hervor, der sich vorher ziemlich ruhig und ohnmächtig verhalten hatte. Lediglich bei der Huldigung im Jahre 1806 war von der Ritterschaft offener Widerstand geleistet worden, der durch die drakonischen Maßnahmen

1) Verordnung vom 10.5.1809, in der gleichzeitig das Recht zur Ernennung der Schultheißen und Beamten entzogen wird.

2) Militärkonskription vom 26.8.1809.

3) Generalreskript vom 27.11.1810.

Friedrichs aber bald erstickt wurde. Jetzt versuchte der Adel durch Verhandlungen mit auswärtigen Mächten nicht nur auf seine mißliche Lage aufmerksam zu machen, sondern auch auf Abhilfe zu drängen¹⁾. Die Adelsvertreter, allen voran Gärtner, schienen auch auf dem besten Wege zum Erfolg zu sein, als die Rückkehr Napoleons aus seinem Exil ihre Bestrebungen zunichte machte. Wenige Tage nach dem Bekanntwerden von der Rückkehr Napoleons wurde am 15.3.1815 die Ständeversammlung eröffnet, jedoch behielt sich der Adel seine Rechte, wie sie vom Wiener Kongreß festgelegt waren, vor²⁾.

Mitten in den Auseinandersetzungen über die Rechte des Adels und dem Vollzug des Art. 14 der Wiener Bundesakte vom 8.6.1815 starb König Friedrich am 30.10.1816 und Kronprinz Wilhelm, der als adelsfreundlich galt, wurde freudig als neuer König begrüßt. Doch damit hatte man sich zumindest in der Sache selbst getäuscht. Der König war zunächst dem Adel nicht feindlich gesinnt und suchte auch die härtesten Maßnahmen zu mildern, der vom Adel erstrebten "Musterverfassung" konnte er aus Gründen der Staatshoheit keinen Geschmack abgewinnen. Die württembergischen Adligen, die Kenntnis von den badi-schen Streitigkeiten hatten, die Gemmingen besaßen beispielsweise Güter und Rechte in beiden Ländern, versuchten nun über endlose Verhandlungen und Streitigkeiten in der Ständekammer den Essentialen ihrer Macht, soweit sie nach der zu dieser Zeit herrschenden Auffassung überhaupt noch verwirklicht werden konnte, wieder Bestand zu verleihen. Die insoweit unnachgiebige Haltung des Souveräns brachte aber keinerlei Ergebnis, andererseits wollte auch der Adel nicht nachgeben, so daß sich der König bewogen sah, ein achttägiges Ultimatum zur Annahme der zugunsten der ständischen Wünsche geänderten Verfassung auszusprechen, zumal er nicht gewillt war, noch mehr Rechte einzuräumen³⁾. Die Stän-

1) Hölzle, Württemberg im Zeitalter Napoleons und der Deutschen Erhebung, S. 150 ff.

2) List, Friedrich, Historischer Bericht, Schriften I, 1822, S. 463 f.

3) Stuttgart StA, Geheimer Rat, Protokoll v. 24.5.1817.

deversammlung lehnte die königliche Verfassung am 2.6.1817 ab und erfocht damit einen Pyrrhussieg, denn am 18.11.1817 bereits wurde ein Großteil des Reformwerkes in 11 Edikten veröffentlicht, die wieder vom Adel, der sich um seine Hoffnungen betrogen sah, bekämpft werden mußten. Besonders richtete sich der Groll gegen den Verfasser der Edikte, Malchus, dessen Demissionierung im September 1818 erzwungen wurde. Schließlich wurde die Verfassung am 13.7.1819 einstimmig beschlossen und die Verfassungskämpfe in Württemberg hatten ein Ende gefunden. Ebenso wie in Baden beinhaltete die neue Verfassung eine gesonderte Vertretung der Ritterschaft, Geistlichkeit und Universität im Zweikammersystem. Im wesentlichen gab sie dem Adel die gleichen Rechte, wie sie auch in Baden den Grundherren gewährt wurden, so daß sich eine nochmalige Aufzählung erübrigt.

In der Folgezeit verzichteten die Standesherren ebenso wie die badischen Standesgenossen auf Zivil-, Kriminal- und freiwillige Gerichtsbarkeit im Jahre 1848, durch Gesetz vom 4.7.1849 wurde weiter die Patrimonialgerichtsbarkeit, Polizei, Forstgerichtsbarkeit und Forstpolizei aufgehoben. Die Entschädigungen für die entzogenen bzw. freiwillig aufgegebenen Rechte waren ebenso geregelt.¹⁾

1) GLA 48, 6735 - 6736; vgl. hierzu im Ganzen auch Miller, Die Organisation und Verwaltung von Neuwürttemberg unter Herzog und Kurfürst Friedrich (1802-1806).

D. AUSBLICK

Mit dem Edikt von 1824 waren in Baden zwanzig Jahre des Kampfes um die "althergebrachten" Rechte und Privilegien im wesentlichen zu Ende gegangen. Der Adel hat viel verloren, aber aus der Sicht der damaligen und heutigen Zeit auch viel erreicht. Die Rechte und Privilegien, die zu Zeiten des alten deutschen Reiches seine quasi-landesherrliche Stellung ausmachten, waren verschwunden, geblieben war die Stellung als Grundherr auf seinen Besitzungen und ein gewisses Mitspracherecht in den Belangen seines ehemals eigentümlichen Ortsbesitzes. Geblieben waren auch bei den Freiherren von Gemmingen die persönlichen Privilegien und das Ansehen, das diese alte Adelsfamilie mit Recht beanspruchen durfte, und der Reichtum, wie er sich nochmals bei der Aufhebung der Herrenfronen 1831 und den Zehntablösungsgesetzen vom 28.12.1831 und 15.11.1833 zeigen sollte. Allein in Gemmingen mußten für die Ablösung der Gülten und Zehnten an die ehemalige Ortsobrigkeit über 71 000 Gulden¹⁾ erbracht werden.

Der Entzug der Rechte der Grundherrschaft war ein Gebot der Zeit. Die von den Freiherren von Gemmingen innegehabte Stellung war nicht mehr vereinbar mit dem modernen Staatsdenken des 19. Jahrhunderts, der Aufbau des badischen Staates und sein Fortbestand konnte nur gewährleistet werden, wenn nicht eine kleine Gruppe Privilegierter auf mehr oder weniger zersplitterten Besitzungen ihre Rechte zum Wohle des Staatsganzen aufgegeben hätten.

Mag dieser Verlust dem Adel auch schwer gefallen sein, so hat die Geschichte doch gezeigt, daß kleine Rechtsgebilde nie einen Fortbestand haben können.

1) GLA 69 1, A 971-972.

GAG, Grundbuch Nr. 11, .S. 28 ff. mit Berechnungen.

Dennoch stößt das unwürdige Ende einer jahrhundertealten Institution und die Härte, mit der die neuen Douveräne gegen den ehemaligen Reichsadel vorgingen auf Bedauern. Nicht nur, daß man den Mitgliedern des trotz ihrer Fehler und Mängel stets als ehrenfest anerkannten Reichsadels ihre dingliche Machtstellung im Interesse der neu zu errichtenden Staaten entzogen hat, wurden sie darüber hinaus auch noch ihres persönlichen Ansehens durch Verbote persönlicher Ehrenausszeichnungen seitens ausländischer Staaten beraubt. Vorliegende Arbeit soll diesen Gesichtspunkt aufzeigen, ^{weil} ~~daß~~ die Erlangung der Macht der Ritterschaft im Wechselbezug zu den treuen Diensten gegenüber dem Reich dargestellt wurde. Die Ritterschaft hatte ihre Position auf Grund ihrer persönlichen Beziehung zum Reich erworben, wenn militärische Unterstützung erforderlich war, fühlte sich der Adel zum Beistand verpflichtet, wenn es um die Wahrung der Einheit des Reiches ging, fand man die Ritterschaft in wichtigen Funktionen der Verwaltung. Diese Leistung hätte auch bei der Mediatisierung Beachtung finden müssen, um den Rittern gerecht zu werden. Die vorangehenden Ausführungen zeigen aber auch die Unmöglichkeit des Fortbestandes der Ritterschaft in der hergebrachten Form mit ihren Rechten, der allein im Rahmen der alten Reichsverfassung gewährleistet gewesen wäre. So mußten die Ritter dem neuen Staatsdenken Platz machen und empfindliche Verluste zum Wohle der neuen souveränen Staaten hinnehmen.

Verzeichnis der benutzten Quellen und Literatur

I. Ungedruckte Quellen

a) Generallandesarchiv (zit.: GLA)

- Abt. 44 Akten über Gemmingen allgemein
- Abt. 48 Haus- und Staatsarchiv betr. Familie
von Gemmingen und andere Mitglieder
der Reichsritterschaft (mit Akten
des Geheimen Kabinetts, Geheimen Rates
und den Ministerien)
- Abt. 69k Rechtsverhältnisse der Familie von
Gemmingen-Hornberg
- Abt. 691 Rechtsverhältnisse der Familie von
Gemmingen-Gemmingen
- Abt. 72 Familie von Gemmingen allgemein (mit
frühesten Urkunden)
- Abt. 77 Reichsritterschaft (alle Epochen)

b) Hauptstaatsarchiv Stuttgart (zit.: HStA Stuttgart)

- B 579 Ritterkanton Neckar-Schwarzwald, Allg. Teil
- B 580 Ritterkanton Neckar-Schwarzwald, Familien
- B 581 Ritterkanton Neckar-Schwarzwald, Ortschaften
- B 582 Akten des Ritterkantons Neckar-Schwarzwald
- B 572 Schwaben, Franken u. am Rhein, Ritterkreis
- C 1-2 Rottweil, Hofgericht
- A 164 Adel insgesamt

c) Staatsarchiv Speyer (zit.: StA Speyer)

- Abt. 15 Urkunden Souveränitätslande (Urkunde 193
Ingenheim)

d) Bayrisches Hauptstaatsarchiv

- Abt. I, Spalte 2, Fol. 157, Mainz Lit. 19
(Gemmingen Ort)

e) Kreisarchiv Bamberg

- Repertorium 199 Nr. 1202 Schlußbericht
Reinhardt von Gemmingen an das General-
direktorium

f) Gemeindearchiv Gemmingen (zit.: GAG)

Gemeinderechnungen (ungeordnet)

Urkundenband (ungeordnet, lose nummerierte
Urkunden)

II. Gedruckte Quellen, Quellensammlungen und Protokolle

Akten des Wiener Congresses in den Jahren 1814 und
1815, hrsg. von J.L. Klüber, 4 Bände,
Erlangen 1815.

Badische Weistümer und Dorfordnungen, I. Abt.: Pfäl-
zische Weistümer, 1. Heft von Carl Brinkmann 1917.

Clercq, M. de: Recueil des Traités de la France,
Teil 1: 1713-1802,
Teil 2: 1803-1815, Paris 1864.

V. Meyer, Guido: Corpus Juris Confoederationis Germa-
nicae oder vollständige Sammlung der Quellen
vom Luneviller Frieden bis zu den neuesten Bun-
desgesetzen, 2. Teil, Frankfurt 1822, fortge-
setzt von Heinrich Zoepfl, 3 Bände, 1858-1869.

Protokolle der Reichsdeputation, Regensburg 1803,
Beilage zum Protokoll Nr. 83, 327, 399.

Zeumer, Karl: Quellensammlung zur Geschichte der Deut-
schen Reichsverfassung in Mittelalter und Neu-
zeit, 2. Aufl., Tübingen 1913 (zit.: aaO).

III. Verkündungsblätter

Großherzoglich Badisches Regierungsblatt.

Kurbadisches Regierungsblatt.

Regierungsblatt des Großherzogtums Baden.

Regierungsblatt für das Königreich Württemberg.

IV. Flug- und Streitschriften

An die Hohe Deutsche Bundesversammlung. Ehrfurchtsvolle Anzeige und submisseste Bitte der Bevollmächtigten des vormaligen Reichsadels, den Rechtszustand im Großherzogtum Baden betreffend, 1820.

An die Hohe Deutsche Bundesversammlung. Die Aufrechterhaltung des der vormals freien Reichsritterschaft in Baden, in Gemäßheit der bundesgesetzlichen Bestimmungen, vertragsgemäß als gleichförmig bleibend gewährten Rechtszustand betreffend, Frankfurt/M. 21.5.1832.

Ansicht über die künftigen staatsrechtlichen Verhältnisse des unmittelbaren Reichsadels in Deutschland, 1814.

Die Auflösung des Rheinbundes mit ihren natürlichen Folgen, dargestellt von einem teutschen Privatmann. Teuschland am Ende des Jahres 1813.

Leidensgeschichte der durch die Rheinbundesakte mediatisierten vormaligen Reichsstände. Rückblicke auf die vorzeitigen Hoffnungen der Gegenwart und Zukunft. Teutonien 1813.

Sendschreiben an den deutschen Adel, die Aufstellung einer Preisfrage über seine rechtlichen Verhältnisse betreffend, Nairitz im Obermainkreis, 1821.

Staatsrechtliche Verhältnisse der unmittelbaren Gutbesitzer in Franken, Schwaben und am Rheine 1816. Darstellung der Schritte, welche zur Vorbereitung einer rechtsbeständigen Verfassung des Großherzogtums Baden geschehen sind, 1. Heft, 1816.

V. Sonstige Darstellungen

Allgeier, A.: Die Stände Badens mit besonderer Berücksichtigung der zweiten badischen Kammer, Karlsruhe 1896.

Andreas, Willy: Friedrich Brauer und die Entstehung des ersten Badischen Organisationsediktes vom 4.2.1803, in: ZGORh. NF. (1910), S. 628 ff.

Baden nach dem Wiener Frieden 1809, in: Neujahrsblätter der Badischen Historischen Kommission, Heidelberg 1912.

Badische Politik unter Karl Friedrich, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, hrsg. von dem Landesarchiv zu Karlsruhe durch Franz Joseph Mone, ab Neue Folge (NF) von der Badischen Historischen Kommission, 26 (1912), S. 415 ff. (zit.: ZGORh, NF).

Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802-1818, Band I, Der Aufbau des Staates im Zusammenhang der allgemeinen Politik, Leipzig 1913.

Das Zeitalter Napoleons und die Erhebung der Völker, Copyright Heidelberg 1955.

Anschütz, Gerhard und Thoma, Richard (Hrsg.): Handbuch des deutschen Staatsrechts, Band 1, Tübingen 1930.

Anschütz, Gerhard: Die Verfassung des Deutschen Reiches am 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis, 14. Aufl., Berlin 1933.

- Arndt, Erwin: Vom markgräflichen Patrimonialstaat zum großherzoglichen Verfassungsstaat Baden. Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit Berücksichtigung der Verhältnisse in Bayern und Württemberg, Freiburger Dissertation Karlsruhe 1952.
- Arnold, Wilhelm: Verfassungsgeschichte der deutschen Freistädte. Im Anschluß an die Verfassungsgeschichte der Stadt Worms, Band I, Gotha 1854.
- Deutsche Geschichte, 2. Hälfte, 2. Buch: Fränkische Zeit, Fortschritte der inneren Entwicklung, Gotha 1881-1883 (zit.: aa0).
- Bader, Josef: Badische Landesgeschichte von den ältesten bis auf unsere Zeiten, 2 Bände, Freiburg 1834.
- Bader, Karl Siegfried: Grundzüge der territorialen Entwicklung der Oberrheinlande und Schwaben in nachstaufischer Zeit, in: Arbeiten vom Oberrhein, Veröffentlichungen des Instituts für geschichtliche Landeskunde an der Universität Freiburg i.Br., 2. Bd., Oberrheiner, Schwaben, Südalemannen, Straßburg 1942.
- Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung, Stuttgart 1950.
- Territorienbildung und Landeshoheit, Bl(ätter) f. dt. LG. 90 (1953), S. 109 ff.
- Reichsadel und Reichsstädte in Schwaben am Ende des alten Reiches, Aus Verfassungs- und Landesgeschichte, Festschrift f. Theodor Mayer, Bd, I, Konstanz 1954, S. 252 ff.
- Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes, 1. Teil, Weimar 1957, 2. Teil, Weimar 1962.
- Volk, Stamm, Territorium, in: Herrschaft und Staat im Mittelalter, Darmstadt 1964, S. 243-283.

- v.d. Becke-Klüchtzner, E.: Stammtafel des Adels des
Großherzogtums Baden, Baden-Baden 1886,
S. 145 ff.
- v. Below, Georg: Der deutsche Staat des Mittelalters.
Ein Grundriß der deutschen Verfassungs-
geschichte, Band 1, Leipzig 1914.
Der Ursprung der Landeshoheit, Terri-
torium und Stadt, Leipzig 1923.
- Berner, Herbert: Die Aufhebung des reichsritterschaftli-
chen Kantons Hegau-Radolfzell, in: Fest-
schrift für Theodor Mayer, II, S. 202-
227 (zit.: aaO).
- Bitterauf, Theodor: Geschichte des Rheinbundes, Band I,
Die Gründung des Rheinbundes und der
Untergang des alten Reiches, München 1905.
- Bock, Ernst: Der schwäbische Bund und seine Verfas-
sungen 1488-1534. Ein Beitrag zur Ge-
schichte der Zeit der Reichsreform,
Neudruck: Aalen 1968.
- Bornhak, Conrad: Deutsche Verfassungsgeschichte vom
westfälischen Frieden an. Stuttgart 1934.
- Borries, Kurt: Der deutsche Südwesten in seiner ge-
schichtlichen Funktion, in: Geschichte
und Politik, eine wissenschaftliche
Reihe, Heft 17, Schloß Laupheim 1955.
- Borst, Arno: Das Rittertum im Hochmittelalter, Idee
und Wirklichkeit, in: Saeculum 10 (1959),
S. 213 ff.
- Bosl, Karl: Das ius ministerialium. Dienstrecht und
Lehnrecht im deutschen Mittelalter, in:
Frühformen der Gesellschaft im mittel-
alterlichen Europa, 1964, S. 277-325.

- Bosl, Karl: Die Reichsministerialität der Salier und Staufer. Ein Beitrag zur Geschichte des hochmittelalterlichen Volkes, Staates und Reiches, Teil 1, Stuttgart 1950, Teil 2, Stuttgart 1951, in: Schriften der Monumenta Germaniae Historica, Band 10.
Würzburg als Reichsbistum, in: Festschrift für Theodor Mayer, Bd. I, Konstanz 1954, S. 176.
- Böckenförde, Ernst Wolfgang: Die Organisationsgewalt im Bereich der Regierung, Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 18, Berlin 1964.
Gesetz und gesetzgebende Gewalt. Von den Anfängen der deutschen Staatsrechtslehre bis zur Höhe des staatsrechtlichen Positivismus. Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 1, Berlin 1958.
Die deutsche verfassungsgeschichtliche Forschung im 19. Jahrhundert. Zeitgebundene Fragestellungen und Leitbilder. Schriften zur Verfassungsgeschichte, Bd. 1, Berlin 1961.
- Braubach, Max: Von der französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß, in: Bruno Gebhardt u. Herbert Grundmann (Hrsg.), Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 3, 8. Aufl., Stuttgart 1960, S. 1 ff., S. 28 ff.
- Brauer, A. v.: Tagebuchaufzeichnungen eines Ritters zur Zeit des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803, in: Deutsche Revue, Juli 1907, S. 360 ff.
- Brunner, Heinrich: Der Reiterdienst und die Anfänge des Lehnswesens, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, hrsg. von G. Bruns, P. v. Roth u.a., bis Band 13: Zeitschrift für Rechtsgeschichte, ab Band 13: Germanistische Abteilung, 8 (1870), S. 1 ff. (zit.: ZRG).

Brunner, Heinrich: Nobiles und Gemeinfreie der karolingischen Volksrechte, Abhandlungen zur Rechtsgeschichte, Bd. I, S. 261 ff.

Ständerechtliche Probleme, in: ZRG 23 (1902), S. 193, 293.

Brunner, Otto: Die Freiheitsrechte in der altständischen Gesellschaft, in: Verfassungs- und Landesgeschichte, Festschrift zum 70. Geburtstag von Theodor Mayer, Bd. 1.2, Lindau - Konstanz.

Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter, 2. Aufl., Wien 1943.

Land und Herrschaft, Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Südostdeutschlands im Mittelalter, Wien 1943.

Land und Herrschaft, Grundfragen der territorialen Verfassung Oesterreichs im Mittelalter, 4. Aufl., Wien, Wiesbaden 1959 (zit.: Land und Herrschaft).

Brunner - v, Schwerin: Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. 2, 1928.

Burgermeister, Johann Stephan: Bibliotheka equestris, Band 1, Nr. 2, Ulm 1720.

Ritterschaftliches Corpus Juris oder Codex diplomaticus equestris, Ulm 1721.

Thesaurus juris equestris, Ulm 1780.

Die "Carolina", in: ZRG 53 (1933).

Cast, Friedrich: Süddeutscher Adelsheros oder Geschichte und Genealogie der in den süddeutschen Staaten ansässigen oder mit denselben in Verbindung stehenden fürstlichen, gräflichen, freiherrlichen und erbadeligen Häuser, 3 Bände, Stuttgart 1845. (zit.: aa0).

- Christ, K.: Neues Archiv für die Geschichte der Stadt Heidelberg und der rheinischen Pfalz, Bd. III, 1898, S. 264-284, Bd. V, S. 1-64.
- Conrad, Hermann: Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. I, Frühzeit und Mittelalter, 2. Aufl., Karlsruhe 1962 (zit.: aa0).
- Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. II, Neuzeit bis 1806, Karlsruhe 1966.
- Czischke, Helmut: Die verfassungsrechtliche Lage der geistlichen Kurfürstentümer Mainz, Trier und Köln am Ende des Alten Reiches, Mainzer Dissertation 1953.
- Dahlmann - Waitz: Quellenkunde der Deutschen Geschichte, hrsg. v. Hermann Haernig, Leipzig 1931.
- Dannenbauer, Heinrich: Grundlagen der mittelalterlichen Welt, Skizzen und Studien, Stuttgart 1958, speziell: Die Freien im karolingischen Heer, S. 240-256, Königsfreie und Ministerialen, S. 329-353.
- Demandt, Karl: Regesten der Grafen von Katzenelnbogen 1060-1486, Bd. 2, 1418-1482, in: Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, XI, Wiesbaden 1954.
- Geschichte des Landes Hessen, Kassel und Basel 1959, (zit.: aa0).
- Dennert, Jürgen: Ursprung und Begriff der Souveränität, Stuttgart 1964.
- Dennewitz, B.: Der Föderalismus, Hamburg 1947 (Zit.: aa0).
- Droege, Georg: Landrecht und Lehnrecht im hohen Mittelalter, Bonner Habil. Schrift, Bonn 1969.
- Domarus, Max: Der Reichsadel in den geistlichen Fürstentümern, in: Deutscher Adel 1555-1740, Büdinger Vorträge 1964, Darmstadt 1965, S. 147-171 (zit.: aa0).

- v. Dungern, Otto: Das Problem der Ebenbürtigkeit,
München und Leipzig 1905.
- Der Herrenstand im Mittelalter, Papier-
mühle 1908.
- Adelsherrschaft im Mittelalter,
München 1927.
- Eberbach, Otto: Die deutsche Reichsritterschaft in ihrer
staatsrechtlich-politischen Entwicklung
von den Anfängen bis zum Jahre 1495, in:
Beiträge zur Kulturgeschichte des Mittel-
alters und der Renaissance, Heft 11,
Leipzig und Berlin 1913.
- Eichhorn, Karl-Friedrich: Deutsche Staats- und Rechts-
geschichte, 4. Theil, 5. Ausgabe,
Göttingen 1844.
- Erdmanndörfer, Bernhard
und
Obser, Karl: Politische Korrespondenz Karl Friedrich
von Baden 1783-1806, 6 Bände,
Heidelberg 1888 - Band V, Nr. 282.
- Ernst, Viktor: Die Entstehung des niederen Adels,
Berlin, Stuttgart und Leipzig 1916.
- Mittelfreie, Berlin, Stuttgart und
Leipzig 1920.
- Ertel, A.W.: Observationes illustres iuridico -
equestris, Band 1, 1699, Band 2, 1722.
- Erzberger, M.: Die Säkularisation in Württemberg von
1802-1810, Stuttgart 1902 (zit.: aa0).
- von Fahrenberg: Reichsunmittelbarkeit, Reichsstand-
standschaft und Landeshoheit, in ihrem
Verhältnis zum Reichsoberhaupt,
Regensburg 1798.
- Fehr, Hans: Die Grundherrschaft im Sachsenspiegel,
in: ZRG 30 (1909), S. 264 ff.

- Fehr, Hans: Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, Leipzig 1904.
Deutsche Rechtsgeschichte, 6. Aufl., Berlin 1962.
- Feine, Hans Erich: Die Besetzung der Reichsbistümer vom Westfälischen Frieden bis zur Säkularisation 1648-1803, Stuttgart 1905.
Zur Verfassungsentwicklung des Heiligen Römischen Reiches seit dem Westfälischen Frieden, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Bd. 52, Germanistische Abteilung (Bd. 65 der Zeitschrift für Rechtsgeschichte, 1932, S. 65 ff.
Deutsche Verfassungsgeschichte der Neuzeit, 3. Aufl., Tübingen 1943.
Kirchliche Rechtsgeschichte, Die katholische Kirche, 4. Aufl., Köln und Graz 1964.
- Fellner, Robert: Über die fränkische Ritterschaft von 1495-1524, Berlin 1905.
- Ficker, Julius: Vom Heerschilde, Innsbruck 1862.
- Fischer, Wolfram: Staat und Gesellschaft Badens im Vormärz, in: Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815-1848, hrsg. v. Werner Conze, Stuttgart 1962, S. 143-171.
- Forsthoff, Ernst: Deutsche Verfassungsgeschichte der Neuzeit. Ein Abriß, 3. Aufl., Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967.
Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Bd. 1, Allgemeiner Teil, 9. Aufl., München und Berlin 1966.

Franklin, Otto: Das Reichshofgericht im Mittelalter,
Band I, 1. Buch, Geschichte, Weimar 1867,
Band II, 2. und 3. Buch, Verfassung und
Verfahren, Weimar 1869, Neudruck Hildes-
heim 1967.

v. Gemmingen, Reinhard: Discursus de Familia Gemmingia-
nae origine et nobilitate ut et Liber-
tate Nobilium Sacri Imperii, 1630.

Gemmingischer Stammbaum, daß ist neun
Bücher von dem uhralten adelichen uff
dem Craichgau anfangs entsprungenen und
gesessenen, hernacher in andere mehr
Craiße Deutschen Landes ausgebreiteten,
zu der Freyen Reichs ohnmittelbaren
Ritterschaft der dreien Craiße in Schwa-
ben, Franken und am Rheinstrome gehörigen
Geschlechts der von Gemmingen, verfertigt
im Jahre Christi 1631 (zit. aao).

Genealogisches Handbuch des Adels, Band 57, Limburg.

Giese, Friedrich: Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte.
Grundriß zu den Vorlesungen Deutsche
Rechtsgeschichte und Verfassungsgeschichte
der Neuzeit, Frankfurt 1947.

Glaser, M.: Die badische Politik und die deutsche
Frage zur Zeit der Befreiungskriege und
des Wiener Kongresses, in: ZGORh. NF 41
(1928), S. 286 ff.

Glitsch, H.: Untersuchungen zur mittelalterlichen
Vogtsgerichtsbarkeit, Leipziger Habili-
tationsschrift, Bonn 1912.

Glockner, Karl (Hrsg.): Badisches Verfassungsrecht, Mit
Erläuterungen von Karl Glockner,
Karlsruhe 1905.

Gönner, N.Th.: Teutsches Staatsrecht, Landshut 1804.

Gollwitzer, Heinz: Die Standesherrn, Stuttgart 1957.

Gothein, E.: Die Landstände der Kurpfalz, in: ZGORh.
NF. 3 (1888), S. 1 ff.

- Grube, Walter: Der Stuttgarter Landtag, Stuttgart 1957.
- v. Guttenberg, Erich: Die Territorienbildung am Obermain,
I. und II. Teil, Bamberg 1927, in: 19.
Bericht des Historischen Vereins für die
Pflege der Geschichte des ehemaligen
Fürstbistums Bamberg zu Bamberg.
- Haberkorn, Eugen und Wallach, Joseph Friedrich (Hrsg.):
Hilfswörterbuch für Historiker,
Berlin und München 1964.
- Häberlin: Handbuch des Teutschen Staatsrechts nach
dem System des Geheimen Justizraths
Pütter, Bd. 1-3, Berlin 1797.
- Haebler, Rolf Gustav: Ein Staat wird aufgebaut. Badische
Geschichte 1789-1818, Baden-Baden 1947.
- Hartmann: Aus den letzten Tagen der Reichsritter-
schaft am unteren Neckar, in: Mannheimer
Geschichtsblätter, Jg. 1 (1900), S.202 ff.
- Hartung, Fritz: Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15.
Jahrhundert bis zur Gegenwart, 8. Aufl.,
Stuttgart 1950.
- Haupt, Hermann: Ein oberrheinisches Kolbengericht aus
dem Zeitalter Maximilians I, in: ZRG 16
(1895), S. 199 ff.
- v. Heigel, Karl Theodor: Deutsche Geschichte 1786-1806,
Stuttgarter Staatsarchiv 1911, Bd. II,
S. 603 ff.
- Heilfron, Eduard: Deutsche Rechtsgeschichte, Staatsrecht,
Kirchenrecht, 5. Aufl., Bd. I, 2,
Berlin 1900.
- Hellstern, Dieter: Der Ritterkanton Neckar-Schwarzwald
1560-1805. Untersuchungen über die Kor-
porationsverfassung, die Funktionen des
Ritterkantons und die Mitgliedsfamilien,
in: Veröffentlichungen des Stadtarchivs
Tübingen, Bd. 5, Tübingen 1971 (zit.:
aa0).

- Heusler, Andreas: Deutsche Verfassungsgeschichte,
Leipzig 1905.
- Hintze, Otto: Staatsverfassung und Heeresverfassung,
in: Staat und Verfassung, gesammelte Ab-
handlungen zur allgemeinen Verfassungs-
geschichte von Otto Hintze, hrsg. von
Gerhard Östreich, 2. Aufl.,
Göttingen 1962.
- Hirsch, Hans: Die hohe Gerichtsbarkeit im deutschen
Mittelalter, Prag 1922.
- Historisch-statistisch-topographisches Lexikon von
dem Großherzogtum Baden, Karlsruhe 1813.
- Hoff, Johann Friedrich: Die Mediatisiertenfrage in den
Jahren 1813-1815, Freiburger Dissertation,
Berlin und Leipzig 1913.
- Hofmann, Hanns Hubert: Adelige Herrschaft und souveräner
Staat, in: Studien zur bayerischen Ver-
fassungs- und Sozialgeschichte, Bd. II,
München 1962.
- Adel und Landesherren, Köln und Berlin 1968.
- Hölzle, Erwin: Württemberg im Zeitalter Napoleons und
und der Deutschen Erhebung, Stuttgart
und Berlin 1937 (zit.: aaO).
- Das Napoleonische Staatssystem in Deutsch-
land (HZ, 148. Band), München und
Berlin 1933.
- Das alte Recht und die Revolution, eine
politische Geschichte Württembergs in
der Revolutionszeit 1789-1805,
München 1931.
- Hömig, Klaus Dieter: Der Reichsdeputationshauptschluß
vom 25. Februar 1803 und seine Bedeutung
für Staat und Kirche, Tübingen 1969
(zit.: aaO).
- v. Hövel: Denkschriften vom 24.7.1811 und 2.9.1811.

- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 1, Stuttgart 1961 (zit.: aao).
- Huhn, Eugen: Das Großherzogtum Baden in malerischen Originalansichten, begleitet von einem historisch-topographischen Text, Darmstadt 1850.
Universallexikon vom Großherzogtum Baden, Karlsruhe 1844.
- Hüllmann, Karl Dietrich: Geschichte des Ursprungs der Stände in Deutschland, 2. Ausgabe, Berlin 1930.
- Jordan, Sylvester: Lehrbuch des allgemeinen und deutschen Staatsrechts, 1. Abtheilung, Cassel 1871.
- Kern, Fritz: Recht und Verfassung im Mittelalter, Sonderausgabe, Tübingen 1952.
- Kerner, Johann Georg: Allgemeines positives Staatsrecht der unmittelbaren freien Ritterschaft in Schwaben, Franken und am Rheine nebst einer Einleitung in das Staatsrecht der unmittelbaren freien Ritterschaft überhaupt, 3 Teile, Lemgo 1786-1789..
- Keutgen, Friedrich: Der deutsche Staat des Mittelalters, Jena 1918, Neudruck Aalen 1963.
- Kluckhohn, Paul: Die Ministerialität in Südostdeutschland vom Anfang bis Ende des 13. Jahrhunderts, Weimar 1910.
- Klüber, J.L.: Akten des Wiener Kongresses in den Jahren 1814 und 1815, 8 Bände, Erlangen 1815-1819.
- Knapp, Theodor: Zur Geschichte der Landeshoheit, Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte, hrsg. v. der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte, (Württ. Vjh.f.LG) 18 (1932), S. 9 ff.

- Knapp, Theodor: Der schwäbische Adel und die Reichsritterschaft, in: Württ. Vjh. f. LG, NF. 31 (1922/4), S. 129 ff.
- Kneschke, Ernst Heinrich: Deutsches Adels-Lexikon, Bd. 3 (1861), S. 479-481 (zit.: aao).
- König, Leo: Pius VII. Die Säkularisation und das Reichskonkordat, Innsbruck 1904.
- Kolb, A.G.: Die Kraichgauer Ritterschaft unter der Regierung des Kurfürsten Philipp von der Pfalz, Württ. Vjh. f. LG., NF. 19 (1910), S. 1-154.
- Kolb, Johann Baptist: Historisch-statistisch-topographisches Lexikon von dem Großherzogtum Baden, 3 Bände, Karlsruhe 1813-1816.
- Krieger, Albert: Topographisches Wörterbuch des Großherzogtums Baden, 2. Aufl., Heidelberg 1905.
Badische Geschichte, Berlin und Leipzig 1921.
- v. Lancizolle, Carl Wilhelm: Übersicht der deutschen Reichsstandschafts- und Territorial-Verhältnisse vor dem französischen Revolutionskriege, der seitdem eingetretenen Veränderungen und der gegenwärtigen Bestandtheile des deutschen Bundes und der Bundesstaaten Berlin 1830, zusammengestellt von Lancizolle.
- Lederle, Alfred: Das Adelsrecht im ehemaligen Großherzogtum Baden, in: Archiv für Sippenforschung 20 (1943), S. 173-175.
- Leist, Justus Christoph: Lehrbuch des deutschen Staatsrechts, Göttingen 1805.
- Lenel, Paul: Badens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung unter Markgraf Karl Friedrich 1738-1803, Karlsruhe 1913.

- Lieberich, Heinz: Zur Feudalisierung der Gerichtsbarkeit in Bayern, ZRG 71 (1954), S. 243 ff.
- List, Friedrich: Historischer Bericht, Schriften, Bd. I, 1822.
- Löher: Ritterschaft und Adel im Mittelalter, Sitzungsberichte der Königlich Bayrischen Akademie der Wissenschaften, 1861, 1, S. 365 ff.
- Loening, Edgar: Grundzüge der Verfassung des Deutschen Reiches, 6 Vorträge, 4. Aufl., Leipzig 1913.
- Löw, Ludwig Frh. v.: Geschichte der Deutschen Reichs- und Territorialverfassungen, Heidelberg 1832.
- Luschin v. Ebengreuth, Arnold Ritter: Die Verfassung und Verwaltung der Germanen und des Deutschen Reiches bis zum Jahr 1806, in: Allgemeine Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte von Alfred Vierkandt u.a., S. 198 ff.
- Mader, Johann: Reichsritterschaftliches Magazin, 13 Hefte, 1780-1790.
- Sammlung Reichsgerichtlicher Erkenntnis in Reichsritterschaftlichen Angelegenheiten, 25 Bände, Tübingen und Frankfurt 1776-1790.
- Mangold, Gustav: Die ehemalige Reichsritterschaft und die Adelsgesetzgebung in Baden vom Wiener Kongreß bis zur Erteilung der Verfassung 1815-1818, ZGORh. NF. 46, AF. 85 (1933), S. 3 ff. (zit.: aaO).
- Marner, Waldemar: Die Verfassung des Herzogtums Nassau von 1814, ihre Entstehung und Entwicklung, Mainzer Dissertation, Mainz 1953.
- Mau, Hermann: Die Rittergesellschaft mit St. Georgenschild, in: Darstellungen aus der Württembergischen Geschichte, Band 30, Stuttgart 1941.

- Maunz, Theodor: Deutsches Staatsrecht. Ein Studienbuch,
15. Aufl., München und Berlin 1966.
- Maunz, Theodor und Dürig, Günter: Grundgesetz, Bd. 1 und
2, München und Berlin 1966.
- Maurer, Friedrich: Oberrheiner, Schwaben, Südalemannen,
Straßburg 1942.
- v. Maurer, Georg Ludwig: Geschichte der Fronhöfe, der
Bauernhöfe und der Hofverfassung in
Deutschland, Band 1, Erlangen 1862.
- Mayer, Theodor: Fürsten und Staat, Studien zur Verfas-
sungsgeschichte des deutschen Mittel-
alters, Weimar 1950.
- Die Ausbildung der Grundlagen des modernen
deutschen Staates im hohen Mittelalter,
in: Herrschaft und Staat im Mittelalter,
Darmstadt 1964, S. 284-331.
- Meister, Aloys: Deutsche Verfassungsgeschichte von den
Anfängen bis ins 15. Jahrhundert,
3. Aufl., Leipzig u. Berlin 1922.
- Mentzingen, Peter Freiherr v. u.z.: Von der ehemaligen
reichsunmittelbaren Ritterschaft und
Anderem, Heidelberg 1931.
- Merzbacher, Friedrich: iudicium provinciale ducatus
Franconiae. Das Kaiserliche Landgericht
des Herzogtums Franken in Würzburg im
Spätmittelalter, München 1956, in:
Schriftenreihe zur bayerischen Landesge-
schichte, Band 54.
- Meyer, Georg: Die Gerichtsbarkeit über Unfreie und
Hintersassen nach ältestem Recht, in:
ZRG, I, S. 83-114, III, S. 102-126.
- Mikat, Paul: Verfassungsgeschichte, in: Staatslexikon,
hrsg. von der Görres-Gesellschaft,
Band 8, 6. Aufl., 1963.

- Miller, Max: Die Organisation und Verwaltung von Neuwürttemberg unter Herzog und Kurfürst Friedrich (1802-1806), Tübinger Diss., Tübingen 1930.
- Mitteis, Heinrich: Lehnrecht und Staatsgewalt. Untersuchungen zur mittelalterlichen Verfassungsgeschichte, Weimar 1933.
- Land und Herrschaft. Bemerkungen zum gleichnamigen Buch Otto Brunners, in: Herrschaft und Staat im Mittelalter, Darmstadt 1964, S. 3-65.
- Deutsche Rechtsgeschichte. Ein Studienbuch, neubearb. von Heinz Lieberich, 10. Aufl., München u. Berlin 1966.
- Der Staat des hohen Mittelalters, 8. Aufl., Weimar 1968.
- Molitor, Erich: Der Stand der Ministerialen, vornehmlich auf Grund sächsischer, thüringischer und niederrheinischer Quellen, Breslau 1912.
- Montag, Eugen: Geschichte der deutschen staatsbürgerlichen Freyheit oder der Rechte des gemeinen Freyen, des Adels und der Kirchen Deutschlands, 2 Bücher, Bamberg und Würzburg 1812-1814.
- v. Moser, F.C.: Sammlung sämtlicher Crais-Abschiede, 3 Bände, Nürnberg 1752.
- Moser, Jacob Johann: Von der Landeshoheit im Weltlichen, Frankfurt u. Leipzig 1772.
- Vermischte Nachrichten von reichsritterschaftlichen Sachen, Nürnberg 1772.
- Neueste Geschichte der ehemaligen freien Reichsritterschaft, 2 Bände, Frankfurt/M. und Leipzig 1775.
- Von den Reichsständen und der Reichsritterschaft, Frankfurt und Leipzig.

- Moser: Von der Landeshoheit Derer Teutschen Reichsstände überhaupt, Franckfurt und Leipzig 1773.
- Müller, Heinrich: Der letzte Kampf der Reichsritterschaft um ihre Selbständigkeit (1790-1815), Berlin 1910 (zit. aaO).
- v. Neuenstein, K.: Der Reichsritterverein Ortenau, 1895.
- Neues Genealogisches Handbuch: 1777, S. 83-89,
1778, S. 84-90.
- Nitsch, Karl Wilhelm: Ministerialität und Bürgertum im 11. und 12. Jahrhundert. Ein Beitrag zur deutschen Städtegeschichte, Neudruck, Aalen 1969.
- Obser, Karl: Baden und die revolutionäre Bewegung auf dem rechten Rheinufer, ZGORh. NF. 4 (1889),
S. 212 ff.
- v. Oechelshäuser, Adolf: Die Kunstdenkmäler des Großherzogtums Baden, Bd. 8, 1, Karlsruhe 1887.
- Oestreich, Gerhard: Verfassungsgeschichte vom Ende des Mittelalters bis zum Ende des alten Reichs, in: Bruno Gebhardt u. Herbert Grundmann (Hrsg.): Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 2, 8. Aufl., Stuttgart 1955, S. 317 ff., S. 336 ff.
- Ohr, Wilhelm: Die Absetzung Herzog Eberhard II. von Württemberg. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte des Ständestaates, in: Württ. Vjh. f. LG., NF 15 (1906), S. 337 ff.
- Oncken, Wilhelm: Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreiches und der Befreiungskriege, Bd. II, Berlin 1887.
- Otto, Eberhard: Adel und Freiheit im deutschen Staat des frühen Mittelalters. Studien über nobiles und Ministerialen, in: Neue Deutsche Forschungen, Abt. Mittelalterliche Geschichte, Bd. 2, Berlin 1937.

- Overmann, A.: Die Reichsritterschaft am Ende des Reiches, in: ZGORh. NF 11 (1896), S. 1 ff. (zit.: aaO).
- Overmann, A.: Die Reichsritterschaft im Unterelsaß bis zum Beginn des 30-jährigen Krieges, in: ZGORh. 11 (1896), S. 570 ff.
- Perthes, Clemens Theodor: Das deutsche Staatsleben vor der Revolution, Hamburg u. Gotha 1845.
- Peters, Hans: Geschichtliche Entwicklung und Grundfragen der Verfassung, bearb. von Jürgen Salzwedel u. Günter Erbel, Berlin, Heidelberg, New York 1969.
- Pfeffer, Rupert: Die Verfassungen der Rheinbundstaaten als Zeugnis des politischen Denkens in den Anfängen des deutschen Konstitutionalismus, Erlanger Dissertation, 1960.
- Pfeiffer, Chr. L.: Unparteiische Versuche eines ausführlichen Privatrechts des teutschen Reichsadels, Bd. 1, 1778, Bd. II, 1780.
- Pfeiffer, Gerhard: Studien zur Geschichte der fränkischen Reichsritterschaft, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung, Bd. 22, 1962, S. 173-228 (zit.: Fränkische Reichsritterschaft).
- Pick, Eckhart: Die Bemühungen der Stände um eine beständige Wahlkapitulation und ihr Ergebnis 1711 (Mainzer Dissertation 1969).
- Planitz, Hans: Deutsche Rechtsgeschichte, 2. Aufl., bearb. von Karl August Eckhardt, Graz und Köln 1961.
- v. Pufendorf, Samuel: Die Verfassung des deutschen Reiches (De statu imperii Germanici, dt.). Aus dem Lateinischen übersetzt, mit Einleitung und Anmerkungen versehen von Heinrich Dove, Leipzig 1877.

Pütter, Johann-Stephan: Anleitung zum Teutschen Staatsrechte, aus dem Lateinischen übersetzt von C.A.F. Graf v. Hohenthal, 1. Theil, Bayreuth 1791. - Kurzer Begriff des Teutschen Staatsrechts, 2. Aufl., Göttingen 1768.

Vollständiges Handbuch der Teutschen Reichshistorie, Göttingen 1772.

Über den Unterschied der Stände, besonders des hohen und niederen Adels in Deutschland, Göttingen 1795.

Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des Teutschen Reiches, 3. Teil, 3. Aufl., Göttingen 1799.

Radbruch, Gustav: Die peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V von 1532 (Reclam).

Riedenauer, Erwin: Reichsritterschaft und Konfession. Ein Diskussionsbeitrag zum Thema "Adel und Konfession", in: Deutscher Adel 1555-1740, Büdinger Vorträge 1964, Darmstadt 1965 (zit.: aa0).

Röhrig, F.: Die Entstehung der Landeshoheit des Trierer Erzbischofs zwischen Saar, Mosel und Ruwer und ihr Kampf mit den patrimonialen Gewalten, in: Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst, Ergänzungsheft 13, Trier 1906.

Rössler, Hellmuth und Franz Günther: Sachwörterbuch zur Deutschen Geschichte, München 1958.

Roth, Paul: Feudalität und Untertanverband, Neudruck, Aalen 1966.

Ruch, Franz Werner: Die Verfassung des Kantons Hegau - Allgäu - Bodensee der unmittelbaren freien Reichsritterschaft, Mainzer Dissertation, 1955.

- Rudolph, F.: Die Entwicklung der Landeshoheit in Kurtrier bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts, ZRG 28 (1927).
- Runde, Justus Friedrich: Über die Erhaltung der öffentlichen Verfassung in den Entschädigungsländern nach dem Deputationshauptschluß mit Anwendung auf das Herzogthum Westphalen, Göttingen 1805.
- Scharnagl, Anton: Zur Geschichte des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803, Historisches Jahrbuch, 70. Jg. 1951, S. 238 ff.
- Scheyhing, Robert: Eide, Amtsgewalt und Bannleihe (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte), Bd. II. Eine Untersuchung zur Bannleihe im hohen und späten Mittelalter, Köln und Graz 1960 (zit.: aa0).
- Schlesinger, Walter: Herrschaft und Gefolgschaft in der germanisch-deutschen Verfassungsgeschichte, in: Herrschaft und Staat im Mittelalter, Darmstadt 1964, S. 225-275.
- Die Entstehung der Landesherrschaft, Untersuchungen vorwiegend nach mitteldeutschen Quellen. 1. Teil, Dresden 1941, in: Sächsische Forschungen zur Geschichte, Band 1.
- Schmidt, Eberhard: Einführung in die Geschichte der Strafrechtspflege, 2. Aufl., 1951.
- Schnabel, K.F.: Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, Bd. 1, 4. Aufl.; Freiburg 1948.
- Schreckenstein, Karl, Roth, Heinrich v.: Geschichte der ehemaligen freien Reichsritterschaft, in Schwaben, Franken und am Rheinstrome, 2 Bände, Freiburg und Tübingen 1871 (zit.: aa0).

- Schreibmüller, Hermann: Pfälzer Reichsministerialen.
Wissenschaftliche Beilage zum Jahres-
bericht des K. Humanistischen Gymnasiums
Kaiserslautern, Kaiserslautern 1910.
- Schröder, Richard und v. Künßberg, Eberh. Erh.:
Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte,
7. Aufl., Berlin und Leipzig 1932.
- Schröder, Richard: Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte,
6. Aufl., fortgeführt v. Eberhard v.
Künßberg, Berlin und Leipzig 1922
(zit. : aaO).

Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. I, II,
2. Aufl., Berlin und Leipzig 1920 (Sammlung Göschen).
- Schulte, Aloys: Der Adel und die deutsche Kirche im Mittelalter, in: Studien zur Sozial-,
Rechts- und Kirchengeschichte. Kirchenrechtliche Abhandlungen, Heft 63 und 64,
Stuttgart 1910.
- v. Schulte, Friedrich: Lehrbuch der deutschen Reichs-
und Rechtsgeschichte, 6. Aufl.,
Stuttgart 1892.
- v. Schwerin, Claudius Frh.: Grundzüge der deutschen
Rechtsgeschichte, 4. Aufl. von Hans Thieme,
Berlin und München 1951.
- Seeliger, Gerhard: Untersuchung über Hofrecht, Immunität
und Landleihen (des 22. Bandes der Abhandlungen der philologisch-historischen
Klasse der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaft) Nr. 1,
Leipzig 1903.
- Sickel, Wilhelm: Die Entstehung des Schöffengerichts,
in: ZRG 6 (1885), S. 1 ff.

Sicken, Bernhard: Der Fränkische Reichskreis, seine Ämter und Einrichtungen im 18. Jahrhundert, in: Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, Fotodruckreihe Band 1, Würzburg 1970.

Sofsky, Günter: Die verfassungsrechtliche Lage des Hochstifts Worms in den letzten zwei Jahrhunderten seines Bestehens unter besonderer Berücksichtigung der Wahl seiner Bischöfe, Diss. jur. Mainz 1955.

Sohm, Rudolf: Die fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung, 1871.

Staelin, Christoph Friedrich: Württembergische Geschichte, 4 Bände, Stuttgart und Tübingen 1841, 1847, 1856, 1870-1873.

Stengel, Edmund: Grundherrschaft und Immunität, in: ZRG 25 (1904), S. 286 ff. und 26 (1905), S. 418 ff.

Stocker, C.W.F.L.: Familienchronik der Freiherren von Gemmingen, Heilbronn 1895 (zit.: Familienchronik).

Chronik der Familie von Gemmingen und ihrer Besitzungen, 2 Bände, Heidelberg 1865, Heilbronn 1874 (zit.: Besitzungen).

Strathmann, Friedrich: Altständischer Einfluß auf die deutschen Territorialverfassungen der Jahre 1814 bis 1818. Ein Beitrag zum Problem der Kontinuität der deutschen Verfassungsgeschichte, Mainzer Dissertation, 1955.

Stutz, Ulrich: Lehen und Pfründe, in: ZRG. NF. 20 (1899), S. 207 ff.

Zum Ursprung und Wesen des niederen Adels, in: Sonderausgabe aus den Sitzungsberichten der Preuß. Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist. Klasse XXVII, Berlin 1937.

Sütterlin, Berthold: Geschichte Baden, Band 1, Frühzeit und Mittelalter, Karlsruhe 1967.

Svoboda, Karl: Aus der Verfassung des Kantons Kraichgau der unmittelbaren freien Reichsritterschaft in Schwaben unter Berücksichtigung des territorialen Elements, in: ZGORh. NF. 77 (1968), S. 253-289.

Tellenbach, Gerd: Vom karolingischen Reichsadel zum deutschen Reichsfürstenstand, in: Herrschaft und Staat im Mittelalter, Darmstadt 1964, S. 191-242.

Universal-Lexikon vom Großherzogtum Baden, Karlsruhe 1847.

Vermischte Betrachtungen über den Blutbann der unmittelbaren freyen Reichs-Ritterschaft in Schwaben, 1783.

Waller, Anneliese: Baden und Frankreich in der Rheinbundszeit 1805-1813, Dissertation Freiburg 1935.

Wächter, Fr. Eberhard v.: Die letzten Tage der deutschen Reichsritterschaft, in: Württ. Vjh. f. LG. 40 (1934), S. 243-289.

v. Weech, Friedrich: Geschichte der badischen Verfassung, Karlsruhe 1868.

Weimann, Karl: Die Ministerialität im späteren Mittelalter, Leipzig 1924.

Weiss, J.G.: Aus der Geschichte eines fränkischen Städtchens, in: ZGORh. NF. 3 (1888), S. 206 ff.

Die Reichsritterschaft beim Ende des alten Reiches, in: ZGORh. AF. 47 (1893), NF. 8, S. 289 ff.

Werle, Hans: Die Feudalisierung der Ministerialität im 12. Jahrhundert, in: Jahrbuch 1970/71 zur Geschichte von Stadt- und Landkreis Kaiserslautern, S. 67-77.

Windelband, Wolfgang: Der Anfall des Breisgaus an Baden,
Dissertation, Tübingen 1908.

Badens Austritt aus dem Rheinbund 1813,
in: ZGORh. NF 25 (1910), S. 102 ff.

Winkopp: Der Rheinische Bund, Band 2,
Frankfurt 1806, S. 419 ff.

Wolff, C.: Die unmittelbaren Teile des ehemaligen
deutschen Kaiserreichs, Berlin 1873.

Zoepfl, Heinrich: Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte,
Band I, Deutsche Volks- und Staatsgeschich-
te, Stuttgart 1844.

Geschichte der deutschen Rechtsinstitute,
2. Aufl., Stuttgart 1847.

Grundsätze des allgemeinen und deutschen
Staatsrechts, 1. Teil, 4. Ausg.,
Heidelberg und Leipzig 1855.

Deutsche Rechtsgeschichte, 4. Aufl.,
Stuttgart und Braunschweig 1872.

Die peinliche Gerichtsordnung Kaiser
Karls V., 3. Aufl., Stuttgart 1883.

L e b e n s l a u f

Am 27. Januar 1939 wurde ich als zweiter Sohn des selbständigen Kaufmannes Heinrich Fleck und dessen Ehefrau Marie, geb. Metzger, in Mannheim geboren.

Nach dem Besuch der Volksschule in Mannheim von 1945 bis 1949 trat ich in das Lessinggymnasium Mannheim ein, an dem ich am 5. März 1958 die Reifeprüfung ablegte. Danach studierte ich Rechtswissenschaft an den Universitäten Heidelberg und Mainz.

Nachdem ich am 17.12.1964 die Erste juristische Staatsprüfung abgelegt hatte, leistete ich den juristischen Vorbereitungsdienst als Gerichtsreferendar in Baden-Württemberg ab.

Seit Abschluß des Assessorenexamens am 5. Juli 1968 bin ich als Rechtsanwalt tätig.

Die mündliche Doktorprüfung bestand ich am 14. Juli 1972.

